

Preußische Allgemeine



Nr. 33 · 14. August 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Wer ist Joe Biden?

Er gilt als Hoffnung all jener, die sich ein Ende der US-Präsidentschaft Donald Trumps wünschen. Doch bis jetzt weiß die Welt wenig über den Kandidaten der Demokraten **Seite 2**



Gesellschaft Die Attacken gegen christliche Gotteshäuser nehmen zu **Seite 5**



Interview Die russland-deutsche Chansonsängerin Helena Goldt **Seite 18**

WEISSRUSSLAND

Lukaschenko hängt an Moskaus Haken

Noch ist unklar, wie der Machtkampf in Weißrussland am Ende ausgehen wird, doch zeichnet sich ab, dass die Tage des letzten „Diktators Europas“, Alexander Lukaschenko, gezählt sein könnten: Erstmals seit 26 Jahren hat sich eine Opposition formiert, die diesen Namen verdient. Die zunächst miteinander konkurrierenden Kandidaten haben sich zusammengetan und ihn am vergangenen Wochenende an den Rand einer Niederlage gebracht.

Viel gefährlicher noch für Lukaschenko ist sein Lavieren in dem Spannungsfeld zwischen Ost und West. Ähnlich wie seinerzeit der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch schwankt er zwischen beiden Seiten. In den vergangenen Jahren sympathisierte er offen mit der Ukraine, trat als Mittler auf, etwa bei den Minsker Verhandlungen. Gleichzeitig legte er sich immer wieder mit Russland an. Kurz vor der Wahl ließ er 30 angebliche Mitglieder der russischen Söldnertruppe „Wagner“ rauswerfen.

Die Abkehr vom „großen Bruder“ kommt in Moskau schlecht an. Wiederholt drehte der Kreml den Geldhahn zu, mit dem er Lukaschenko half, seinem Volk großzügige Privilegien zu finanzieren. So muss der „Zar von Moskau Gnaden“ für die Energieversorgung bereits jetzt tiefer in die Tasche greifen. Sein Volk dürfte die Veränderungen drastisch spüren.

Beides, der Streit mit Moskau und eine erstarkende Opposition, könnten Lukaschenko am Ende gefährlich werden. *Manuela Rosenthal-Kappi*

ROT-ROT-GRÜN

Der Verrat der SPD an sich selbst

Die Parteispitze reißt den letzten Damm zum linken Rand nieder. Mit Olaf Scholz als Trojanisches Pferd für die Wähler der Mitte

VON HANS HECKEL

Zu Wochenbeginn manifestierte sich der historische Niedergang der deutschen Sozialdemokratie in einer Tristesse, die selten so konzentriert zu beobachten war. Es begann mit der Ankündigung von Partei-Chefin Saskia Esken, eine Koalition mit der Linkspartei nach den nächsten Bundestagswahlen anzustreben. Ein weiterer Dammbruch, der zwar nicht unerwartet kam, der aber dennoch jeden Deutschen, der etwas von Geschichte versteht, erschauern lassen musste.

Die SPD, die trotz mancher sozialistischer Irrwege und einiger unwürdiger Kompromisse in der Zeit des Kalten Krieges letztlich immer auf der Seite von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat stand, diese SPD will nun also auch auf höchster nationaler Ebene mit jenen paktieren, die diese Werte stets mit Füßen getreten und bekämpft haben. Der Damm gegen den linken Extremismus, der von Friedrich Ebert über Kurt Schumacher bis zu Helmut Schmidt von Sozialdemokraten entschlossen verteidigt wurde, ihn haben die Genossen von heute eingerissen.

Dieser Tragödie folgte die Farce: Einen Tag danach gab Esken bekannt, dass Olaf Scholz die Sozialdemokraten als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf 2021 führen soll. Einen eigenen Kanzlerkandidaten überhaupt in Erwägung zu ziehen,

muss schon Spott auf sich lenken, wenn man bei den Umfragen seit zahllosen Monaten um die Marke von 15 Prozent herumschwebt. Und ausgerechnet Scholz, dieser letzte prominente Kopf des gemäßigten Flügels, soll die nach stramm links gewendete SPD vertreten. Auf viele Wähler muss das wie eine Täuschung wirken.

Derweil drängt Noch-Juso-Chef Kevin Kühnert immer ungeduldiger gen Spitze (siehe Seite 5). Er wird, so er die Chance dazu erhält, die SPD endgültig zur ultralinken Sekte schrumpfen. Scholz dürfte nach der absehbaren Niederlage als Schuldiger entsorgt werden, womit der innerparteiliche Widerstand gegen den Marsch nach ganz links seine Führungsfigur verloren hätte.

Beruhigen mag es, dass SPD und Linkspartei nach derzeitigem Stand selbst gemeinsam mit den Grünen keine Mehrheit erbrächten, sodass die „Volksfront“-Pläne von Esken oder Kühnert laut heutigen Umfragen reine Theorie bleiben dürften. Allerdings beflügeln Eskens rot-rot-grüne Perspektiven die Phantasie und Entschlossenheit einer massiv nach links abgedrifteten Medienlandschaft, wo Eskens Ankündigung mit kaum verhohlener Genugtuung aufgenommen wurde. Man hat jetzt wieder ein greifbares koalitions-politisches „Projekt“, das dem eigenen propagandistischen Treiben ein konkretes Ziel vorgibt, nach dem man greifen kann. Das motiviert enorm.

Dem könnten bürgerliche Wähler mit einer gewissen Gelassenheit gegenüber-treten, stünde der roten Front ein politisch entschlossenes bürgerliches Lager gegenüber. Doch dieses Lager ist nur den Stimmen nach stark, inhaltlich verharret es in einer trostlosen Verfassung. Die Union läuft linker Politik hinterher oder stellt sich gar an deren Spitze – von der grünen Energiewende bis zur Grenzöffnung für alle. In Mecklenburg-Vorpommern wählte die CDU gar eine bekennende Linksextremistin zur Verfassungsrichterin mit. Die FDP ist zu Zukunftsfragen, welche den Kern des Liberalismus ausmachen, kaum zu hören, und die AfD wurde erst zum Paria abgestempelt, ausgegrenzt, und ist derzeit mit sich selbst beschäftigt.

Derweil rutscht die Republik fortgesetzt nach links. Auf diesem abschüssigen Weg ist die offene Koalitionspräferenz der SPD hin zu den gewendeten Kommunisten ein weiterer Schritt.

Welch bittere Ironie: In Weißrussland, dem letzten europäischen Land, das von einem kommunistischen Politikader ganz alter Sowjetschule unterjocht wird, haben sich alle Oppositionsgruppen zusammengeschlossen, um auch diesem roten Spuk endlich ein Ende zu bereiten. Zur selben Zeit arbeiten deutsche Sozialdemokraten (und Grüne) daran, die legitime Fortsetzungspartei der SED, denn nichts weniger ist die Linkspartei, zurück an die Spitze der Macht zu hieven.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Der Scherbenhaufen der zurückgetretenen Berliner Bausenatorin Lompscher **Seite 5**

Geschichte
Vor 40 Jahren läutete eine Kündigung in Danzig das Ende des Kommunismus ein **Seite 10**

Das Ostpreußenblatt
Auf der Königsberger Lomse häuften sich zuletzt die Probleme bei Bauarbeiten **Seite 13**

Reise
Streifzüge zu den preußischen Seebädern Teil 3 – Insel Rügen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Joe Biden Mit Obamas ehemaligem Stellvertreter versuchen es die Demokraten bei der nächsten Präsidentschaftswahl nach Hillary Clinton erneut mit einem Politprofi

Der Kandidat des Establishments

Joe Bidens Trumpf: Für Trump-Gegner und Obama-Fans scheint an ihm kein Weg vorbeizuführen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bei der US-Präsidentschaftswahl am 3. November will der dann fast 78 Jahre alte Herausforderer Joseph Robinette „Joe“ Biden den 74-jährigen Amtsinhaber Donald Trump aus dem Weißen Haus drängen. Der Demokrat visiert die Präsidentschaft schon seit 1987 an und fungierte von 2009 bis 2017 als Vize unter Barack Obama. Vorhergehende Marksteine in der politischen Karriere des Rechtsanwaltes mit irischen Wurzeln waren ein bei fünf Wiederwahlen verteidigter Sitz im Senat der Vereinigten Staaten für den Bundesstaat Delaware sowie der Vorsitz im Justizausschuss und dem Komitee für Auswärtige Beziehungen der zweiten Kammer des US-Kongresses. Als Senator startete er insgesamt 42 erfolgreiche Gesetzgebungsinitiativen.

Bidens politische Haltung lässt sich folgendermaßen umreißen: Er ist für eine Einschränkung des Rechts auf privaten Waffenbesitz und die Verschärfung des Kampfes gegen illegale Drogen. Seit 2012 zählt Biden außerdem auch zu den Befürwortern der sogenannten Homo-Ehe. Darüber hinaus trat der wegen Asthma vom Militärdienst Befreite in der Vergangenheit stets für ein aggressives Vorgehen der Vereinigten Staaten ein und billigte daher sowohl die NATO-Luftschläge gegen Serbien als auch die Einsätze in Afghanistan und dem Irak – Letzteren indes nur anfangs. Ebenso zeigt Bidens aktuelle Rhetorik gegenüber China, die diejenige von Trump noch deutlich an Schärfe übertrifft, dass er nicht vorhat, einer geopolitischen Konfrontation mit Peking aus dem Wege zu gehen und die von seinem Rivalen verhängten Strafzölle aufzuheben.

Für viele nur das kleinere Übel

Aufschlussreich ist auch, welche demokratischen Lieblingsprojekte es nicht in das 110 Seiten lange Wahlprogramm des Kandidaten geschafft haben: das milliardenschwere Klimaprogramm Green New Deal, eine Vermögensteuer für sogenannte Super-Reiche sowie das kostenlose Studium und die staatliche Krankenversicherung für alle. Allerdings will Biden den Einkommensteuer-Spitzensatz von 37 auf 39,6 Prozent und den Unternehmenssteuersatz von 21 auf 28 Prozent anheben.



Gehörten als Vizepräsident und als Außenministerin zur Regierungsmannschaft des letzten US-Präsidenten der Demokratischen Partei, Barack Obama (links): Joe Biden und Hillary Clinton

Foto: Imago images/ZUMA Press

Zu den Unterstützern des Trump-Herausforderers zählen sein ehemaliger parteiinterner Konkurrent Bernie Sanders und Expräsident Obama. Deren öffentliches Eintreten für Biden sorgt mittlerweile für eine regelrechte Spendenflut zu

gunsten der demokratischen Lobby-Organisation „Priorities USA Action“, die seit dem Super Tuesday, dem 3. März dieses Jahres, die Kandidatur von Biden personell und finanziell fördert. Einige der Millionen kamen dabei von einer an-

deren Lobby-Organisation namens „Democracy“, die wiederum zuvor beträchtliche Zuwendungen von Seiten des US-Milliardärs George Soros erhalten hatte, dessen massive finanzielle Unterstützung linker Nichtregierungsorganisationen in der Vergangenheit immer wieder auf Kritik gestoßen ist. Soros persönlich zahlte 5,5 Millionen Dollar, und seine Stiftung „Open Society Foundation“ gab noch weitere 35 Millionen dazu.

Die breite Unterstützung für Biden sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele derjenigen, die heute hinter ihm stehen, sich einen anderen demokratischen Kandidaten mit deutlich schärferem linken Profil gewünscht hätten. So gibt nur ein Drittel der potenziellen Wähler Bidens bei Befragungen an, um seiner selbst willen für den Exvizepräsidenten stimmen zu wollen. Der Rest betrachtet das geplante Votum schlichtweg als Mittel zum Zweck, irgendetwas anderen als Donald Trump ins Weiße Haus zu bringen.

Kurzporträts



FOTO: OFFICIAL PORTRAIT

„Willkommen im Rennen, Sleepy (schläfriger) Joe“, twitterte Amtsinhaber **Donald Trump**, als er von der Präsidentschaftskandidatur Bidens erfuhr



FOTO: NICOLÒ CARANTI

George Soros, ein durch Börsenspekulationen reich gewordener US-Milliardär, sponsert Bidens Wahlkampf direkt und indirekt mit über 40 Millionen Dollar



FOTO: BETE SOUZA

Der ehemalige US-Präsident **Barack Obama** meinte im April 2020, Biden sei in der Lage, wieder „Anstand, Wissen und Würde“ ins Weiße Haus zu bringen

SKANDALE

US-Kreditgarantien gegen Austausch eines Staatsanwalts

Mit einem Junktim erreichte der damalige Vizepräsident die Beendigung ukrainischer Ermittlungen gegen einen Gönner seines Sohnes

Dass das Verhalten eines US-Präsidentschaftskandidaten in Vergangenheit und Gegenwart von der politischen Konkurrenz oder der Presse skandalisiert wird, gilt heute mehr denn je, wo doch mittlerweile überall Fallstricke lauern. Da macht der aktuelle Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Joe Biden, keine Ausnahme.

Handfeste Interessensverquickung

Im März vergangenen Jahres beklagten seine Parteifreundinnen Lucy Flores und Amy Lappos, er habe ihr Haar in den Mund genommen und sie auf den Hinterkopf geküsst. In diesem Jahr beschuldigte ihn seine frühere Mitarbeiterin Tara Read der sexuellen Nötigung. Die Glaub-

würdigkeit von Read wird allerdings stark angezweifelt, denn der von ihr nun auf einmal beklagte Vorfall soll bereits im Jahre 1993 passiert sein.

Deutlich schädlicher für das Image des 47. Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sind hingegen einige Ereignisse aus den Jahren 2014 bis 2016. Damals unterstützte die Obama-Regierung das neue prowestliche Kabinett in der Ukraine unter Arsenij Jazenjuk – Grund genug für Biden, im April 2014 nach Kiew zu reisen. Einen Monat später avancierte sein Sohn Hunter plötzlich und unerwartet zum Mitglied des Verwaltungsrates des ukrainischen Gas-Unternehmens Burisma Holding. In dieser Po-

sition kassierte der Rechtsanwalt und Wirtschaftslobbyist ohne jegliche Erfahrung im Gasgeschäft 50.000 US-Dollar pro Monat. Das löste ein sehr negatives Medienecho aus.

Zwei hieb- und stichfeste Beweise

Im Folgejahr strengte der ukrainische Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin Ermittlungen gegen Burisma und den Unternehmensgründer Mykola Slotschewskyj wegen Geldwäsche, Steuerflucht und Korruption an. Daraufhin erzwang Joe Biden im März 2016 die Ablösung Schokins, indem er dem damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im Namen der Regierung in Washing-

Ohne jegliche Erfahrung im Gasgeschäft kassierte Bidens Sohn Hunter 50.000 US-Dollar pro Monat

ton drohte, US-Kreditgarantien in Höhe von einer Milliarde Dollar zurückzuziehen, wenn der Chefermittler im Amt bliebe. Schokin wurde daraufhin durch Jurij Luzenko ersetzt, der im Mai 2019 erklärte, es läge nichts Belastendes gegen die Bidens vor.

Für dieses Junktim gibt es zwei hieb- und stichfeste Beweise. Zum einen prahlte der ehemalige Vizepräsident am 23. Januar 2018 auf einer Sitzung des Council of Foreign Relations selbst ganz offen damit, wie er die Angelegenheit seinerzeit bereinigt habe. Zum anderen tauchten im Mai 2020 Mitschnitte der entsprechenden Telefongespräche zwischen Biden und Poroschenko von 2016 auf. W.K.

OBAMAS EXVIZE

Stärken und Schwächen

Joe Biden wird nicht zuletzt deshalb zugetraut, ins Weiße Haus einzuziehen, weil er acht Jahre lang als Vizepräsident unter Barack Obama fungierte. Letzterer verband mit dem weißen Politiker die Hoffnung, dass dieser ihm weiße Arbeiter als Wähler zuführte.

Als zweiter Mann im Staate unterstützte Biden Obama vor allem auf außenpolitischem Gebiet. Darüber hinaus erwies er sich als entschiedener Verfechter von gesundheits- und arbeitsmarktpolitischen Reformen. 2012 – als es um die Wiederwahl des Duos ging – prägte Biden den Slogan „Bin Laden is dead and General Motors alive“ (Bin Laden ist tot und General Motors lebt).

Letzteres bedeutet jedoch nicht, dass Bidens wirtschaftliche Kompetenz sonderlich ausgeprägt wäre. Deshalb kopiert Biden einfach Trumps Protektionismus und stellt in Aussicht, dass der Staat unter seiner Regierung für 400 Milliarden US-Dollar mehr als geplant US-amerikanische Produkte kaufen werde.

Joe Bidens Vizepräsidentschaft zeigte, dass seine Stärken eher auf anderen Gebieten liegen. So loben Politikexperten den für einen Demokraten vergleichsweise gemäßigt-pragmatischen Stil. Aufgrund seines eher schlichten und ruhigen Naturells polarisiert Biden weniger als andere Politiker in den USA.

Die Kehrseite der Medaille sind fehlendes Charisma und Redegewandtheit. Der ehemalige Stotterer verstrickt sich oft in eintönige Monologe, die dann allerdings gelegentlich von kurzen, aber heftigen verbalen Ausbrüchen unterbrochen werden. So beschimpfte er eine Studentin unvermittelt als „verlogene, hundsge-sichtige Pony-Kavalleristin“.

Außerdem verwechselt Biden schon einmal Personen und Orte. Entsprechende Vorfälle nährten in letzter Zeit das Gerücht, er werde vermutlich dement. Naheliegenderweise nutzen seine politischen Gegner dieses dankbar als Wahlkampfmunition. W.K.

Unsterbliche Stimme der Stille

Vor 70 Jahren – am 24. August 1950 – verstarb der ostpreußische Schriftsteller Ernst Wiechert.
Gedanken über einen zeitlosen Klassiker

VON KLAUS WEIGELT

Der ostpreußische Schriftsteller Ernst Wiechert (18. Mai 1887 bis 24. August 1950) zählt zu den Klassikern der deutschen Literatur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In den Jahren ihrer Erstveröffentlichung wurden einige seiner Bücher zu „Bestsellern“. Seine Dichtungen, die auch zur Schullektüre gehörten, spielten im kulturellen Leben Deutschlands eine bedeutende Rolle und wurden infolge von Übersetzungen in zahlreiche Sprachen nicht nur im deutschen Sprachraum gelesen.

Auch heute noch vermögen Ernst Wiecherts Bücher Brücken zu bauen zwischen den Völkern und Kulturen und können der Verständigung mit Menschen in Polen und Russland, wo die Erinnerung an wesentliche frühe Lebensstationen des Dichters gepflegt wird, dienen. Wiecherts Sehnsucht nach Stille und Zurückgezogenheit hat ihn nicht daran gehindert, in mutigen Reden 1933 und 1935 versteckt und offen Kritik am nationalsozialistischen System zu üben. Er musste seinen Bekennermut 1938 mit Lagerhaft im Konzentrationslager Buchenwald büßen. Auch danach blieb der empfindsame Dichter ein unbequemer Zeitgenosse. 1945/46 bezog er in redlicher Absicht Stellung zu aktuellen Fragen, wurde mehrfach missverstanden, in der Öffentlichkeit verunglimpft und zog 1948 aus der selbstgewählten „inneren Emigration“ während des Nationalsozialismus eine bittere Konsequenz und emigrierte in die Schweiz.

Wiecherts Romane und Erzählungen setzen auf die Kraft des aus dem Schweigen geborenen Wortes. Ungeschwächt bleibt ihre Aussagekraft zu spüren, weil des Dichters Humanität, seine Liebe zur Natur und seine Gesten der Versöhnung dem Leser Trost und Zuversicht vermitteln.

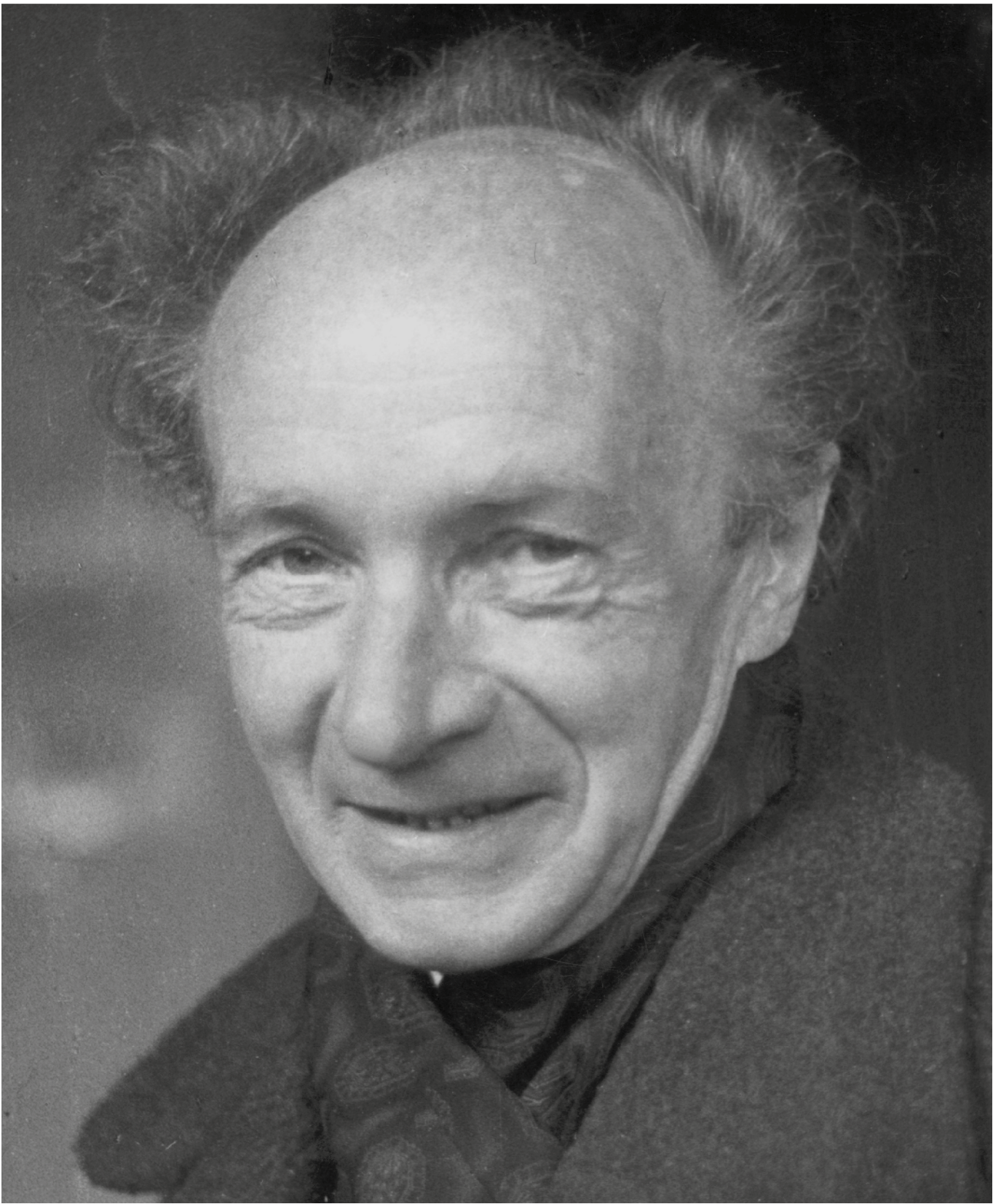
„Melodie des Leids“

Ernst Wiechert zählt sicher nicht zur Weltliteratur. Diese Erkenntnis wird übrigens vom Dichter selbst geteilt. Man kann sie in „Jahre und Zeiten“ nachlesen. Aber in seiner Art ist Ernst Wiechert eine einzigartige Erscheinung in der deutschen Literatur.

Sich mit ihm zu beschäftigen, öffnet immer wieder neue Tore der Erkenntnis und der Menschlichkeit. Und auch in diesem Sinne ist er ein unbekannter Dichter, dem man immer wieder neue Einblicke abgewinnen kann, je älter, erfahrener, reifer der Leser wird. Gerade auch dem älteren Menschen erschließt sich die Fülle der Weisheit, die aus dem Werk dieses Dichters spricht. Das hängt damit zusammen, dass Wiecherts Leben in ungewöhnlicher Weise von Leid und Tod geprägt gewesen ist und dass er diese Erfahrungen in seinem Werk verarbeitet und auch überwunden hat.

Schwermut und Tod begleiten das Leben des Dichters:

- mitten in die unbeschwerte, ja paradiesische Kinderzeit in den ostpreußischen Wäldern um Kleinort fällt der Tod seines jüngeren Bruders;
- von 1907 bis zu seinem Tode 1937, 30 Jahre lang, quält sich nach einem Unfall der arbeitsunfähige Vater durch sein Leben;
- Wiecherts schwermütige Mutter begeht 1912 Selbstmord, seine erste Frau Meta nimmt sich 1929 das Leben;
- sein einziger Sohn stirbt einen Tag nach der Geburt 1917, während Wiechert als Soldat im Felde steht;
- tiefe Wirkungen hinterlassen die schrecklichen Erfahrungen des Krieges (1914–1918), des Aufenthalts im KZ Buchenwald (1938), der Gestapoaufsicht (1938–1945);
- am Ende seines Lebens zieht sich Wiechert in die Schweiz auf den Rütihof am Zürichsee zurück; es ist die Rückkehr in ein Paradies,



Beschrieb Ostpreußens Landschaft in großartigen Erzählungen: Ernst Wiechert

Foto: SZ Photo

aber als unheilbar Kranker, den baldigen Tod vor Augen.

Dies alles sollte man nicht ausklammern oder verheimlichen, wenn man die Kraft des Trostes ermesnen will, die aus dem Werk des Dichters spricht.

Das soll nun aber nicht so interpretiert werden, als bildeten Leben und Werk Ernst Wiecherts eine unauflösliche Einheit. Zwar wird diese These vertreten, aber ebenso viel spricht für eine Interpretation des Werkes aus sich selbst heraus, aus seinen Elementen und Zusammenhängen, aus seinen Themen und Schwerpunkten. Die folgenden vier Punkte sollen hier genannt werden:

- die Landschaft und die Natur, vor allem die ostpreußische Landschaft Masurens mit ihren Wäldern und Seen. Beispiellhaft sei hier der bekannteste Roman Ernst Wiecherts „Das einfache Leben“ erwähnt;
- die zwischenmenschlichen Beziehungen, die Nächstenliebe, die Mitmenschlichkeit, Hilfe und Trost; „Die Majorin“ und „Die Jeromin-Kinder“ sind hier insbesondere zu nennen;
- die Suche nach Gott, das ständige Ringen um den Sinn des Lebens, das Gespräch über das Verständnis der Zeit. Hierzu gehört auch der Themenkreis Pfarrer, Kirche, Bibel, der seinen Höhepunkt im Roman „Missa sine nomine“ findet;
- die verantwortete Zeitgenossenschaft Ernst Wiecherts, trotz aller Kritik, er sei nur ein unpolitischer Schriftsteller, ein Vertreter der deutschen Innerlichkeit gewesen. „Der weiße Büffel“, sein Bericht „Der Totenwald“ und seine mutigen Reden von 1933, 1935 und

1945 verdienen in diesem Zusammenhang besondere Beachtung, ebenso viele seiner vierzig Märchen.

Das sind die Hauptansatzpunkte für die Interpretation des Werkes von Ernst Wiechert, wie sie sich aus dem Werk selbst ergeben, auch ohne Rückgriff auf seine Biographie. Es sind eigenständige, immer wiederkehrende Elemente und Zusammenhänge.

Mensch und Natur Masurens

Ein erfülltes Leben ist für den Menschen bei Wiechert nur im großen Kreislauf der Natur möglich; sie wird als gütige Mutter verstanden, in deren Schoß allein der Mensch aufgehoben ist. Genau diesem Standpunkt entspringt die große Bedeutung, die Wiechert dem Ackermotiv zumisst, denn die Vorgänge des Pflügens, Säens und Erntens entsprechen dem Rhythmus der Natur und sind – so der Dichter – im wahrsten Sinne die natürlichen Tätigkeiten des Menschen.

Das ländliche Leben aber ist *per definitionem* ein einfaches Leben, dessen Schlichtheit sich in der ostpreußischen Landschaft wie nirgends sonst spiegelt. Die Landschaft Masurens ist keine spektakuläre Landschaft – sie entbehrt des Extremen, das etwa alpine Gegenden, Wüsten oder die Küsten des Nordens auszeichnet, aber auch des Üppigen und Idyllischen; sie ist eine einfache und karge Landschaft.

Das einzige Herausragende an ihr sind ihre Weiträumigkeit und ihre Stille, die Unmittelbarkeit erzeugen. Die Menschen bei Wiechert sind so verwachsen mit dieser Landschaft, dass sie selber die Wesenszüge

der Heimat tragen: „Man geht anders, wenn man aus dem Walde kommt. Man hat auch andere Augen.“

Die Wälder, Moore und ärmlichen Felder Ostpreußens bilden einen eigenen Bereich jenseits des Lauten und Ruhelosen der Städte; die Menschen darin werden zum Bestandteil der Landschaft, „sie ruhen im Ursprünglichen“.

So zieht sich auch Thomas von Orla, des ziellosen Treibens der Stadtmenschen überdrüssig, auf der Suche nach dem einfachen Leben in die weiten Räume des Ostens zurück, die ihm ein „Bild von immer gleicher Kraft und Tröstlichkeit“ bieten, wo die „Ruhe der Landschaft“ die Voraussetzung für ein sinnvolles Leben herstellt.

So wächst der Sinn der Landschaft über das rein Malerische oder die autobiographische Note weit hinaus, indem Wald und Acker die Handlung mit gestalten, und erwirbt Symbolgehalt auf einer höheren Ebene. Zur Wiedergabe des Unangetasteten und Unverdorbenen eignet sich aber gerade der geographische Ort Ostpreußen – das hat Ernst Wiechert erkannt und in seinen Werken gestaltet – durch seine Beschaffenheit am besten.

Bleibende Bedeutung

Der 125. Geburtstag Ernst Wiecherts am 18. Mai 2012 war den großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen keine Zeile wert, ganz zu schweigen von öffentlich-rechtlichen oder privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten. Und das, trotz dieser unabwiesbaren Tatsachen: Dem ostpreußischen Dichter ist mit seinem 1945 erstmals veröffentlichten Bericht „Der Totenwald“ über seine Inhaftierung im KZ Buchenwald (Suhrkamp 2008) der erste literarische Versuch einer Annäherung an den Holocaust gelungen, und er hat nach seinen großen Werken „Das einfache Leben“ (1939) und „Die Jerominkinder“ (1945/47) mit dem Roman „Missa sine nomine“ (1950) die erste und bisher einzige angemessene Würdigung des millionenfachen Vertreibungsschicksals geschaffen. Seine Erinnerungen „Jahre und Zeiten“ hat er 1949 dem ebenfalls in die Vergessenheit gebannten Schweizer Philosophen Max Picard (1888–1965) gewidmet, der ihm zuvor seine „Welt des Schweigens“ 1948 dediziert hatte.

Dass Persönlichkeiten wie Picard und Wiechert keine Medienergebnisse mehr sind und in dem „Amüsierbetrieb der gegenwärtigen Kultur“ keinen Platz mehr haben, hat kein geringerer als der peruanische Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa in seinem Buch „La civilización del espectáculo“ einleuchtend erklärt. Darin beschreibt er „eine kulturelle Szenerie, die sich vom stillen Raum (dem Buch, der Reflexion, der Kunstbetrachtung in der Museumshalle) auf die Bretter der öffentlichen und um Öffentlichkeit buhlenden Darbietung verlegt hat. Gemeint sind also Bühne, Unterhaltungsshow, Videowand, Fernsehstudio und YouTube, Klatschen, die Herrschaft der Rampensau und das Bruhaha des zerstreungslüsternden Publikums.“

In der Tat, in dieser Szenerie würde Ernst Wiechert sich nicht wohlfühlen. Seine Stimme, die unter der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten noch ein Millionenpublikum erreichte, hören heute nur noch diejenigen, denen Natur und Stille, Menschlichkeit und Liebe, die Zukunft der Jugend und die Wahrheit der Sprache Herzensanliegen geblieben sind.

• **Klaus Weigelt** ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. und stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft. Der Text ist ein Vorabdruck von Auszügen aus dem Buch „Schweigen und Sprache. Literarische Begegnungen mit Ernst Wiechert“ (Quintus-Verlag). Das Buch ist ab dem 25. August im Handel. www.ernst-wiechert-international.de

Wiecherts
Romane und
Erzählungen
setzen auf die
Kraft des aus
dem Schweigen
geborenen
Wortes

Buch-Tipp



Klaus Weigelt
**Schweigen und Sprache.
Literarische Begegnungen
mit Ernst Wiechert**
Schriften der Internationalen
Ernst-Wiechert-Gesellschaft,
Band 7, 224 Seiten,
ISBN: 978-3-947215-76-8,
25,00 Euro

● MELDUNGEN

Erweiterte Ermittlungen

Frankfurt am Main – Im Zusammenhang mit der Arbeiterwohlfahrt-Affäre um überhöhte Gehälter und luxuriöse Dienstwagen sind nach Angaben der Frankfurter Staatsanwaltschaft nun auch das frühere Gehalt und der Dienstwagen der jetzigen Ehefrau des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD) Gegenstand von Ermittlungen. Als Leiterin eines deutsch-türkischen Kindergartens soll die damalige Lebensgefährtin des Frankfurter Oberbürgermeisters bereits als Berufsanfängerin ein unangemessen hohes Gehalt bezogen haben. Wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft mitteilte, richten sich die Ermittlungen nicht gegen das Ehepaar Feldmann. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt bereits seit Monaten gegen ehemalige Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt (AWO) wegen des Verdachts auf Betrug und Untreue. Das AWO-Präsidium geht davon aus, dass unter der alten Führung der Arbeiterwohlfahrt von 2015 bis 2019 ein Gesamtschaden von etwa 4,5 Millionen Euro entstanden ist. *N.H.*

Offizielle Zahl von Türken

Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion bezüglich der Zahl der in Deutschland lebenden Personen mit türkischem Migrationshintergrund teilte die Bundesregierung mit, dass rund 2,8 Millionen Türkischstämmige verzeichnet seien. Sie bezieht sich auf Ergebnisse des jüngsten Mikrozensus, bei der Bürger gezählt wurden, die entweder selbst oder von deren mindestens ein Elternteil mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft geboren wurde. In der Statistik sind auch Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft enthalten. Laut dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavușoğlu sollen 3,5 Millionen Türken in Deutschland leben. Bei der Präsidentschaftswahl 2018 waren laut Angaben der türkischen Botschaft 1.432.012 Personen wahlberechtigt. *MRK*

„Landshut“ wird ausgestellt

Berlin – Die Bundesregierung plant, die 1977 von palästinensischen Terroristen entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ für umgerechnet rund 20.000 Euro zu erwerben und sie im Gedenken an den mit der Entführung in Zusammenhang stehenden RAF-Terror als Museumsstück auszustellen. Zuletzt wurde die Boeing 737-200 als Frachtflugzeug von einer brasilianischen Gesellschaft unter Tropenbedingungen genutzt. Zurzeit lagert das demontierte Flugzeug in einer Halle in Friedrichshafen. Vor einer Überführung ins Museum müssen Korrosionsschäden an der Aluminiumbeschichtung beseitigt und weitere Restaurierungsarbeiten durchgeführt werden. Wie umfangreich diese ausfallen, hänge vom Ausstellungskonzept des zukünftigen Betreibers ab. Zurzeit prüfen das Kanzleramt und Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) die Möglichkeit, das Flugzeug in das Militärhistorische Museum der Bundeswehr nach Gatow zu überführen. *MRK*



Jörg Meuthen (l.) wird nachgesagt, mit Beatrix von Storch (r.) das bisherige Führungsduo der Bundestagsfraktion aus Alexander Gauland (r.) und Alice Weidel (l.) ersetzen zu wollen: Die vier auf dem jüngsten Parteitag der AfD in Braunschweig. *Foto: pa*

AFD

Jörg Meuthen drängt in den Bundestag

Trotz des Etappensiegs gegen Andreas Kalbitz ist der Weg für den Professor noch lange nicht geebnet

VON PETER ENTINGER

Nachdem das Bundesschiedsgericht die Parteimitgliedschaft des brandenburgischen AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz annulliert hatte, musste die Fraktion darüber befinden, ob er als parteiloses Mitglied an ihrer Spitze bleiben konnte. Rein rechtlich wäre das wohl möglich gewesen. Für diesen Fall hatte Bundessprecher Jörg Meuthen Sanktionen angekündigt und seine Anhänger in der brandenburgischen Fraktion, die etwa ein Drittel ausmachen, hätten eine konkurrierende Gruppe gründen können.

Nun verzichtet Kalbitz bis zur juristischen Klärung seines Parteiausschlusses auf den Vorsitz. Sein Freund und Förderer, AfD-Ehrenvorsitzender Alexander Gauland, zeigte sich zufrieden. Und da auch sein Gegenspieler Meuthen mit dem vorläufigen Kompromiss leben konnte, ist der größte Druck erst einmal vom Kessel.

Doch die Stimmung bleibt angespannt, vor allem seit Gauland, bisher die unangefochtene Graue Eminenz der Partei, zuerst das Bundesschiedsgericht öffentlich schalt, um dann in einem Interview anzu-

deuten, dass er wohl nicht mehr für den kommenden Bundestag kandidieren würde und die Partei auseinanderzufallen drohe. Gauland habe sich damit auf die Seite der Parteirechten um Kalbitz und den Thüringer Björn Höcke gestellt, heißt es aus der Partei.

Gegner im eigenen Landesverband

Gut ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl bringen sich die Kontrahenten in Stellung. Die Umfragewerte sind mau, sogar in den mitteldeutschen Hochburgen sinken sie. Höcke und Co. machen Meuthen und die Mehrheit des Bundesvorstands dafür verantwortlich. Sie hätten mit dem Ausschluss von Kalbitz „die Axt an die Grundfeste der Partei gelegt“. Meuthen wiederum, der von sich behauptet, dass die Mehrheit der Partei hinter ihm stehe, hält Höcke und dem mittlerweile aufgelösten „Flügel“ vor, sie hätten durch ihre „Revolutionsrhetorik“ den Verfassungsschutz alarmiert und bürgerliche Wähler im Westen verschreckt.

Es geht nicht nur um potenzielle Wählerstimmen, es geht auch um die künftige Führung der Partei. Meuthen, das ist kein großes Geheimnis, fühlt sich im Straßburger Europaparlament unterfordert. Ihn

drängt es in die Bundespolitik, möglicherweise als Nachfolger von Gauland an die Fraktionspitze. Seinen Co-Sprecher Tino Chrupalla, derzeit stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im Osten der Republik beliebt, im Westen belächelt, sieht er nicht als große Konkurrenz an. Auch das Amt des Bundestagsvizepräsidenten könnte Meuthen reizen.

Meuthens Problem ist, dass in seinem heimischen Landesverband Baden-Württemberg hartnäckige Widersacher sitzen, die alles daransetzen werden, dass Landes-

chefin Alice Weidel, die gemeinsam mit Gauland der Bundestagsfraktion vorsteht, erneut als Spitzenkandidatin ins Rennen gehen wird. Ursprünglich zählten Meuthen und Weidel beide zum wirtschaftsliberalen Flügel, persönlich sind sich beide aber seit Jahren spinnefeind. Meuthen, so heißt es aus der Partei, präferiere eine Doppelspitze an der Fraktion mit der Berliner Beatrix von Storch.

Schafft Meuthen es in Baden-Württemberg nicht auf den ersten Listenplatz, müsste er auf einer anderen Landesliste kandidieren. Doch die Spitzenpositionen sind heiß begehrt. Die bayerische Landeschefin Corinna Miazga, ursprünglich eher dem rechten Flügel zuzuordnen, und NRW-Chef Rüdiger Lucassen unterstützen ihn zwar in seinem Kampf gegen Kalbitz, haben aber wohl eigene Ambitionen, was die Führung der Fraktion angeht. Meuthen will bis Jahresende „klar Schiff“ machen und die Mehrheitsverhältnisse klären. Danach werde er entscheiden, ob er für den Bundestag kandidieren wird. „Derzeit streitet sich die eine Hälfte der Partei bis aufs Messer und die andere Hälfte wartet ab, welches Viertel sich durchsetzt und wird sich diesem anschließen“, sagte ein Bundestagsabgeordneter zur PAZ.

„Derzeit streitet sich die eine Hälfte der Partei bis aufs Messer und die andere Hälfte wartet ab, welches Viertel sich durchsetzt“

AFD-Bundestagsabgeordneter gegenüber der PAZ.

NURHAN SOYKAN

Auswärtiges Amt verzichtet auf radikale Muslimin

Heiko Maas hat die Berufung der ZMD-Generalsekretärin zur Beraterin zurückgenommen

Seit 2017 gibt es im Auswärtigen Amt das Referat 612 „Religion und Außenpolitik“. Vorläufer war ein Arbeitsstab mit dem Namen „Friedensverantwortung der Religionen“. Das Judentum vertritt der angehende Rabbiner Markus Feldhake, das Christentum der evangelische Pastor Peter Jörgensen. Die Freude vieler Muslime, dass neben dem Pfarrer und dem zukünftigen Rabbiner, nun auch eine muslimische Rechtsanwältin, Nurhan Soykan, ins Beraterteam des Auswärtigen Amts aufgenommen werden sollte, währte nur neun Tage. In diesen neun Tagen gab es massive Vorwürfe von allen Seiten mit Ausnahme der türkisch-nationalistischen gegen die

Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) und ihre Berufung ins Auswärtige Amt als Beraterin.

Parteübergreifende Kritik

Die 1970 in der Türkei geborene Anwältin siedelte im Alter von drei Jahren mit ihren Eltern nach Deutschland über, in dem Jahr, als der arabische Ölboykott zu einem Gastarbeiterstopp führte. In Köln studierte sie Jura und ließ sich 2005 als Rechtsanwältin nieder. Im ZMD vertritt Soykan die Interessen der „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa“. Diese ist eine Abspaltung der Auslandsvertretung der Grauen Wölfe, eine rechts-

extreme national-religiöse türkische Vereinigung mit dem Motto: „Der Weg ist der Koran und das Ziel ist Turan“, ein türkisches Großreich von Zentralasien bis zur Türkei.

Im Auswärtigen Amt sollte diese Frau mit türkischen Großreichphantasien das Friedenspotenzial zwischen den Religionen weltweit fördern. Soykan hatte in den sozialen Medien Sympathien für radikale Moslems und Antisemiten geäußert, was sie bei ihren offiziellen Stellungnahmen für den ZMD vermieden hatte. Offenbar hat man im Außenministerium nach einem öffentlichen Protestschrei gemerkt, dass im diplomatischen Dienst zwar eine

diplomatische Sprache gefragt ist, aber keine doppelzüngige, wie sie Soykan an den Tag legt. Außenminister Maas reagierte einmal mehr viel zu spät, auch dies war Gegenstand der Kritik.

Heiko Maas reagierte erst spät

Sogar der Islam- und Antisemitismus-Experte Ahmad Mansour, selbst ein anerkannter Muslim aus Israel, und der Grünen-Politiker Volker Beck machten ihrem Unmut über die Personalie Soykan auf Twitter Luft. Wenigstens in Maas' eigener Partei, der SPD, wurde auf Kritik an seiner Wahl verzichtet – zumindest auf öffentliche. *Bodo Bost*

RÜCKTRITT

Lompscher geht, Wohnungsnot bleibt

„Historischer Scherbenhaufen“: Linke Bausenatorin hinterlässt einen Berg an Versäumnissen

VON NORMAN HANERT

Als Rot-Rot-Grün vor vier Jahren die Regierungsgeschäfte im Land Berlin übernahm, kündigte das Bündnis eine Wende in der Wohnungspolitik an. Ein Jahr vor der nächsten Abgeordnetenhauswahl gleicht die Baupolitik der Koalition jedoch einem Scherbenhaufen.

Insbesondere in der Linkspartei herrscht nach dem Rücktritt der bisherigen Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher Schockstimmung. Anfang August hatte die Politikerin eingeräumt, ihr sei „im Zusammenhang mit der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage“ im Berliner Abgeordnetenhaus „bewusst geworden, dass es bei der Abrechnung meiner Bezüge aus Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsstätigkeit Fehler gegeben hat“. Bei Lompschers „Fehlern“ geht es um nicht deklarierte Bezüge für Aufsichtsratsposten.

Die Staatsanwaltschaft prüft im Zuge von Vorermittlungen auch den Verdacht von Steuerhinterziehung. Als Aufsichtsratsmitglied in Landesunternehmen hatte die Senatorin zwei Jahre nacheinander jeweils rund 8000 Euro bezogen. Laut dem Berliner Senatorengesetz hätte Lompscher einen Teil dieser Einnahmen an die Landeskasse abführen müssen. Die 58-Jährige behielt die Einnahmen jedoch komplett für sich.

AfD brachte Affäre ins Rollen

Zudem versteuerte sie offenbar die Gesamteinnahmen in Höhe von 15.525 Euro auch nicht. In der Wählerschaft der Linkspartei dürften nicht nur diese „Nebeneinkünfte“ für Unmut sorgen. Besonders schmerzhaft für die Genossen: Ins Rollen gebracht wurde die Affäre ausgerechnet durch die AfD-Finanzexpertin Kristin Brinker über eine schriftliche Anfrage im Landesparlament.

Die politische Bilanz der zugetretenen Senatorin fällt düster aus. Harald Latsch, der wohnungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, bewertete die Amtszeit der Linkspartei-Politikerin als „verlorene Jahre, insbesondere für Berliner Wohnungssuchende“: „Lompscher hat zu verantworten, dass im laufenden Jahr gerade mal drei Sozialwohnungen bewilligt wur-



Viel versprochen, wenig gehalten: Katrin Lompscher (Linkspartei)

Foto: imago images/STTP

den“, so Latsch. FDP-Landeschef Christoph Meyer bescheinigte Lompscher, sie hinterlasse einen „historischen Scherbenhaufen“. Als politisches Erbe der Politikerin nannte der Liberale neben verfehlten Wohnungsbauzielen auch die Rechtsunsicherheit durch den juristisch wie politisch umstrittenen Mietendeckel.

Immer weniger Mietwohnungen

Die negativen Folgen des staatlichen Eingriffs sind tatsächlich nicht mehr zu übersehen. Laut Daten großer Immobilienportale ist das Angebot an Mietwohnungen seit Einführung der Deckelung spürbar zurückgegangen. Stattdessen werden nun verstärkt Wohnungen zum Kauf angeboten. Deutlich gestiegen sind auch die Mietpreise für Neubauten, die von der Deckelungsregelung ausgenommen sind.

Erst vor Kurzem wies der Berliner Mieterverein erneut darauf hin, dass Wohnungssucher immer öfter durch

„Schattenmieten“ verunsichert würden. Dabei schreiben Vermieter in Neuverträge einen gedeckelten Preis hinein, dazu aber auch einen marktüblichen Mietpreis. Dieser soll gelten, falls der Mietendeckel vor Gericht scheitert.

„Nicht-Bau-Senatorin“

Diese Annahme ist nicht unrealistisch: Lompschers Mietendeckel greift tief in das Eigentumsrecht ein. Das Bundesverfassungsgericht wird sich daher mit der Frage beschäftigen, ob Berlin per Landesgesetz überhaupt in Konkurrenz zum Bund so weitgehend ins Mietrecht eingreifen darf. Im Extremfall blüht dem rot-rot-grünen Senat, dass die Berliner Verfassungsrichter oder das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel im Wahljahr 2021 wieder einkassieren.

Gut ein Jahr vor der Abgeordnetenhauswahl stellt Lompschers Rücktritt als Bausenatorin eine starke Belastung für

die scharf links orientierte Koalition dar. Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit war Lompscher in die Kritik geraten. Die Politikerin hatte den Stadtsoziologen Andrej Holm zu ihrem Staatssekretär ernannt. Dieser musste bereits wenige Wochen nach seiner Berufung wegen Stasi-Vorwürfen wieder zurücktreten. Noch häufiger ist im Zusammenhang mit Lompscher aber von einer „Nicht-Bau-Senatorin“ die Rede.

In den gut dreieinhalb Jahren an der Spitze der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen musste Katrin Lompscher tatsächlich wiederholt Ankündigungen zum Wohnungsbau wieder einkassieren. Erst kurz vor ihrem Rücktritt hatte die Senatorin in einem Bericht darüber informiert, dass bis Jahresende nur rund 24.000 neue kommunale Wohnungen fertig werden. Das sind deutlich weniger als die von Rot-Rot-Grün angekündigten 30.000 Einheiten.

NEUKÖLLN

Personalie Balci bringt Linksaußen auf die Palme

Neue Integrationsbeauftragte: Grüne und Linkspartei schießen aus allen Rohren

Güner Balci heißt die neue Integrationsbeauftragte des Berliner Stadtbezirks Neukölln. Ihre Familie stammt aus Anatolien, und sie selbst fühlt sich der alevitischen Glaubensrichtung des Islam zugehörig. Alle Parteien in Neukölln stehen hinter ihr, außer der Linkspartei und den Grünen. Beide werfen ihr eine zu kritische Haltung gegenüber dem Islam vor, die sich in einem Beitrag des Magazins „Cicero“ dokumentiert: „Religion kann eine Waffe sein – der Islam, so wie er heute von vielen interpretiert wird, ist aufgrund des Mangels an kritischer Auseinandersetzung eine geladene Waffe.“

Der Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel (34, SPD) hatte die Stelle öffentlich ausgeschrieben. Es gab 79 Bewerber, Hikel lud sechs von ihnen zu einer Vorstellungsrunde ein. Schließlich erhielt Balci den Zuschlag. Der Bezirksbürger-

meister begründete seine Entscheidung: „Frau Balci setzt sich seit Jahren dafür ein, denen eine Stimme zu geben, die sonst keine haben. Junge Frauen zu emanzipieren und empowern, auch gegen patriarchale Strukturen.“

Neukölln ist ein multikultureller Problembezirk und Balci ist dort aufgewachsen. Sie kennt sich hier aus. Zwei Bücher zu diesem Thema hat sie bereits herausgebracht. 2008 kam „Arabboy – Eine Jugend in Deutschland oder das kurze Leben des Rashid A.“ heraus. Sie erzählt dort die „Karriere“ eines jungen Mannes mit palästinensisch-libanesischen Wurzeln. Sie beschreibt, dass die „Araber“ sich in die deutsche Gesellschaft nicht integrieren wollten, sie schreibt über brutale Gewalt und den fehlenden Respekt vor Frauen und über Deutschenhass. Für die Araber seien deutsche Mädchen „Nutten“.

Von deutschen Sozialarbeitern hält sie wenig, weil sie die Jugendbanden verteidigen und Taten sogar decken mit dem Hinweis auf eine „schlechte Kindheit“. Damit wird verständlich, warum Grüne und Linkspartei gegen Güner Balci Sturm laufen.

SPD-Bürgermeister bleibt standhaft

Aber Hikel scheint standhaft zu bleiben. Grüne und Linkspartei beschwerten sich darüber, dass vor der Einstellung der Ausländerbeirat nicht gehört worden sei. Doch das Gesetz sieht lediglich eine Stellungnahme des Beirates vor, nicht dessen Beteiligung am Auswahlverfahren. Hikel hat dieses Gremium vor der Ernennung Balcis per E-Mail informiert und damit dem Gesetz Genüge getan.

Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus stänkerte Susanna Kahlefeld von den

Grünen gegen die Wahl von Güner Balci: „Was für eine bizarre Fehlbesetzung! Hey, hier ist nicht mehr Buschkowsky-Time.“ Neuköllns früherer Bezirksbürgermeister Buschkowsky konterte amüsiert: „Wenn sie könnten, würden sie mein Bild in der Ahnengalerie des Rathauses abhängen.“ Der Linkspartei-Abgeordnete Hakan Tas ätzt: „Rassistische Wert- und Denkmuster wurden insbesondere von Politikern wie Sarrazin und dem ehemaligen Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky in die Mitte der Gesellschaft getragen.“

Zuspruch erhält Balci vom Berliner Lesben- und Schwulverband (LSVD). „Das Miteinander in unserer pluralen Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn Menschen unabhängig von Herkunft und sexueller Identität Wertschätzung und Respekt erfahren.“

Frank Bücker

KOLUMNE

Der Störenfried

VON THEO MAASS

Die Ankündigung des noch amtierenden Vorsitzenden der Jungsozialisten, Kevin Kühnert, sich im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg um ein Bundestagsmandat bewerben zu wollen, bringt die Berliner SPD in Schwierigkeiten. Die um ihre tonangebende Rolle in der Stadt kämpfende Partei hatte intern mühsam eine Personalrochade austariert.

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller soll mit einem Bundestagsmandat „abgefunden“ werden, dafür sollen die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Fraktionschef Raed Saleh die Partei in den kommenden Landtagswahlkampf führen. Zurzeit liegt die SPD in den Umfragen nur noch auf Platz drei hinter den Grünen und der CDU. Müllers links orientierter Kreisverband Tempelhof-Schöneberg scheint sich darüber zu freuen, Müller eins auswischen zu können und dem Juso-Chef den Wahlkreis zuzuschustern, in dem Müller eigentlich zu Hause ist.

Nun soll Müller in den Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf ausweichen. Dabei dürfte die Wahlkreis-Direktkandidatur für die SPD ohnehin ein aussichtsloses Unternehmen sein. Der Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg fiel 2017 an Jan-Marco Luczak (28,9 Prozent) von der CDU gegen Mechthild Rawert von der SPD (22 Prozent) und Renate Künast (18,9 Prozent) von den Grünen. Die Wahlkreisprognose sagt erneut einen Sieg der CDU voraus. Was noch trauriger aus Sicht der SPD ist: Diesmal gibt es nach der Prognose kein einziges Bundestags-Direktmandat in Berlin für sie zu gewinnen.

Juso-Chef Kühnert betätigt sich in der SPD als „Spielverderber“, denn es war mühsam genug, den angedachten Personalwechsel innerparteilich auszuhandeln. Ob die Partei Kühnerts Störaktion bei der Listenaufstellung honoriert, ist zweifelhaft. Die Berliner SPD hat schon genug Sorgen. Ihm geht es offenbar nur um seine eigene Parteikarriere.

MELDUNG

Grenzpendler in der Klemme

Potsdam – Nach Recherchen des Senders rbb hat möglicherweise nur die Hälfte aller Berechtigten von einer Regelung der Landesregierung für polnische Berufspendler profitiert. Ende März hatte die Regierung in Warschau eine zweiwöchige Quarantäne bei jeder Einreise verhängt. Um ein Ausbleiben polnischer Arbeitskräfte zu verhindern, bot die Regierung in Potsdam betroffenen Pendlern die Zahlung einer Tagespauschale von 65 Euro für Unterkunft und Lebensunterhalt an. Der Antrag auf die Pauschale musste von der jeweiligen Firma gestellt werden. Auf Grundlage dieses Angebots sind bei den Industrie- und Handelskammern bis Ende Juli jedoch nur Anträge für etwa 7000 Arbeitskräfte eingegangen. Normalerweise fahren aber täglich rund 14.000 Polen zur Arbeit in die Mark Brandenburg. Angesichts dieser Differenz ist es laut dem Bericht des rbb möglich, dass etliche Unternehmen das Geld für ihre polnische Pendler verfallen ließen. N.H.

● MELDUNGEN

Hollywood will sprengen

Breslau – Auf der Suche nach Drehorten für den siebten Teil der „Mission: Impossible“-Reihe ist die US-amerikanische Filmproduktionsgesellschaft Paramount Pictures nordwestlich von Hirschberg in Schlesien auf die historische Eisenbahnbrücke über den Stausee der Bobertalsperre gestoßen. Laut Medienberichten soll die Hollywood-Firma erwogen haben, die mehr als 100 Jahre alte Eisenbahnbrücke für eine Szene im nächsten Teil der Agenten-Filmreihe mit Tom Cruise in die Luft zu sprengen. Gegen die Zerstörung der 1905/06 gebauten Brücke protestierten Anwohner und Denkmalschützer. Unter anderem wurde eine Online-Petition gestartet, um die seit einigen Jahren nicht mehr für den Eisenbahnverkehr genutzte Bobertalbrücke als Technik-Denkmal unter Schutz zu stellen. Mit ihrer spektakulären „Fischbauch“-Konstruktion zählt die Brücke im Riesengebirge weltweit zu den wenigen noch erhaltenen Exemplaren ihrer Art. *N.H.*

EU verwehrt Zuschüsse

Brüssel – Helena Dalli, die Gleichstellungskommissarin der EU, hat sechs polnischen Gemeinden Zuschüsse für eine Teilnahme an einem Städtepartnerschafts-Programm verwehrt. Nach Angaben der 57-jährigen Sozialdemokratin aus Malta betreffen die abgelehnten Anträge polnische Städte, die sich selbst zu „LGBTI-Ideologie-freien Zonen“ erklärt haben. Die Gemeinden hatten bei Zuschüssen zwischen 5000 und 25.000 Euro aus einem Programm beantragt, mit dem die EU Partnerschaften zwischen Kommunen fördert. Zur Ablehnung der Förderanträge sagte die EU-Kommissarin: „Es liegt in meiner Verantwortung sicherzustellen, dass die Werte der EU bei all unserer Arbeit und bei allen EU-Fonds respektiert werden.“ Mittlerweile haben sich über 100 polnische Gemeinden, Landkreise und Verwaltungsbezirke der „Charta der Familienrechte“ angeschlossen oder zu Gebieten erklärt, die frei von LGBTI-Ideologie sind. Der aus dem Englischen stammenden Begriff LGBT steht für „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender“. *N.H.*

Krawtschuk für US-Beteiligung

Kiew – Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der Ukraine der Post-Sowjet-Ära (1991–1994) ist neuer Leiter der ukrainischen Delegation in der Dreier-Kontaktgruppe zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine. Als solcher möchte er die USA an den Verhandlungen beteiligen, da sie „als reichstes Land der Welt die Schaffung eines Friedens beeinflussen“ könnten. Er lehnt es ab, mit Vertretern der Separatistengebiete auf hoher staatlicher Ebene zu verhandeln, und regt die Schaffung eines neuen Verhandlungsformats an. Den von Russland geforderten und im Minsker Abkommen festgehaltenen Sonderstatus lehnt Krawtschuk ebenso wie der aktuelle ukrainische Präsident Wladimir Selenskij ab. Niemand wisse, wie ein solcher Sonderstatus aussehen solle. Er werde niemals ein Dokument unterschreiben, das Kiew schaden würde, sagte Krawtschuk. *MRK*

FRANKREICH

Gewalt gegen Kirchen nimmt stark zu

Fast 1000 antichristliche Vorfälle wurden vergangenes Jahr offiziell registriert

VON BODO BOST

Vergangenen Monat wurde die gotische Kathedrale St. Peter und St. Paul in Nantes Opfer einer Brandstiftung, ein Jahr zuvor war die berühmteste Kirche Frankreichs, Notre Dame in Paris, Opfer von Flammen bislang unbekannter Ursache. Viele andere mutmaßliche Brandanschläge auf kleinere französische Kirchen machen in der Regel keine internationalen Schlagzeilen. Seit dem Jahr 2010 dokumentiert das in Paris ansässige „Observatoire de la Christianophobie“ (Beobachtungsstelle für Christophobie) antichristliche Vorfälle in Frankreich und auf der ganzen Welt.

Die Beobachtungsstelle ordnet Anschläge auf Kirchen in sechs Kategorien ein: Brandstiftung, Mord/Überfall, Vandalismus, Diebstahl, Bombenanschläge und Entführung. Nach dem Brand von Nantes berichtete die Organisation von mehreren in der Öffentlichkeit weniger bekannten Vorfällen, darunter die Zerstörung eines

Kruzifixes in einer Kirche in der Bretagne, die Vernichtung von Gemälden in einer Kirche in Auxerre und die Enthauptung einer Marienstatue in Montaud. Alle Angriffe auf Kirchen haben Ähnlichkeiten mit den Kirchenverwüstungen durch den Islamischen Staat in Syrien und dem Irak. Statistiken zeigen, dass es in Frankreich, der sogenannten ältesten Tochter der Kirche, die bereits 496 den Katholizismus angenommen hat, fast drei solcher Angriffe pro Tag gibt. Vergangenes Jahr gab es insgesamt 996 antichristliche Vorfälle. Das ist fast eine Vervierfachung gegenüber 2008. Die Flut von Kirchenangriffen und möglicherweise auch deren Sichtbarkeit haben die französischen Behörden gezwungen, das Problem offen anzusprechen.

„Protège ton église“

Der Trend steigender Angriffe beschränkt sich nicht auf Frankreich. Die meisten europäischen Länder stellen keine Statistiken über antichristliche Vorfälle zur Verfügung. Viele erfassen sie nicht einmal als solche. Nach den Daten, die Großbri-

tannien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Verfügung gestellt hat, haben sich beispielsweise dort die antichristlichen Verbrechen von 2017 bis 2018 verdoppelt.

Manchmal sind die Motive klar, manchmal aber auch interpretationsbedürftig. Kirchen wirken wie Blitzableiter

auf Aktivisten radikalisierter Bewegungen. Mit Kirchen kann beispielsweise „Patriarchat“, „Autorität“, „Tradition“, „Homophobie“ oder „christliches Abendland“ getroffen werden. Radikale Moslems nehmen Kirchen aus anderen Gründen ins Visier als beispielsweise Anarchisten. Unabhängig von der Motivation ist bei all diesen Kirchengegnern eine verstärkte Aktivität zu konstatieren. Kirchen sind auch besonders verwundbar. Sie sind offene Räume für das Gebet und deshalb tagsüber für die Öffentlichkeit zugänglich. Und sie werden nicht bewacht.

In Frankreich gibt es eine Initiative, die im vergangenen Jahr unter dem Namen „Protège ton église“ (schütze deine Kirche) gestartet wurde. Junge Katholiken organisieren sich ehrenamtlich in Städten in ganz Frankreich, um ihre Kirchen nachts zu schützen, sie wollen friedlich abschrecken. Auch die französischen Bischöfe haben das Thema bei regelmäßig stattfindenden Treffen mit den staatlichen Behörden zur Sprache gebracht. Nichtsdestotrotz gehen die Angriffe weiter.

Zwischen 2008 und 2019 konstatierten die Behörden einen Anstieg der Zahl der Vorfälle um 285 Prozent. Und Frankreich steht mit dieser Entwicklung nicht allein



Sichtbare Spuren einer gefährlichen Entwicklung in Frankreich und der Welt: Trümmer in der Kathedrale St. Peter und St. Paul in Nantes nach dem Brandanschlag

Foto: pa

CORONA

Russland prescht im Wettlauf um den Impfstoff vor

Putin drängt zur Eile – Präparat wird bereits vor Abschluss der Phase-III-Studie freigegeben

In der angespannten Lage – das Vertrauen der Bevölkerung in Wladimir Putin sinkt und in Chabarowsk halten die Proteste seit Wochen an – ist der russische Präsident auf Erfolge angewiesen. Putin hat in einer Ansprache versprochen, dass im Herbst und Winter dieses Jahres 60 Prozent der Russen gegen das Coronavirus auf Staatskosten geimpft würden.

Russland verzeichnet besonders viele Fälle von Corona-Infektionen, die Zahl von 900.000 ist fast erreicht, mehr als 14.000 Menschen fielen der Pandemie bereits zum Opfer. Eile ist geboten, und so setzt die Regierung auf die schnelle Freigabe eines Impfstoffs des Moskauer Ga-

maleja-Instituts, der auf dem japanischen Influenza-Präparat Avifavir basiert, das in 15 Ländern vertrieben wird. Die russische Weiterentwicklung unter dem Namen Fapiravir wurde bislang nur an Soldaten getestet, freiwillig, wie es heißt. Für den 10. August kündigte das Gesundheitsministerium die Freigabe des Vakzins an, im Oktober beginnen die ersten Impfungen. Zunächst sollen Ärzte und Lehrer den Impfstoff verabreicht bekommen und schrittweise dann der Rest der Bevölkerung.

Kritiker bemängeln das Testverfahren, bei dem in zu kurzer Zeit zu wenige Menschen getestet wurden. Sie werfen Putin

vor, er setze auf einen „Sputnik-Moment“. So wie 1957 die Sowjetunion den ersten Satelliten ins All schoss, presche Russland heute mit dem ersten Corona-Impfstoff auf dem Weltmarkt vor, zulasten der Sicherheit.

Gesundheitsminister Michail Muraschko kündigte am 23. Juli parallel zum Impfstart den Beginn einer Phase-III-Studie mit 800 Teilnehmern an. Üblicherweise wird in Phase III an bis zu 10.000 Patienten getestet. Im Westen ist eine abgeschlossene Phase-III-Studie trotz beschleunigter Zulassungsverfahren Voraussetzung für eine Freigabe. Weltweit gibt es bereits vielversprechende Zwischenergebnisse aus mehr

als 170 Projekten. Einen Impfstoff im Frühjahr stellen Virologen auch hierzulande in Aussicht.

Inzwischen fordern russische Pharmakologen in einem Brief an Muraschko, die Freigabe des Impfstoffs auf später zu verschieben, wenn die Phase-III-Studie durchgeführt wurde. Da keine Ergebnisse zur Sicherheit vorlägen, sei es zu früh für eine Massenproduktion des Impfstoffs. Im russischen Fernsehen scheint die Botschaft bereits vorher angekommen zu sein. Dort wurde eine Impfung der Massen erst für das kommende Frühjahr in Aussicht gestellt. Damit könnte Russland ins Hintertreffen geraten. *Manuela Rosenthal-Kappi*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Welche weitreichenden Möglichkeiten einem autoritär-bevormundenden Staat durch die Abschaffung des Bargeldes erwachsen können, zeigt sich jetzt in Australien. In einigen Teilen des Landes, wie der Goldfields- und East-Kimberley-Region in Western Australia, der Bundaberg- und Hervey-Bay-Region in Queensland sowie der Ceduna-Region in South Australia, finden momentan großangelegte Feldversuche statt, in deren Rahmen Sozialhilfe vorrangig über eine auch als Indue Card, Healthy Welfare Card oder Cashless Debit Card bezeichnete Cashless Welfare Card (bargeldlose Wohlfahrtskarte) ausbezahlt wird. Grundlage dessen ist ein Gesetz namens „Social Security (Administration) Amendment (Income Management and Cashless Welfare) Act“ vom 5. April 2019. Besonders betroffen hiervon sind Territorien, in denen vorrangig Aborigines, also Ureinwohner, leben, die eigentlich seit 1975 die gleichen Bürgerrechte wie alle anderen Australier genießen.

Gegner sprechen von „Rassismus“

Den Sozialhilfeempfängern dort wurden Debitkarten ausgehändigt, mit denen man bezahlen kann wie mit einer normalen Bankkarte – allerdings nicht für Alkohol und Glücksspiele. Ebenso ist das Abheben von Bargeld unmöglich, womit der Kauf von illegalen Drogen gleichfalls entfällt. Zunächst wandern zwar nur acht Zehntel der Sozialhilfe auf diese Karten, während der Rest wie üblich aufs Konto fließt, allerdings ist erstens die Verwendung der verbleibenden zwei Zehntel ebenfalls reglementiert und zweitens längerfristig geplant, auch diesen Teil der staatlichen Unterstützungszahlungen auf die Cashless Welfare Cards zu laden.

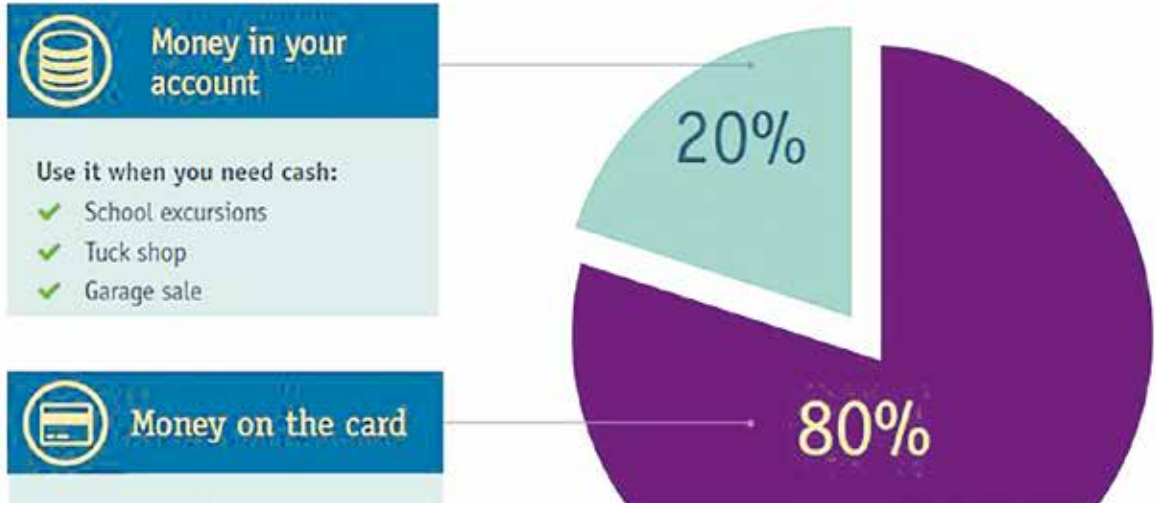
Der Zweck des Ganzen wird auf der Regierungswebsite zu dem Programm folgendermaßen beschrieben: Man wolle testen, „ob die Verringerung der Menge an Bargeld, die in einer Gemeinde verfügbar ist, den Schaden reduzieren kann, der von wohltätigkeitsinduziertem Missbrauch von Alkohol, Glücksspiel und Drogen ausgeht“. Als Rechtfertigung für dieses Experiment dient unter anderem, dass die Aborigines Alkohol wegen eines fehlenden Enzyms schlechter vertragen. Allerdings unterscheiden sich die Ureinwohner in puncto Alkoholmissbrauch statistisch kaum von der Durchschnittsbevölkerung. Unter anderem deshalb sprechen Kritiker nun von „Rassismus“ und „Überbevormundung“. Das Mindeste sei, dass jeder frei entscheiden könne, ob er so eine Karte wolle oder nicht.

Derzeit ist es noch möglich, aus dem von oben verordneten Programm auszuweichen – allerdings bestehen dafür hohe



Where can the Cashless Debit Card be used?

The Cashless Debit Card looks and operates like any other bank card, and can be used in stores that have a card machine. The card cannot be used to buy alcohol, gambling products, some gift cards or to withdraw cash.



Enthält neben weiteren Informationen zur Cashless Welfare Card auch eine Abbildung von ihr: Australische Regierungswebsite

SOZIALPOLITIK

Lebensmittelgutscheine auf elektronisch

Australien unternimmt Feldversuch mit Cashless Welfare Cards statt Bargeld. Offizielles Ziel ist die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen

Hürden. So muss der Antragsteller die Fähigkeit zu einer „angemessenen und verantwortungsvollen Verwaltung seiner Angelegenheiten“ nachweisen und die Behörden in diesem Zusammenhang ermächtigen, die Zahlungshistorie der Karte auf eventuelle Unregelmäßigkeiten zu durchforsten. Ansonsten dürfen nur diejenigen wieder uneingeschränkt und frei über Bargeld verfügen, die sich in der Gemeinschaft engagieren und auch sonst dem Muster des angepassten Bürgers entsprechen.

Ein weiteres Manko der Cashless Welfare Cards sind die fehlenden Möglichkeiten, an einfachen Marktständen oder in Gebrauchtgutläden ohne die entsprechenden technischen Voraussetzungen für bargeldlose Zahlungsvorgänge einzukaufen.

Die genannten Einschränkungen führten bei manchen Betroffenen inzwischen schon zu nachweislichen psychischen Störungen. Außerdem ergaben Studien, dass auch die Kriminalität ansteigt, weil die Bargeldlosen sich an den Bargeldbesitzern schadlos zu halten versuchen. Dennoch visiert die Regierung in Canberra nun eine Ausweitung des Modells von Western beziehungsweise South Australia und Queensland auf das ganze Land an. Das wird nicht zuletzt mit dem Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in den Testregionen um zehn Prozent begründet.

So nachvollziehbar das Bestreben im Grundsatz ist, Arbeitsscheu und Suchtverhalten sowie das dadurch verursachte soziale Elend durch eine paternalistische Intervention des Staates wie eben die Ein-

führung von Cashless Welfare Cards zu bekämpfen, so beunruhigend sind aus liberaler Sicht die Missbrauchsmöglichkeiten, die sich aus der bargeldlosen Zuteilung von Geld in Kombination mit obrigkeitlich festgelegten Bedingungen für die Verwendung der Mittel ergeben. Hierdurch wird dem Totalitarismus Tür und Tor geöffnet sowie die Freiheit der Menschen deutlich stärker eingeschränkt, als es beim Bargeld möglich ist.

In Deutschland ist man keineswegs so weit von australischen Verhältnissen entfernt, wie es manchem scheint. Immerhin erheben auch deutsche Banken wie die ING-DiBa heute zum Teil schon „erzieherische“ Strafgeldbußen, wenn die Kunden ihre Kreditkarten benutzen, um im Spielkasino oder Wettbüro zu bezahlen.

ELEKTROAUTOS

Die unterschätzte Gefahr

Brennende E-Mobile stellen Rettungskräfte vor ungewohnte Herausforderungen

Regelmäßig versichern Automobilexperten, dass die Brandgefahr von E-Autos nicht höher sei als bei herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren. Der Tod einer 19-Jährigen, die in Brandenburg bei einem Unfall in einem E-Auto verbrannte, hat nun aber erneut zu der Frage geführt, wie sicher Elektrofahrzeuge tatsächlich sind.

Nach Angaben der Feuerwehr war die junge Frau am 28. Juli in Groß Kreutz, Landkreis Potsdam-Mittelmark mit ihrem E-Auto in einer Linkskurve aus noch ungeklärter Ursache von der Landstraße abgekommen und mit einem Baum kollidiert. Nachdem das Fahrzeug zu brennen begonnen hatte, konnte die junge Fahrerin nicht mehr gerettet werden.

Ein Polizeisprecher sagte, es sei schwierig gewesen, die verunglückte Frau aus dem Elektroauto zu bergen. Weiter wurde mitgeteilt, dass Feuerwehrleute versucht haben, die Akkus des E-Autos zu kühlen, um eine Explosion zu verhindern. Nach dem Einsatz forderte der Gemeindeführer von Groß Kreutz neue Materialien und Schulungen für solche Unfälle: „E-Autos sind relativ schwierig zu löschen, diese Erfahrungen haben wir nicht“, so der Vertreter der örtlichen Feuerwehr.

Es fehlt an Schulung und Material

Nicht nur in Brandenburg stellen Unfälle von Elektroautos für Feuerwehrleute und Rettungssanitäter eine besondere Schwierigkeit dar. Obwohl die Zulassungszahlen

der „Stromer“ immer noch recht dürftig sind, müssen die Rettungskräfte im ganzen Land auf Unfälle mit E-Fahrzeugen vorbereitet sein. Nötig sind dabei neben Schulungen zu den Besonderheiten der Fahrzeuge auch neue technische Hilfsmittel.

Werden bei Unfällen die Lithium-Ionen-Batterien der E-Autos beschädigt, kann dies nämlich zum gefährlichsten „thermischen Durchbrennen“ führen. Dabei treten Temperaturen auf, die in kürzester Zeit auf mehrere hundert Grad Celsius ansteigen. Um einen brennenden Li-Ionen-Akku zu löschen, bedarf es oft sehr großer Mengen an Wasser, in manchen Fällen bis zu 30.000 Liter. Zudem haben Feuerwehrleute inzwischen die Erfahrung

machen müssen, dass eigentlich gelöschte Akku-Brände noch nach Tagen immer wieder aufflammen können.

Angesichts solcher Schwierigkeiten greifen Einsatzkräfte bei Unfällen mit E-Autos mittlerweile auf Löschtankcontainer zurück. Per Kran oder Seilwinde werden die Unfallfahrzeuge dabei zunächst in wasserdichte Spezialcontainer gehievt, die dann mit Löschwasser geflutet werden. Die tückischen Batteriebrände werden dadurch regelrecht „ertränkt“.

Mittlerweile sind mehrere Anbieter für solche Löschtankcontainer auf dem Markt. Allerdings stellt die bundesweite Ausrüstung örtlicher Feuerwehren mit der neuen Technik einen erheblichen Kostenfaktor dar.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Berlin leidet besonders

Berlin – Die Folgen der Corona-Krise machen sich auf dem Arbeitsmarkt der deutschen Hauptstadt besonders drastisch bemerkbar. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit stieg im Juli die Zahl der Arbeitslosen in Berlin gegenüber dem Vormonat um 5945 auf nun 215.305. Die Arbeitslosenquote stieg damit in Berlin im Juli auf 10,8 Prozent. Lediglich im Bundesland Bremen lag der Wert mit 11,8 Prozent noch höher. Besser lief der Arbeitsmarkt in Brandenburg. Dort blieb die Arbeitslosenquote unverändert bei 6,5 Prozent. Als bundesweiten Durchschnitt ermittelte die Bundesagentur im Juli eine Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent. Im Fall Berlins gingen insbesondere Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, im Gastgewerbe, im Verkehr und in der Lagerwirtschaft verloren. Da Tausende Berliner Betriebe momentan noch auf die Möglichkeit von Kurzarbeit zurückgreifen, ist nach einem Auslaufen dieses Arbeitsmarktinstruments mit weiteren Entlassungen zu rechnen.

N.H.

Steuersenkung verpufft

Berlin – Mit geschätzten Kosten von 20 Milliarden Euro ist die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer einer der größten Einzelposten im Konjunkturpaket der schwarz-roten Bundesregierung. Laut einer Umfrage des Handelsverbands Deutschland (HDE) ist die Wirkung der Steuersenkung bislang aber bescheiden. Einen Monat nach Beginn der Absenkung sagten nur 13 Prozent der befragten Unternehmen abseits des Lebensmittelhandels, sie würden in der Steuersenkung eine wirksame Hilfe zur Belebung des Konsums sehen. Roman Inderst, Ökonom an der Frankfurter Goethe-Universität, sagt zu der Umfrage: „Wir sehen, dass die jüngste Mehr(wert)steuersenkung als Bestandteil des großen Konjunkturpakets der Bundesregierung in ihrer Wirkung bei den allermeisten Haushalten verpufft.“ Nach Berechnungen der Frankfurter Goethe-Universität beläuft sich die durchschnittliche Ersparnis durch die zeitweilige Steuersenkung auf monatlich sechs Euro je Haushalt.

N.H.

Schlappe für Cerberus

Frankfurt/Main – Gegen den Widerstand des US-Finanzinvestors Cerberus ist der frühere Chef der Landesbank Baden-Württemberg, Hans-Jörg Vetter, zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank gewählt worden. Cerberus hatte sich öffentlich deutlich gegen die Wahl von Vetter positioniert. Der Bund begrüßte dagegen die Wahl Vetters. Cerberus-Manager hatten bereits am 9. Juni einen Brief an den bisherigen Commerzbank-Aufsichtsratschef Stefan Schmittmann geschrieben, in dem sie zwei Sitze im Aufsichtsrat der staatlich kontrollierten Bank forderten. Nachdem Schmittmann diese Forderung zurückgewiesen hatte, kündigte Cerberus „alternative Maßnahmen“ an. Cerberus hält an der Aktiengesellschaft eine Minderheitsbeteiligung von fünf Prozent. Größter Anteilseigner ist der Bund mit rund 15 Prozent.

N.H.

KOMMENTARE

Warum jetzt?

RENÉ NEHRING

Der Vorschlag kam überraschend. Mit der Ausrufung von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten der SPD für die kommende Bundestagswahl ist den Sozialdemokraten zweifelsohne ein Coup gelungen. Natürlich wurde umgehend die Frage diskutiert, ob der eher bürgerliche Finanzminister und das dezidiert linke Parteispitzen-Duo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans überhaupt zusammenpassen. Die Antwort darauf wird die Zukunft ergeben, unglücklich wirkten die Drei bei der Präsentation am Montag jedenfalls nicht.

Nachdenklicher als die Personalie Scholz sollte ohnehin der Zeitpunkt stimmen. Normalerweise gilt es als schwerer strategischer Fehler, einen Kanzlerkandidaten allzu früh auszurufen. Im Fall Scholz haben nun alle politischen Konkurrenten mehr als ein Jahr Zeit, sich auf den sozialdemokratischen Frontmann einzuschießen. Sie wissen, mit wem sie es zu tun haben – und können in Ruhe überlegen, wie sie ihm am besten begegnen.

Es sei denn – die Legislaturperiode dauert gar kein Jahr mehr ... Die SPD-Vorsitzenden Esken und Walter-Borjans haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie die Große Koalition mit der Union ablehnen und diese lieber heute als morgen verlassen würden. Mit der Klärung der Kandidatenfrage sind sie von nun an in der Lage, jederzeit in den Wahlkampf zu ziehen. Da die Nominierung von Olaf Scholz in großer Eintracht erfolgte, dürfte ihnen die SPD-Basis aus allen Parteiflügeln geschlossen in die Schlacht folgen.

Käme es zu einer vorzeitigen Neuwahl, für deren Notwendigkeit sich sicher ein Grund finden lässt, trafen die gut vorbereiteten Sozialdemokraten auf eine Union, die derzeit noch nicht ansatzweise weiß, wer sie demnächst anführen wird. Weder ist der Parteivorsitz der CDU geklärt noch die gemeinsame Kanzlerkandidatur mit der CSU. Auch die Oppositionsparteien stehen vor einigen ungelösten Führungsfragen.

Vor diesem Hintergrund passt an der Nominierung Olaf Scholz’ auf einmal sehr viel zusammen.

Nicht radikal genug

ERIK LOMMATZSCH

Die Charakterisierung der USA als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ ist nahezu jedem geläufig. Verbunden war damit in der Regel etwas Positives. Dass die Formel in Zukunft verstärkt anders gelesen werden muss, als Hinweis auf die Möglichkeit unbegrenzten Irrsinns, zeigt eine Reihe von Ereignissen in Folge der „Black Lives Matter“-Proteste und der durch sie geschaffenen Atmosphäre.

Ein besonders skurriler Vorfall aus dem kulturellen Bereich ist der unter massivem Druck zustande gekommene Amtsverzicht des langjährigen Kurators des „San Francisco Museum of Modern Art“ (SFMOMA), Gary Garrels. Zum beruflichen Genickbruch wurde ihm die Äußerung: „Keine Sorge, wir werden bestimmt weiter weiße Künstler sammeln.“ Dieser Nachsatz war gefallen, als Garrels gerade eine Reihe von neu angeschaffter Kunst vorgestellt hatte, die ausdrücklich von „POC“ stammt, von „People of Colour“. Bis dahin hatte Kunsthistoriker Garrels den Erwartun-

gen der gegenwärtig tonangebenden medialen Öffentlichkeit entsprochen. So war er schon länger der Meinung, sein Museum sei zu stark von Hervorbringungen weißer Männer dominiert.

Um die Mittel aufzutreiben, den Sammlungen mehr Werke von „POC“ und weiblichen Künstlern hinzufügen zu können, hatte Garrels extra ein Gemälde des – weißen – Pioniers der Farbfeldmalerei Mark Rothko versteigern lassen, das dann auch über 50 Millionen Dollar einbrachte.

Der Grund – sowohl für den Verkauf als auch für die Neuankäufe – ist bizarr. Künstlerische Aspekte scheinen immer weniger eine Rolle zu spielen. Vergleichbare Vorgänge sind von anderen Kunstmuseen bekannt, auch über die USA hinaus.

Garrels hat die Kriterien, die für eine bedeutende Kulturinstitution wie das SFMOMA selbstverständlich sein sollten, bereitwillig über Bord geworfen. Für seine sich immer mehr radikalisierenden Gesinnungsgenossen offenbar nicht restlos genug. Was steht da noch zu erwarten?

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Da waren Rastalocken für Weiße noch in Ordnung: Bo Derek in dem Film „Zehn – die Traumfrau“ (1979)

Foto: pa

KOLUMNE

Kulturelle Aneignung

Manch ein Leser wird sich vielleicht noch an die US-Filmschauspielerin Bo Derek erinnern, ein „Sexsymbol“ der 70er und 80er Jahre und leicht erinnerlich wegen einer Bilderserie, in der sie kaum bekleidet am Strand liegend zu sehen war, mit blonden Rastalocken auf dem Kopf. Damals wusste man noch nicht, dass die Schauspielerin damit gegen ein politisch hochbrisantes Tabu verstoßen hatte, doch heute ist das ganz anders. Rastalocken bei einer Weißen, noch dazu einer blonden Weißen? Völlig unmöglich und politisch restlos inkorrekt. Denn Rastalocken, oder, wie man heute wegen der Wichtigkeit auf Englisch sagt, Dreadlocks, sind nämlich Ausdruck schwarzen Selbstbewusstseins, der Negritude, wie es auf Französisch heißt, denn auf Deutsch wäre das Wort undenkbar.

Das Problem, das nicht nur das Haupthaar einer weißen Frau betrifft, besteht in der, wie es heißt, „kulturellen Aneignung“, also darin, dass ein Weißer die Frisur, das Gehabe, die Kleidung oder andere typische Kennzeichen von Schwarzen übernimmt. Das aber ist unstatthaft, weil beleidigend und rassistisch. Dies wurde in diesen Tagen im Rahmen der weltweiten Rassismusdebatte offenbar.

Bo Derek ist Geschichte, daher sei ein anderes, aktuelles Beispiel auch aus den USA nachgereicht, um die Wichtigkeit der Art zu unterstreichen, wie man eine politisch korrekte Frisur zu wählen hat. In Seattle, Washington, wurde im Netz eine weiße, örtlich bekannte Geschäftsfrau, Rachel Marshall, wegen ihrer Dreadlocks massiv angegriffen. Der Druck, nicht nur die Haare anders zu tragen, sondern sich auch öffentlich zu entschuldigen, steigerte sich derartig, dass die Frau bedingungslos kapitulierte: „Es tut mir so leid“, bekannte sie auf Instagram, „dass es so lange gedauert hat, meinen Fehler einzugestehen und auszusprechen.“ Der Termin, da sie die Locken werde abschneiden lassen, stehe schon fest.

„Es tut mir so leid“

Eine weltbewegende Sache wie die kulturelle Aneignung beschränkt sich natürlich nicht auf Frisuren. Über den ganzen Umfang des Gedankens hatte man bei der südafrikanischen Kampfgruppe ANC Überlegungen angestellt, sobald sie im Jahre 1994 an die Macht gekommen war und zur Staatspartei mutierte. Ihr radikaler Flügel trat damals dafür ein, mit der

weißen Herrschaft am Kap auch alles auszurotten, was damit zusammenhängt. Eine Parole war: „Ein Siedler – eine Kugel“, doch das betraf nur die weißen Menschen. Die Wut aber galt allem, was sie mitgebracht hatten, Tieren wie Pflanzen wie Lebensform. All das sollte getilgt werden.

Dann aber trat einer der seltenen Fälle ein, da der Fanatismus vor der Wirklichkeit zurückstecken muss. Denn hätte sich die radikale Forderung durchgesetzt, so gäbe es heute in dem einst wirtschaftlich bei weitem stärksten Land Afrikas keine asphaltierten Straßen mehr und keine

Um daraus auf Beleidigung und Feindseligkeit zu schließen, bedarf es schon einer besonderen psychischen Konstruktion, wogegen Einwände der rationalen Art nicht helfen

Steinbauten, keine Automobile und kein Fernsehen, keinen Lippenstift und keine Mittel zum Glätten von Locken, kein Penicillin und keine Zahnpasta, es gäbe keinen Weinbau, keine Zeitung und kein Buch, keinen Hochseehafen und keine Überseeschifffahrt. Ja, vor allem – was dem ANC in ausnehmender Weise schmerzlich wäre – es gäbe keine Feuerwaffen. Es gäbe Afrika im jungfräulichen Zustand, eine Idylle ohne Weiße, und die Schwarzen könnten ihre Auseinandersetzungen in der traditionellen Weise austragen.

Dass es so nicht gekommen ist, liegt an einer Erscheinung, die in der Kulturgeschichte „Diffusionismus“ genannt wird. Und davor rettet keine Wut aufs Fremde, mag sie noch so heiß sein. Hinter dem hässlichen Fremdwort verbirgt sich die Theorie, dass sich kulturelle Errungenschaften über den Ort ihrer Entstehung hinaus verbreiten. Die gegenteilige Auffassung sagt, die Dinge seien mehrmals und

unabhängig voneinander hervorgebracht worden. Wie meist bei einem solchen Streitfall gibt es ein Sowohl-als-auch. Denn niemand kann bestreiten, dass Kennzeichen der kulturellen Entwicklung weitergetragen werden.

Diffusionismus

So stellt kein Mensch in Frage, dass die Ackerkultur ihren Ausgang im Fruchtbaren Halbmond Mesopotamiens genommen und sich über ganz Europa ausgebreitet hat. Was wäre wohl geschehen, hätte man sich bereits damals vor dem Vorwurf der „kulturellen Aneignung“ versehen müssen? Das dynastische Ägypten hat kulturell nach Süden ausgegriffen und die Meroe-Kultur in Nubien bewirkt. Doch zuvor schon wurde die Domestizierung von Rindern und Ziegen über das Niltal in Afrikas schwarzen Süden von den Bantu-völkern getragen. Die Buschleute hat diese Entwicklung indes nicht mehr erreicht. Die indogermanischen Tocharer haben China bleibend befruchtet. Dafür brachte Marco Polo die Nudeln nach Venedig. Das antike Indien hat weitem ausgestrahlt, nicht zuletzt nach Persien und von da ebenfalls bis Europa. Die Ziffern, die wir heute fälschlich nach ihren Überlieferern „arabisch“ nennen, stammen aus Indien. Und begünstigt wurden all diese Ströme durch einen transkontinentalen Handel, den es schon vor Tausenden von Jahren gegeben hat, ganz ohne die EU. In der Neuzeit wurde dieser Fluss zum Strom: Der Buchdruck verbreitete sich von Deutschland aus über die ganze Welt, ebenso der Computer des Konrad Zuse in unseren Tagen, England steuerte unter manch anderem die Dampfmaschine bei. Und ohne die Funktelegrafie des Italieners Marconi wäre die Welt heute nicht so, wie sie ist, was keinen Vorwurf gegen Marconi bedeuten soll.

Natürlich hat die kulturelle Diffusion auch ihre Schattenseiten. Die Jahrhunderte andauernde europäische Dominanz hat zahllose Kulturen zerstört oder jedenfalls vorübergehend marginalisiert. Bei internationalen Kongressen bestimmt europäische Kleidung das Bild. Der Kaiserpalast in Tokio trägt einen griechischen Giebel. Und im letzten Winkel dieses Planeten trinkt man dasselbe süße Limonadenzeug wie überall sonst.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Bilderwelt auf Intellektuell

Die Verkörperung des deutschen Autorenkinos – Der Regisseur Wim Wenders feiert seinen 75. Geburtstag

VON ANDREAS GUBALLA

Ob „Himmel über Berlin“ und „Buena Vista Social Club“, „Paris, Texas“ oder „Der Stand der Dinge“: Wim Wenders gilt als einer der Vorreiter des Neuen Deutschen Films der 1970er Jahre und als einer der wichtigsten und einflussreichsten Vertreter des Kinos der Gegenwart. Am 14. August wird der gebürtige Düsseldorf, der heute in Berlin lebt und in der ganzen Welt zu Hause ist, 75 Jahre alt.

Geboren als Sohn eines Arztes, studierte Wenders nach dem Abitur in Oberhausen zunächst vier Semester Medizin und Philosophie in München, Freiburg und Düsseldorf. 1966/67 inszenierte der filmbegeisterte Student mit „Schauplätze“ seinen ersten eigenen Kurzfilm. Es folgte ein einjähriger Aufenthalt in Paris, wo Wenders sich vergeblich an der Filmhochschule IDHEC bewarb. Mehr Erfolg hatte er an der Hochschule für Fernsehen und Film in München, wo er 1968 ein Studium aufnahm und seit 1993 als Professor unterrichtet.

Nach seinem Erstlingsfilm außerhalb der Hochschule „Die Angst des Tormanns beim Elfmeter“ (1971) folgte 1977 der internationale Durchbruch mit „Der amerikanische Freund“. Seitdem arbeitet Wenders in Europa, den USA, in Lateinamerika und Asien und wurde weltweit auf Festivals mit zahlreichen Preisen geehrt, darunter die Goldene Palme, der British Academy Film Awards, der Goldene Löwe in Venedig sowie Oscar-Nominierungen für die Dokumentarfilme „Buena Vista Social Club“ (1999), „Pina“ (2011) und „Das Salz der Erde“ (2014).

Wenders war der erste deutsche Regisseur seiner Generation, dem der Sprung in die USA und die Synthese von Massen- und Autorenkino gelang. Schon in den frühen Filmen treten die immer wiederkehrenden inhaltlichen Aspekte sowie die stilistischen und bildsprachlichen Charakteristika von Wenders' Werk klar hervor: das Ringen um das Zusammen-



Jubilär in Schwarz-Weiß, eines seiner cineastischen Markenzeichen: Wim Wenders

Foto: NDR/Wim Wenders Stiftung

menspiel von Bild und Erzählung, sein Interesse an der genauen Beobachtung von Bewegungen – Fahrten, Ortsveränderungen, Reisen – und seine damit verbundene Neugier auf Landschaften und Atmosphären. Ferner spielt die Musik in seinen Filmen eine herausgehobene Rolle. Schließlich ist es auch insbesondere Wenders' Darstellung der Helden zwischen intimen Momentaufnahmen und bildgewaltigen Landschaftspanoramen, die seine Werke ausmacht.

Neben seinem Schaffen als Regisseur ist es insbesondere die Fotografie, die Wenders' Werk stets begleitet und ergänzt hat. Seine Fotografien sind seit den 1980er Jahren in Galerien und Museen auf der ganzen Welt ausgestellt worden. 2014 überreichte man Wim Wenders auf den

Internationalen Filmfestspielen Berlin den Goldenen Ehrenbären für sein Lebenswerk. Heute kann der mehrfache Ehrendoktor, Angehörige der Akademie der Künste in Berlin und Präsident der Europäischen Filmakademie auf eine außergewöhnliche Karriere zurückblicken, innerhalb der es ihm gelang, europäische und amerikanische Filmtraditionen zusammenzuführen.

Wenders wird selbst Filmthema

Viel Aufmerksamkeit und weitgehend positive Kritiken erhielt Wenders' jüngster Dokumentarfilm, „Papst Franziskus – Ein Mann seines Wortes“ (2018), der im Auftrag des Vatikan entstand: Darin begleitet er das Oberhaupt der katholischen Kirche auf dessen Reisen und lässt ihn

Fragen zu Themen wie Migration, soziale Ungerechtigkeit, Familie und Glauben beantworten, die ihm von Menschen überall auf der Welt gestellt wurden.

Pünktlich zu seinem 75. Geburtstag wird Wim Wenders jetzt selbst Thema eines Films. Und stapft dafür durch seine eigene Bilder-Welt. Für „Wim Wenders, Desperado“ erhielten Dokumentarfilmer Eric Friedler („It Must Swing! The Blue Note Story“) und sein Co-Regisseur Andreas Frege exklusiv die Möglichkeit, den Regie-Kollegen ein Jahr lang durch seinen bewegten Künstler-Alltag zu begleiten. Von Düsseldorf über Wien nach Paris bis in die texanische Wüste spürt der Film ikonischen Drehorten und Wendepunkten in Wenders' Werk als Regisseur, Produzent, Fotograf und Autor nach. Außer-

dem haben die Dokumentarfilmer viele seiner Weggefährten besucht, Schauspieler wie Willem Dafoe, Andie McDowell und Erika Pluhar. Andere Regie-Titanen wie Werner Herzog oder Francis Ford Coppola sowie Musiker wie Patti Smith oder Campino. Dabei versteigt sich der Tote-Hosen-Sänger zu der These, für ihn sei „Wim ein Punk“.

Der NDR und DasErste.de würdigen den Regisseur zum 75. Geburtstag mit einer exklusiven Werkschau. 28 Filme, mehr als 20 Kurzfilme, Porträts sowie Interviews mit Wegbegleitern und Zeitzeugen plus detaillierte Hintergrundinformationen gewähren bis zum 14. September einen intensiven Blick in Werk und Wirken des Künstlers: www.DasErste.de/wimwenders

AUSSTELLUNG

Die Zierden des Landes

„Stadt befreit“ – Friedberg und Aichach präsentieren die Bayerische Landesausstellung

Im 13. Jahrhundert sorgten die Wittelsbacher für die Gründung zahlreicher altbayerischer Landstädte, um die wirtschaftliche, militärische und politische Macht ihrer noch jungen Dynastie auszubauen. Aus Sicht der Bürger hingegen war die persönliche Freiheit die wichtigste Errungenschaft des Stadtlebens. Zu den damaligen Stadtgründungen gehören Friedberg und Aichach. Sie sind die größten Exponate der vom Haus der Bayerischen Geschichte erarbeiteten Landesausstellung „Stadt befreit – Wittelsbacher Gründerstädte“.

Die im Wittelsbacher Schloss von Friedberg aufgetragenen Altertümer widmen sich vom Mühlstein, Latrinensitz und Dachziegel bis hin zu Urkunden, Goldschmiedearbeiten, Gemälden und Skulpturen allen Facetten des Stadtlebens. Bevor es um die Gründungen der Wittelsbacher geht, werden mit einigen Objekten die weit älteren Römer- und Bischofsstädte Regensburg, Augsburg und Passau gewürdigt.

München gründete der Welfe Heinrich der Löwe. Ihm entzog Kaiser Friedrich I. Barbarossa 1180 die bayerische Herzogswürde, um sie auf Otto I. von Wittelsbach (1117–1183) zu übertragen. Sein Sohn Ludwig der Kelheimer (1174–1231) war der bedeutendste Städtegründer der Wittelsbacher. Aus den in Friedberg präsentierten Annalen des Geschichtsschreibers und Abtes Hermann von Niederaltaich geht hervor, dass Ludwig anno 1204 Landshut, 1218 Straubing und 1224 Landau an der Isar gründete. Den Herzögen dienten die Städte zur Ausübung ihrer Herrschaft. Sie waren Sitz von Richtern, Mautnern und anderen Amtspersonen. Im Auftrag Herzog Wilhelms des Frommen (1548–1626) malten Hans Donauer und seine Werkstattmitarbeiter 34 dieser städtischen „Zierden des Landes“. Zwölf Kopien, darunter Aichach, München und Vilshofen, sind ausgestellt. Mit ihnen endet der Ausstellungsrundgang im Wittelsbacher Schloss.



Alltag im Mittelalter: Der Hostienfrevell (Ausschnitt), Regensburg 1476

Der zweite Teil der Schau besteht aus fünf Medieninstallationen in Aichachs ehemaliger Feuerwache. Ein Zeichentrickfilm schlägt den Bogen von der Zerstörung der Stammburg Wittelsbach bis zur Entstehung Aichachs. Die Mauerreste der Stammburg finden wir im Stadtteil Oberwittelsbach. Ausgerechnet ein Wittelsbacher ließ sie schleifen. Das kam so: Burgherr Otto VIII. von Wittelsbach (vor 1180–1209) ermordete im Jahre 1208 den römisch-deutschen König Philipp von Schwaben. Der daraufhin für vogelfrei erklärte Otto wurde erschlagen und seine Burg auf Befehl von Herzog Ludwig dem Kelheimer zerstört.

Veit-Mario Thiede

● **Wittelsbacher Schloss Friedberg und FeuerHaus Aichach**, geöffnet bis 8. November täglich von 9 bis 18 Uhr. Eintritt: 12 Euro. Internet: www.hdbg.de. Reisetipps: www.wittelsbacherland.de

ERNST LEMMER

Streiter für gesamtdeutsche Fragen

Mit einem Staatsakt wurde der CDU-Politiker Ernst Lemmer geehrt, nachdem er vor 50 Jahren, am 18. August 1970, in seinem 73. Lebensjahr in West-Berlin gestorben war. Er war der letzte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, der schon dem Parlament der Weimarer Republik angehört hatte.

Der gebürtige Remscheider war 1922 Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften geworden. 1924 zog er für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) in den Reichstag ein. In der NS-Zeit wirkte Lemmer, der auch schon zuvor journalistisch tätig gewesen war, als Korre-



Ernst Lemmer im Februar 1962

spondent für die „Neue Zürcher Zeitung“ und den „Pester Lloyd“ in Berlin.

Aufgrund seiner bekanntermaßen den Nationalsozialismus ablehnenden Gesinnung bestimmten ihn die Sowjets im April 1945 zum Bürgermeister seines damaligen Wohnorts Kleinmachnow. In seinen Erinnerungen „Manches war doch anders“ schildert Lemmer den Vorgang. Danach suchte ihn ein Offizier der Roten Armee auf, vergewisserte sich über seine Identität und verkündete den Beschluss. Als Lemmer aufgrund der ihm fehlenden Verwaltungserfahrung Einwände erhob, habe ihm der Offizier beschieden: „Du Bürgermeister – oder ... tot!“ Das Amt übte er dann bis zum Folgejahr aus.

Nach Kriegsende gehörte Lemmer zu den Mitbegründern der CDU in Berlin. Ab Dezember war er, unter Jakob Kaiser, Zweiter Vorsitzender der Partei in der sowjetischen Besatzungszone. Beide wurden Ende 1947 abgesetzt und siedelten nach West-Berlin über. Sie behielten ihre Positionen in der später formierten „Exil-CDU“ bei und waren 1954 maßgebliche Initiatoren des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“.

Kaiser musste sich 1957 krankheitsbedingt als Minister für gesamtdeutsche Fragen zurückziehen, Lemmer folgte ihm nach. Wie sein Vorgänger, so betrachtete auch er Konrad Adenauers Prioritäten bezüglich einer Wiedervereinigung mit großer Skepsis. Der Kanzler setzte vor allem auf die Westbindung seines Teilstaates. Gegenüber Bundespräsident Theodor Heuss beklagte Lemmer einmal, „dass die gesamtdeutsche Politik doch wenig Spielraum habe“.

Das Ressort leitete er bis 1962. Zuvor war er Postminister gewesen, 1964/65 fungierte er als Vertriebenenminister. Er saß nicht nur im Bundestag, sondern auch im Berliner Abgeordnetenhaus. Dafür, dass die Politik nicht Lemmers ganzes Leben dominierte, steht der Titel eines von ihm 1969 veröffentlichten Buches: „Skat-Taktik“.

Erik Lommatzsch

STREIK AUF DER LENIN-WERFT VOR 40 JAHREN

Eine Kündigung in Danzig veränderte ein ganzes Land

Die DDR drängte auf „brüderliche Hilfe“ durch die NVA für Polen, aber der Kreml griff nicht ein

VON KLAUS J. GROTH

Die Polen hatten die Nase voll von Mangelwirtschaft, den stets leeren Regalen in den Geschäften. Das Murren in den Städten wurde lauter. Von Lubmin verbreiteten sich Unruhen seit dem Frühjahr 1980 über das ganze Land. Vor 40 Jahren, am 14. August 1980, wurde auf der Leninwerft in Danzig zum Streik aufgerufen. Schon bald war die Werft Zentrum der Unruhen.

Kündigung von Anna Walentynowicz

Was als Protest gegen die wirtschaftliche Situation begann, weitete sich zur politischen Kraftprobe aus. Die Politik war anfangs kein Thema. Den Akteuren war bewusst, dass sie sich mit dem sowjetkommunistischen Regime nicht anlegen konnten, das wäre eine Herausforderung an die Machthaber im Kreml gewesen. Auslöser für den Streik war die Kündigung der Kranführerin Anna Walentynowicz. Der Grund für die Kündigung schien fadenscheinig. Allerdings war bekannt, dass die frühere Kommunistin in der Opposition agierte und heimlich Flugblätter verteilte. Aus dem kleinen Solidaritätsstreik entwickelte sich eine Bewegung, aus der heraus die „Solidarität“ (Solidarność) entstand und die Lech Wałęsa auf die politische Bühne spülte. Bald ging es um mehr als die Rücknahme der Kündigung. Es wurden höhere Löhne gefordert. Und der Bau eines Denkmals für die Opfer des Aufstandes im Dezember 1970.

Zehn Jahre zuvor war die Lenin-Werft in Danzig Ausgangspunkt für einen Aufstand gewesen, der im Dezember 1970 die Volksrepublik Polen erschütterte. Damals hatten Gerüchte über anstehende Preiserhöhungen für Lebensmittel die Menschen auf die Straßen getrieben. Tatsächlich wurden kurz vor Weihnachten die Preise um bis zu 38 Prozent erhöht. Das Land geriet an die Grenze eines Bürger-

krieges. Die Regierung setzte Milizen und Militär ein. Offiziell kamen 45 Menschen ums Leben. In Wahrheit dürfte die Zahl der Opfer doppelt so hoch gewesen sein. Für diese Opfer forderten die Streikenden nun ein Denkmal.

Die Unruhen von 1970 beendeten die Herrschaft von Parteichef Władysław Gomułka. Sein Nachfolger als Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) wurde Edward Gierek, der noch im Amt war, als nun erneut Unruhen auf der Lenin-Werft in Danzig ausbrachen. Nach dem 14. August weiteten sich die Streiks von Tag zu Tag aus, schlossen sich andere Betriebe an. Ein Streikkomitee stellte 21 Forderungen auf. Dazu gehörten: unabhängige und freie Gewerkschaften, Garantie des Rechts auf Streik, Freiheit des Wortes, unabhängige Zeitschriften, Freilassung aller politischen Häftlinge, Anhebung des Grundlohns, Einstellung von Führungskräften nach Qualifikation statt nach Parteibuch, Senkung des Rentenalters auf 50 Jahre für Frauen und 55 Jahre für Männer, Verkürzung der Wartezeit auf Wohnungen, Einführung von freien Sonntagen für die

Arbeiter im Schichtdienst. Es war ein ziemlich bunter Strauß, den die Streikenden zusammengestellt hatten, doch noch immer überwogen die sozialen Forderungen. Die wichtigsten Punkte aber waren nun politischer Art.

Anstoß zum Systemwandel

Die Herausforderung an die Parteiführung war eindeutig. Parteichef Gierek nannte die Streikenden „unverantwortliche Elemente, anarchistische und antisozialistische Gruppen“, deren Aktivitäten nicht hingenommen werden könnten. Der Blick ging nach Moskau. Wie würde der Kreml auf den erkennbaren Machtverfall in Polen reagieren? Doch der Kreml schwieg verwirrt. Stattdessen übernahm die DDR die Rolle des Scharfmachers. Sie plädierte für einen Einmarsch in Polen, den sie „brüderliche, internationalistische Hilfe“ nannte. Erich Honecker drängte darauf. Die NVA stand vorbereitet in der Nähe der Grenze. Es hätte eine Katastrophe bedeutet, wären deutsche Truppen abermals in Polen einmarschiert. Wie weit das im Rahmen des Denkbaren lag, verdeutlicht eine Passage

Kurzporträts



FOTO: EDWARD GIEREK 1980

Edward Gierek wurde im September 1980 als Erster Sekretär der PZPR durch Stanisław Kania ersetzt sowie noch im selben Jahr aus dem Zentralkomitee und 1981 auch aus der Partei ausgeschlossen



FOTO: IMAGO IMAGES/STEFAN NEWS

Die streitbare und gewissenhafte Arbeiterin **Anna Walentynowicz** wurde nach dem Streik wieder eingestellt. Hoch geehrt starb sie 2010 in Lech Kaczyńskis Präsidentenmaschine bei Smolensk



FOTO: WOJCIECH JARUZELSKI 13. AUGUST 1980 GÖTTSCHE

Wojciech Jaruzelski wurde 1968 Verteidigungsminister, 1981 Ministerpräsident und Erster Sekretär der PZPR sowie 1985 Staatschef. Als Partei- und Regierungschef verhängte er 1981 das Kriegsrecht



Vor 40 Jahren in Danzig: Streik auf der Leninwerft

Foto: European Solidarity Centre

in den Memoiren des damaligen polnischen Verteidigungsministers, des späteren Staats- Regierungs- und Parteichefs Wojciech Jaruzelski: Ein Einmarsch der Deutschen hätte verhängnisvoll werden können. Dann wäre die polnische Armee nicht mehr zurückzuhalten gewesen. „Ich habe vorausgesehen, dass dies den Russen auch klar war und dass sie es sich überlegen würden.“ Überlegt hatte der Kreml lange, wie die aufmüpfige Opposition in Polen zu bändigen sei.

Vorläufig bestimmte die „Solidarität“ das Geschehen. Sie hatte einen starken moralischen Helfer. 1978 war der Krakauer Kardinal Karol Józef Wojtyła zum Papst gewählt worden. Als Johannes Paul II. stützte er die Opposition. Hingegen blieb die Unterstützung durch westdeutsche Gewerkschaften, wie ehemalige Aktivisten rückblickend feststellen, eher verhalten. Noch zurückhaltender sei die von der SPD geführte Bundesregierung gewesen, die sich vermutlich in ihrer Ostpolitik behindert gefühlt habe. Immerhin sah Gerhard Schröder Jahre später bei einer Rede im polnischen Parlament ein: „Polens Freiheit war auch immer ein Indikator für die Freiheit Deutschlands und für die Freiheit Europas. Polens Bürgerrechtler, Gewerkschafter und freiheitsliebende Intellektuelle haben diesen Zusammenhang immer, und manchmal sehr viel früher als andere, so gesehen.“

Diese Erkenntnis kam lange nach dem erkämpften Erfolg der „Solidarität“. Am 31. August 1980 unterschrieb der ehemalige Betriebselektriker Wałęsa ein Dokument, das seither als „Danziger Erklärung“ bekannt ist. Wałęsa freute sich: „Es ist soweit! – Endlich haben wir unabhängige, selbst verwaltete Gewerkschaften – Wir haben das Streikrecht!“

15 Monate schien es, als setze in Polen anhaltendes Tauwetter ein. Unmittelbar nach der staatlichen Anerkennung der „Solidarität“ als Gewerkschaft wurde die Parteispitze ausgetauscht. „Solidarität“ und Partei rangen in dieser Zeit um die Meinungsführerschaft in Polen. Dem setzte Jaruzelski ein Ende, nachdem er im Oktober 1981 Erster Sekretär geworden war. Er verhängte am 13. Dezember das Kriegsrecht, um den Einfluss der Gewerkschaft zu stoppen. Wałęsa wurde zusammen mit anderen Gewerkschaftsführern interniert. Die von der „Solidarität“ in Bewegung gesetzte Welle ließ sich allerdings nicht mehr stoppen. Sie gab den Anstoß zum Systemwandel, leitete das Ende der Volksrepublik Polen ein und war Voraussetzung für die Schaffung der Dritten Polnischen Republik.



Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der DDR hatten rund 2,4 Millionen eines: Mitgliedsbuch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Foto: pa

VON HEIDRUN BUDDE

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der DDR rund 2,4 Millionen Mitglieder. Nach ihrem Selbstverständnis war diese Partei „der bewußte und organisierte Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“, und Mitglied zu sein „eine große Ehre“. Im Statut ist zu lesen: „Sie ist die stärkste, wahrhaft demokratische, fortschrittliche und führende Kraft von allen Parteien Deutschlands.“ Die Akten zeigen heute auf, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklafften.

Die Motive zum Parteieintritt waren sehr unterschiedlich. Die SED-Mitgliedschaft war für die berufliche Karriere ausgesprochen hilfreich, aber auch andere eher pragmatische Gründe führten zu diesem Schritt. So äußerte Felix D. im Rahmen seines Parteiausschlussverfahrens: „In meiner Freizeit habe ich keine Zeit für Parteiarbeit, schmeißt mich raus. Ich habe gedacht, durch den Eintritt eine Wohnung zu bekommen.“ Die Mangelware Wohnung wurde über betriebliche Vergabekommissionen verteilt, und dieser Mann hatte vergeblich auf eine bevorzugte Behandlung gehofft. Auch Thomas M. wurde enttäuscht. 1986 wurde er wegen „Verlassen des Klassenstandpunktes“ aus der SED ausgeschlossen. In der Begründung heißt es: „Die Politik stellt er in Zweifel und verleumdet sie. Er selbst erklärte in den geführten Auseinandersetzungen: ‚ich habe keine Lust mehr in der Partei zu sein, ich bin ja nur eingetreten, um Leitungsfunktionen zu erhalten.‘“

„Verlassen des Klassenstandpunktes“

Einmal in die SED eingetreten, hatten sich die Mitglieder bedingungslos der vorgegebenen Ideologie zu unterwerfen. Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit führten zu einem Rechtfertigungszwang vor der Parteigruppe. Die Mitglieder konnten faktisch nicht austreten, weil jene, die sich an einer weiteren Parteimitgliedschaft desinteressiert zeigten, vorher ausgeschlossen wurden, was in aller Regel mit diversen persönlichen Nachteilen verbunden war. Im Statut heißt es dazu: „Der Ausschluß wie jede andere Parteistrafe ist dem Betreffenden unter Angabe der Begründung mündlich mitzuteilen und die Kenntnisnahme von ihm unter-

schriftlich zu bestätigen.“ Das Mitglied bekam kein Schriftstück in die Hand, und einen Rechtsweg gegen diese Entscheidung gab es schon gar nicht. Die schriftlichen Beschlüsse über die Parteistrafen wurden als „Vertrauliche Verschlusssache“ im Panzerschrank der Parteileitungen verwahrt und sind heute zugänglich.

„Parteifeindliches Verhalten“

So weist beispielsweise eine Analyse der Bezirkskontrollkommission der SED Rostock für das Jahr 1979 aus, dass insgesamt 851 Parteiverfahren durchgeführt wurden. Bemerkenswert ist, dass die meisten Verfahren mit 357 gegen Arbeiter eingeleitet wurden, wobei 212 mit dem Ausschluss endeten. Die SED als angeblich „organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse“ musste zur Kenntnis nehmen, dass die Berufsgruppe der Arbeiter am ehesten rebellierte, was in dieser Analyse allerdings nicht thematisiert wurde.

Die Gründe des Aufbegehrens waren oft banale Alltagsorgen der Mangelwirtschaft. So ist in der Ausschlussakte von Hans H. zu lesen, dass er seine Unterschrift unter die Willenserklärung des Nationalrates der DDR für die Friedensinitiative der Sowjetunion 1980 „von der Belieferung mit Hausbrandkohlen abhängig“ gemacht habe. Die SED schloss ihn daraufhin wegen „parteifeindlichen Verhaltens“ aus.

Herr S. ärgerte sich 1986 über die katastrophalen Wohnbedingungen und drohte damit, deshalb einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik zu stellen. Die SED schloss ihn wegen „unparteilichem Verhalten“ aus.

Frau R. kritisierte 1986 die sehr schlechte Versorgungslage, was in der Ausschlussakte so festgehalten wurde: „Genn. R. argumentierte in einer Erklärung, daß sie keine positive Meinung zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Ent-

wicklung habe (Kritik gegen Intershops, Exquisitläden und einem angeblich sehr schlechten Angebot in den normalen Läden, die Gehälter seien der Entwicklung angeblich nicht angepasst). Obwohl sie im gesamten Zeitraum nicht am Parteileben teilnahm, urteilt sie, daß ihr die Veranstaltungen nichts geben. Die Argumente der Genn. R. sind Meinungen, die davon zeugen, dass sie sich weder in der Parteipresse, Rundfunk/Fernsehen noch im Parteikollektiv bei erfahrenen Genossen um Aufklärung zu unklaren Fragen bemüht hat. (...) Das Verhalten der Genn. R. hat gezeigt, daß sie sich ideologisch von der Partei entfernt hat. Dieses ist ein grober Verstoß gegen das Statut unserer Par-

—

Aus der SED trat man nicht aus – man wurde ausgeschlossen

tei, den die Parteileitung und die Genossen unserer Grundorganisation nicht akzeptieren.“ Sie wurde wegen „Verletzung der Partei- und Staatsdisziplin“ aus der SED ausgeschlossen.

„Unparteiliches Verhalten“

Diese Beispiele machen sicherlich deutlich, wie sehr sich die Politbürokratie von den alltäglichen Sorgen der Bürger entfernt hatte. Die einfachen SED-Parteimitglieder lebten nicht in einer gut bewachten Bonzensiedlung mit Sondereinkaufsmöglichkeiten, sondern sie waren tagtäglich mit der Mangelwirtschaft konfrontiert und erkannten immer mehr die Verlogenheit des

Systems. Die SED-Parteispitze weigerte sich hingegen hartnäckig, die tatsächlichen Ursachen des politischen Ungehorsams zur Kenntnis zu nehmen. In der Analyse der Parteiverfahren von 1979 ist zu lesen:

„Verletzung der Partei- und Staatsdisziplin“

„Die Analyse der Parteiverfahren läßt erkennen, daß die zunehmende imperialistische Propaganda, besonders über Massenmedien, nicht ohne Wirkung blieb und bei einzelnen Genossen Gehör fand. Wenn es sich auch nicht immer um bewußt feindliche Handlungen handelt, gibt es doch eine Reihe Beispiele für Aufweichungsercheinungen, Verlassen des Klassenstandpunktes, Verletzung der Klassenwachsamkeit, liberales und prinzipienloses Verhalten. Dabei konnte der Gegner jene Genossen beeinflussen, wo es Ansatzpunkte gibt. Das sind hauptsächlich Genossen, die in ihrem Klassenstandpunkt nicht gefestigt sind, ständig ideologisch schwanken, fortwährend vor dem Gegner knieweich werden, sich am Volkseigentum vergreifen und das Ansehen der Partei und des Staates schädigten. Als Methoden des Gegners zeigen sich hemmungslose Lügenpropaganda, Verbreitung von Falschmeldungen, Halbwahrheiten und Gerüchte sowie gegen unsere Partei und die DDR gerichteten politischen Witze. Vielfältige Diskussionen, so z. B. zur Preispolitik und der verstärkte Abkauf bestimmter Waren, zeigten, daß es dem Gegner zeitweilig gelungen ist, in dieser Frage Teile der Bevölkerung unsicher zu machen.“

Kritik am politischen System wurde immer wieder mit den gleichen Phrasen vom angeblichen „Klassengegner“ abgeblockt. Diese ständige Realitätsverweigerung führte schließlich zehn Jahre später dazu, dass Hunderttausende auf die Straße gingen und der SED-Herrschaft ein Ende bereiteten.

BOSE

Mit Londons Feinden für ein freies Indien

Noch immer ranken sich zahlreiche Gerüchte um den Start des zweimotorigen Mitsubishi-Bombers, der am frühen Nachmittag des 18. August 1945 vom Militärflughafen Taihoku, dem heutigen Taipeh, abhob. Es waren Zeiten der Wirrnis. Nur drei Tage zuvor hatte der japanische Tenno einseitig die Kapitulation seines Landes verkündet. Doch noch war der Zweite Weltkrieg im Fernen Osten nicht beendet. Dichtgedrängt zwischen japanischen Offizieren befand sich ein prominenter Passagier an Bord des Fliegers. Subhas Chandra Bose – neben seinem Rivalen Mahatma Ghandi einer der führenden Köpfe der indischen Freiheitsbewegung – versuchte, die von den Japanern besetzte Mandschurei zu erreichen, um mit den dort vorrückenden Sowjets Verhandlungen aufzunehmen. Der 48-Jähige, der sein ganzes Leben dem Kampf für ein von Großbritannien unabhängiges Indien verschrieben hatte, war auf der Suche nach neuen Verbündeten.

Nach seinem Zerwürfnis mit Ghandi und dessen Kongresspartei 1940 hatte er ganz auf die Achsenmächte gesetzt. 1941 floh er nach Berlin, wo er für die Sache des indischen Freiheitskampfes warb und erhebliche Unterstützung erfuhr. Aus den Reihen der im Afrikafeldzug gemachten indischstämmigen Gefangenen der britischen Armee konnte Bose die Legion Azad Hind (Freies Indien) aufstellen, die später in den Kämpfen an der Westfront eingesetzt werden sollte. Er selbst verließ jedoch schon 1943 Deutschland. Mit dem Scheitern des Afrikakorps hatte sich die Hoffnung zerschlagen, die deutsche Offensive über den Nahen Osten weiter in Richtung seiner indischen Heimat zu tragen.

Mit einem U-Boot ließ er sich zunächst nach Madagaskar transportieren, wo ihn die Japaner weiter in das von ihnen besetzte Sumatra brachten. Unter dem Schutz des fernöstlichen Kaiserreiches gründete Bose die Indische Nationalarmee (INA), deren Kämpfer vor allem im Birma-Feldzug der Japaner eingesetzt wurden. Der von Bose erhoffte Aufstand der Inder und anderer asiatischer Völker gegen die Briten blieb indes aus.

Nach Japans Kapitulation hoffte er, seinen Kampf mit der Unterstützung der Sowjets fortführen zu können, da ihm die zunehmenden Spannungen zwischen den Alliierten nicht verborgen geblieben waren. Doch seine Maschine stürzte unter noch immer nicht ganz geklärten Umständen kurz nach dem Start in Taihoku ab und fing Feuer. Bose wurde mit schweren Verbrennungen in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert und verstarb dort wenige Stunden später.

Dirk Pelster



Subhash Chandra Bose

FOTO: NETAJI RESEARCH BUREAU, CALCUTTA

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als Thilo Sarrazin 2010 seinen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ veröffentlichte, in dem er unter anderem auf die Vererblichkeit von Intelligenz Bezug nahm, brach ein Sturm der Entrüstung los. So tönte der damalige Bundesvorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel: Das „ist natürlich ganz nah an den ganzen Rassentheorien“ und verstoße „auch gegen elementare Wertvorstellungen unserer Verfassung“.

Doch ob es dem Juste Milieu nun passt oder nicht: Spätestens seit 1996 gilt es als unumstößliche Tatsache, dass die objektiv messbaren Intelligenzunterschiede zwischen Menschen zu rund 70 Prozent auf genetische Ursachen zurückgehen, während Umwelteinflüsse wie das Schulsystem oder der Erziehungsstil der Eltern eine deutlich geringere Rolle spielen, als es die Verfechter der „Milieutheorie“ jahrzehntelang behauptet hatten. Dergestalt lautete beispielsweise der Inhalt eines umfassenden Gutachtens der American Psychological Association, dem seither kein ernstzunehmender Wissenschaftler widersprochen hat.

Die Frage ist allerdings, welche Gene für die geistige Leistungsfähigkeit verantwortlich sind. Auf jeden Fall fehlt ein sogenanntes Master-Gen, das ganz allein die Ausprägung der Intelligenz bestimmt. Vielmehr spielen hier wohl tausende verschiedene Träger von Erbgut und deren Zusammenwirken eine Rolle. Lars Penke, Professor für Biologische Persönlichkeitspsychologie an der Georg-August-Universität Göttingen, schätzt, „dass zwei Drittel aller variablen Gene beim Menschen direkt oder indirekt etwas mit der Gehirnentwicklung zu tun haben und damit potenziell auch mit der Intelligenz.“

Weißer und Graue Hirnmasse

Was das konkret bedeutet, wird derzeit unter anderem von der Amsterdamer Hirnforscherin Natalia Gouriounova und dem Bochumer Biopsychologen Erhan Genç untersucht. Die holländische Professorin analysiert regelmäßig Hirnproben aus dem Schläfenlappen, die bei Operationen entnommen wurden. Dabei fand sie heraus: Je intelligenter eine Person ist, desto länger und stärker verzweigt sind ihre Dendriten, also die Anhängsel der Nervenzellen, welche vorwiegend der Reizaufnahme dienen. Was auch logisch erscheint, denn eine größere Verzweigung der Dendriten würde dem Gehirn theoretisch mehr „Rechenkapazität“ verleihen.

Allerdings kamen Genç und dessen Kollegen zu gegensätzlichen Befunden, als sie nicht nur den Schläfenlappen, sondern die Gesamtheit der Grauen Substanz in der Hirnrinde mittels der Magnetresonanztomografie ins Visier nahmen: Bei hochintelligenten Menschen sind die



Frauen nutzen andere Hirnareale als Männer: Probandin mit Elektroden zur Messung von Hirnströmen im Magdeburger Leibniz-Institut

Foto: pa

HIRNFORSCHUNG

Moderne Wissenschaft strafft die Ideologien Lügen

„Milieutheorie“ und „Gender Studies“ widerlegt: Intelligenz ist zu 70 Prozent erblich, und Frauenhirne sind tatsächlich anders aufgebaut als die von Männern

Dendriten in der Regel nicht mehr, sondern weniger verzweigt und liegen im übrigen auch weiter auseinander. Genç erklärt dies damit, dass es bei der Vernetzung der Hirnzellen keineswegs auf die Zahl der Verbindungen ankomme, sondern auf die richtige Verschaltung jener Dendriten, welche tatsächlich für Effizienz beim Denken sorgen. Andernfalls würde die Lösung kognitiver Aufgaben unter zu vielen Störeinflüssen durch Hintergrundreize leiden.

Ebenso weiß man schon seit geraumer Zeit, dass die gleichermaßen genetisch bedingte Dicke der Grauen Substanz entscheidenden Einfluss auf kognitive Prozesse hat: In einer voluminöseren Hirnrinde befinden sich natürlich auch mehr Nervenzellen zur Verarbeitung von Reizen. Das stellte der deutsche Anatom Friedrich Thiedemann bereits im Jahre 1837 fest. Die Hirngröße infolge von mehr oder weniger Grauer Substanz ist für bis zu neun Prozent der Varianz der Intelli-

genz verantwortlich. Gleichzeitig besteht hier ein scheinbares Paradoxon: Frauen haben im Durchschnitt 150 Gramm weniger Hirnmasse, schneiden in Intelligenztests jedoch nicht erkennbar schlechter ab als Männer.

Das ist offenbar eine Folge der unterschiedlichen Hirnstrukturen. Männliche Gehirne beinhalten mehr Graue Substanz und weibliche mehr Weiße. Die letztere besteht dabei nicht aus Nervenzellkörpern, sondern aus langen Nervenfaseren, die von einer hellen Myelin-Scheide umgeben sind und Signale über größere Strecken weiterleiten. Das führt bei Frauen offenbar dazu, dass auch weiter voneinander entfernte Bereiche des Gehirns miteinander kommunizieren und an der Lösung von geistig anspruchsvollen Aufgaben mitwirken können.

Wie Lars Penke vor einigen Jahren zeigte, unterscheiden sich intelligente und weniger intelligente Menschen im übrigen auch durch die Binnenstruktur

ihrer Weißen Substanz: Bei Personen mit einem schlechteren Denkvermögen liegen die Nervenfaseren eher wirr durcheinander statt ordentlich parallel; gleichzeitig weist die äußere Myelin-Ummantelung Lücken auf. Dadurch kommt es in den Nervenbahnen zu regelrechten „Kabelbrüchen“, was die Informationsverarbeitung behindert. Experten wie Penke schätzen, dass der Zustand der bisher von der Intelligenzforschung eher ignorierten Weißen Masse für weitere zehn Prozent der Intelligenz-Abweichungen verantwortlich zeichnet. Auf jeden Fall nutzen Frauen aber andere Hirnareale und kognitive Mechanismen, wenn sie Denkaufgaben lösen, was den Dogmen der Gender-Ideologie zuwiderläuft, welche das Geschlecht als rein soziale Kategorie betrachtet.

Zusammenfassend gesagt, erfordert Intelligenz also einen genetisch vorherbestimmten optimalen Zustand sowohl der Grauen Hirnmasse mit ihren Nerven-

zellen als auch der Weißen Substanz, welche die Verbindungsleitungen enthält. Des Weiteren sind zugleich noch solche ebenfalls zum Teil erblich bedingten Voraussetzungen wichtig wie die gute Durchblutung des gesamten Systems Gehirn, ein starkes Immunsystem, das unser Denkkorgan hinreichend vor Störfrieden aller Art schützt, sowie ein Energiestoffwechsel, der dem Gehirn genau die Nährstoffe bietet, welche es für seine anspruchsvolle Arbeit benötigt.

Sind all diese Bedingungen gegeben, können Menschen ungeahnte kognitive Leistungen vollbringen, was Geistesgrößen wie Albert Einstein, Leonardo da Vinci und Immanuel Kant bewiesen haben. Andererseits vermag eine weit überdurchschnittliche Intelligenz aber nicht zwingend zu verhindern, dass jemand irgendwann im Laufe seines Lebens krachend scheitert: Das demonstrierten unter anderem schon Napoleon Bonaparte, Richard Nixon oder Hillary Clinton.

HOCHSCHULEN

Doppelt so viele „Gender-Forscher“ wie Virologen

Obwohl „Gender“ gar keine Wissenschaft ist, erfreut sich die Disziplin massiver Unterstützung der Regierungen der Bundesländer

Die akademische „Frauen- und Geschlechterforschung“, auf Neudeutsch „Gender Studies“, bildet den verlängerten Arm des politischen Feminismus. Deshalb mangelt es dieser angeblichen Wissenschaftsdisziplin auch an Neutralität, Objektivität und Ergebnisoffenheit – dazu kommt eine extrem dürftige Methodik, welche keine Verifizierung oder Falsifizierung der dogmatisch verkündeten Thesen erlaubt.

Mittlerweile 185 Lehrstühle

Trotzdem messen Bund und Länder der Genderforschung außerordentliche Bedeutung bei. Sichtbarster Ausdruck dessen ist die immer intensivere finanzielle

Förderung von Genderprofessuren an deutschen Hochschulen. Deren Zahl konnte sich infolge des staatlichen Geldsegens in den vergangenen Jahren drastisch vermehren. Genauere Informationen hierzu liefert eine detaillierte Aufstellung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages.

Aus dem Papier geht hervor, dass in Deutschland mittlerweile 185 Lehrstühle für „Gender Studies“ existieren – 141 davon sind an Universitäten angesiedelt und 44 an Fachhochschulen. Die meisten davon gehören zu den Fakultäten für Geistes- und Sozialwissenschaften, aber es bestehen auch solche unter dem Dach der Ingenieur- und Forst- beziehungs-

weise Agrarwissenschaften. Besonders viele Genderprofessuren findet man in Berlin und Nordrhein-Westfalen: Beide Länder kommen zusammen schon auf 99 Lehrstühle für die Frauen- und Geschlechterforschung. Spitzenreiter sind dabei die Freie Universität Berlin und die Humboldt-Universität zu Berlin mit zwölf beziehungsweise elf einschlägigen Professorenstellen. Es folgen die Universität Bielefeld mit acht und die Ruhr-Universität Bochum mit sieben Lehrstühlen.

Vergleicht man diese Zahlen mit dem Bestand an Professuren, die sich während der aktuellen Corona-Pandemie im Gegensatz zu den „Gender Studies“ als tat-

sächlich systemrelevant erwiesen haben, tritt Schockierendes zutage: So gibt es lediglich 95 Professorenstellen für Virologie in der ganzen Bundesrepublik, wobei zehn davon auf Berlin und 13 auf Nordrhein-Westfalen entfallen. Das heißt, in Deutschland existieren fast doppelt so viele Lehrstühle für Gender-„Wissenschaften“ wie für Virologie!

Berlin und NRW stechen hervor

In Berlin, wo unter anderem das Robert-Koch-Institut und die Charité angesiedelt sind, sowie in Nordrhein-Westfalen mit seinen vier großen Universitätskliniken von Köln, Bonn, Düsseldorf und Essen sieht das Verhältnis sogar noch ungünsti-

ger aus: In der Bundeshauptstadt stehen den zehn Virologie-Professuren 36 für Frauen- und Geschlechterforschung gegenüber, und in Nordrhein-Westfalen treffen die 13 Virologen mit eigenem Lehrstuhl auf 63 Gender-Forscher – oder besser gesagt: Forscherinnen – mit dem gleichen akademischen Status.

Angesichts solcher Zahlen wird verständlich, warum die Werteunion, also der konservative Flügel der CDU, auf dem Höhepunkt der Corona-Welle konstatierte: „Diese schlimme Zeit macht jetzt hoffentlich auch dem Letzten klar, dass Professoren für Medizin, Chemie und Biologie unendlich viel wichtiger sind als solche für ‚Gender Studies‘.“ W.K.



KÖNIGSBERG-LOMSE

Prestigeobjekte auf Sand gebaut

Absenkungen durch zu weichen Grund – Bauarbeiten auf der Insel gestalten sich schwierig

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Das Territorium auf der Insel Lomse in Königsberg soll weiterhin aktiv entwickelt werden. Ein wichtiger erster Impuls für die Bebauung der Insel im Stadtzentrum zwischen zwei Pregelarmen war die Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2018. Für die Austragung einiger Spiele der WM wurden ein neues Stadion sowie eine umfangreiche Infrastruktur mit neuen Straßen gebaut. Noch nie zuvor hatte es auf der Insel solch groß angelegte Bauarbeiten gegeben.

In der Vorkriegs- und der Sowjetzeit wurden keine Gebäude errichtet wegen des instabilen Bodens, der mit Grundwasser durchtränkt ist. Auch gab es hier bis vor Kurzem kein Entwässerungssystem. Ernste und erwartete Schwierigkeiten traten in der Vorbereitungsphase für den Bau des Stadions auf, als Tausende Kubikmeter Sand für das Fundament buchstäblich im Boden verschwanden. Umfangreiche Anstrengungen und 20 Meter lange Pfähle ermöglichten es schließlich, den Bau des Stadions und der dazugehörigen Infrastruktur termingerecht abzuschließen.

Im vergangenen Jahr haben auf der Lomse erneut Bauarbeiten für die Errichtung eines großen Kultur-, Bildungs-, Museums- und Ausstellungskomplexes begonnen. Auf der Insel sollen Zweigstellen des Bolschoi-Theaters und der Tretjakow-Galerie sowie Bildungs- und Wohneinrichtungen entstehen.

Doch wieder einmal kam es auf einigen Straßen und Gehwegen zu Bodenabsenkungen. Autofahrer klagten über Hindernisse auf der Straße, da die Asphaltdecke „schwebte“ und wellig wurde. Die Stadtverwaltung erklärte dieses Phänomen mit der anhaltenden Ver-



Lose Pflastersteine in der Nähe des Stadions: Bauarbeiten haben zu Absenkungen geführt

Foto: J.T.

dichtung des Bodens durch die Bauarbeiten.

Auf der Baustelle des Kultur-, Bildungs- und Museumskomplexes werden die Gebäude schnell hochgezogen, was auch den Bodendruck verändert. Die Gebäude stehen zwar auf Pfählen, der Rest des Bodens aber wird weiter verdichtet. Laut Behörden geschieht dies kontrolliert und wenn die Auswirkungen auf den Boden durch die Bauarbeiten aufhören, werden Spezialisten den Zustand von Straßen und Gehwegen überprüfen. Wo nötig, würden entsprechende Reparaturen an Straßen und Gehwegen vorgenommen.

Die Verfestigung des Bodens auf der Insel hatte erst mit der Vorbereitung auf

die Fußball-WM stattgefunden. Experten sagen, dass der Prozess der Bodenverfestigung auf der Lomse noch nicht abgeschlossen sei. Dieser Prozess werde durch viele natürliche Faktoren, wie beispielsweise Regenfälle, beeinflusst.

Das Stadion und die neuen Gebäude des Museumskomplexes wurden im Auental des Pregels errichtet. An der Stelle gibt es natürliche Ablagerungen, die aus Schlamm und Torf bestehen. In der Umgebung des Stadions fand man Millionen von Kubikmetern Sand vor, das heißt, die technischen und geologischen Bedingungen für die Bebauung der Insel waren schon immer schwierig. Spezialisten versichern, dass das Stadion selbst nicht be-

droht sei, sondern nur die angrenzenden Bereiche gefestigt werden müssten.

Die aktuellen Absenkungen seien auf die Belastung durch die ständigen Vibrationen beim Bau von Straßen und der neuen Infrastruktur zurückzuführen. Hinzu komme, dass in diesem begrenzten Gebiet der Grundwasserspiegel viel höher sei als der des Pregel-Flussbetts. Solange mit Pfählen gebaut werde, würde das Absinken von schwachem, wassergesättigtem Boden aufgrund von Erschütterungen weitergehen. Die Hauptlösung für dieses Problem seien die ständige Überwachung des Insel-Geländes sowie die Durchführung umgehender Reparaturen.

BEVÖLKERUNG IN NORDOSTPREUSSEN

Die Region Königsberg ist bei Zuzüglern beliebt

Mehr Immigranten, weniger Geburten, Landflucht – Unterm Strich positive demografische Entwicklung

Aufgrund des Zuzugs aus der Russischen Föderation und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ist die Bevölkerung des Königsberger Gebiets in den vergangenen Jahren um knapp drei Prozent gewachsen, sodass die Einwohnerzahl mit 1,12 Millionen erstmals die Millionengrenze überschritt. Zur demografischen Entwicklung des Gebiets trägt in erster Linie die Immigration bei. Währenddessen übertraf die Zahl der Todesfälle die der Geburten um 6000 Menschen.

Innerhalb der Region vermischt sich die Bevölkerung in den Kreisen und Städten. Einige Städte leeren sich, und vereinzelt verschwinden Dörfer fast vollständig. Diese Tendenz zeigt sich insbesondere im Landesinneren, da die arbeitsfähige Bevölkerung nach Königsberg oder an die Ostseeorte zum Arbeiten geht. Zurzeit haben 21 Orte den Status einer Stadt. In zwölf von ihnen sinkt jährlich die Einwohnerzahl. In den zweit- und drittgrößten Städten des Gebiets, Tilsit und Insterburg, sank die Einwohnerzahl um fünf Prozent. 2000 Menschen gingen von dort fort. Dass der Verlust so gering ist, liegt daran, dass es in diesen Städten noch produzierendes Ge-



Menschenmengen: Vor allem Königsberg erfreut sich großer Beliebtheit

Foto: J.T.

werbe gibt und die Menschen die Möglichkeit haben, Arbeit vor Ort zu finden.

Spürbarer ist der Einwohnerrückgang in weiter vom Zentrum entfernten Städten wie Ebenrode-Stallupönen, Lasdehnen und Angerapp. Diese Städte haben zehn Prozent ihrer Einwohner verloren. Die Weggezogenen gehen nach Königs-

berg und in die umliegenden Orte der Gebietshauptstadt, deren Einwohnerzahl entsprechend gestiegen ist. Den größten Zuzug konstatiert Neuhausen mit 30 Prozent. Es wird dort viel gebaut und in die Infrastruktur investiert. Auch viele Königsberger ziehen nach Neuhausen, weg vom Trubel der Großstadt.

Eine äußerst positive Bilanz können auch die Küstenorte ziehen. So zählt beispielsweise Rauschen jährlich mehr Einwohner (22 Prozent), gefolgt von Cranz (12 Prozent) und Neukuhren (sieben Prozent). Das ist verständlich, da es sich in diesen Orten ganz komfortabel lebt. Sie liegen am Meer, und im Sommer gibt es Saisonarbeit, mit der man sich etwas hinzuverdienen kann. Hinzu kommen Pendler aus Königsberg, die sich ihre Immobilie an der Ostsee gekauft haben, aber weiterhin in Königsberg arbeiten.

In Königsberg ist die Einwohnerzahl laut offizieller Statistik um 30.000 Personen gestiegen. Während die Pregelmetrople besonders Immigranten anlockt, ziehen viele Russen weg. Auf Erstere wirkt die Stadt anziehend, weil sie die besten Chancen für einen Karrieresprung und ein besseres Einkommen bietet. Viele von Zweiteren, die wegziehen, sagen, dass die Stadt trotz ihres Wachstums provinziell geblieben sei. Sie biete nicht die Dynamik und die Möglichkeiten einer Großstadt. Für diejenigen, die so denken, sind Moskau oder St. Petersburg das Ziel ihres Umzugs.

J.T.

● MELDUNGEN

Schönheitskur für die Bühne

Tilsit – Die Freilichtbühne im Park Jakobsruh war in die Jahre gekommen. Im Jahr 1935 als Thingplatz erbaut, diente sie Kundgebungen und Jubelfeiern. Nach 1945 wurde sie zum „Grünen Theater“ umfunktioniert. Veranstaltungen und Freilichtkonzerte hatten Seltenheitswert und die Zuschauerränge wurden mit der Zeit zu einem grasüberwucherten Biotop. Nun wird dem einstigen Schmuckstück eine Rundum-Erneuerung zuteil. Die Bühne erhält eine moderne und wetterfeste Kuppel, die eine gefällige Szenerie gewährleistet und den Künstlern Schutz bietet. Die Anlage ist umfriedet und eine beagliche Eingangszone empfängt die Besucher. Auf den im Halbrund angeordneten Sitzflächen finden 2500 Zuschauer Platz. Bei den Zugängen wurde auch an Erleichterungen für behinderte Besucher gedacht. Eine neue Beleuchtung sorgt für optimale Sichtmöglichkeiten. Ermöglicht wurde die Verschönerung durch die Teilnahme an einem Wettbewerb der Europäischen Union zur grenzübergreifenden litauisch-russischen Zusammenarbeit. In einem Programm zwischen dem litauischen Touristikzentrum Pogegen und der Tilsiter russischen Stadtverwaltung sind neben der Sanierung des „Grünen Theaters“ Festivals und Veranstaltungen litauischer und russischer Volkskunstensembles vertraglich vereinbart. Der Vertrag sieht auch eine virtuelle Führung auf der geschichtsträchtigen Königin-Luise-Route vor, die zahlreiche touristische Sehenswürdigkeiten bietet. Der finanzielle Aufwand für das gesamte Projekt beläuft sich auf rund 700.000 Euro. Davon trägt die Hälfte die Europäische Union, den Rest tragen die Beteiligten. Alle Hoffnungen sind auf ein baldiges Ende der Corona-Krise gerichtet, damit im kommenden Jahr die Eröffnung stattfinden kann und die Touristikszenen einen neuen Impuls bekommt.

HD

Karski gegen Illegale

Allenstein – Karol Karski, Europa-Abgeordneter der PiS-Partei aus dem südlichen Ostpreußen und Podlachien, sagte, dass Immigranten, die illegal die Grenzen der Europäischen Union übertreten, in die Staaten zurückgeschickt werden müssten, aus denen sie kommen. Er bekräftigte, dass die Mehrzahl dieser Personen Bürger sicherer Staaten, wie Tunesien, seien. Nach Auffassung Karskis wird der Zufluss der Immigranten steigen, wenn illegale Immigration nicht unterbunden wird. Der Politiker sagte, dass wir an den südlichen Ufern der Europäischen Union zur Genüge mit Menschenhandel zu tun hätten. Zu dieser Bewertung kam er aufgrund des Zuflusses von Immigranten auf die italienische Insel Lampedusa. Die Mehrzahl der illegal Ankommenen seien Tunesier, wie der Fall von elf Immigranten aus Tunesien zeige, die angekommen und gekleidet waren wie Touristen mit Koffern und Rucksäcken. Wie die örtliche Presse berichtete, machten alle Angekommenen sich Hoffnung auf Arbeit in Italien.

PAZ



ZUM 102. GEBURTSTAG

Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, am 20. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August
Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Berg, Anneliese, geb. **Riedel**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August

Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August
Korte, Johanna, geb. **Galensa**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 18. August
Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August
Senkull, Christel, geb. **Bytzek**, aus Seegutten, Kreis Johannisburg, am 17. August
von Kieckebusch, Anny, aus Preußisch Eylau, am 15. August
Zielasek, Dr. Gotthold, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Kröhnert, Eva, geb. **Naujoks**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tappiau, Kreis Wehlau, am 16. August
Raths, Ruth, geb. **Kelbch**, aus Ortelsburg, am 18. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August

Fischer, Hans, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. August
Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August
Majonek, Hildegard, aus Schönhof, Kreis Lyck, am 18. August
Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August
Ohlendorf, Irmgard, geb. **Bartel**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. August
Pokern, Irene, geb. **Först**, aus Fischhausen, am 14. August
Prawdzik, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breetzke, Irmgard, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Ehlert, Erna, geb. **Rekittke**, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 19. August
Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August
Günther, Ruth, geb. **Pietzka**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. August
Hellwich, Helga, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 19. August
Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August
Jerimowitsch, Inge, geb. **Kalinowski**, aus Lyck, am 18. August
Kastrop, Lieselotte, geb. **Szodruch**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 18. August
Kattanek, Paul, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August
Przygoda, Paul, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Tabel, Edith, geb. **Ottersdorf**, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 17. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. **Freitag**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 16. August
Halser, Eva, geb. **Lechleiter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 16. August
Heine, Toni, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 18. August
Hoffmann, Horst, aus Treuburg, am 14. August
Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August
Olms, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August
Schulz, Elsa, geb. **Beyer**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albrecht, Ingrid, geb. **Schwann**, aus Wehlau, am 17. August
Borris, Heinz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 18. August
Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 15. August
Döhler, Gerda, geb. **Böhm**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August
Lang, Karl, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 19. August
Lübke, Waltraut, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck,

am 20. August
Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August
Reiter, Margarete, geb. **Runge**, Landsmannschaft Bremen, am 16. August
Scheidegger, Herta, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. August
Sembritzki, Kurt, aus Sonnnau, Kreis Lyck, am 17. August
Wessel, Egon, aus Treuburg, am 19. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fiedler, Eva, geb. **Wittke**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 15. August
Gerlach, Jokadia, geb. **Taut**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. August
Glang, Herbert, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 19. August
Helbing, Willy, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrunen, am 19. August
Janßen, Edith, geb. **Haasler**, aus Klein Neuhof-Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August
Olschewski, Renate, aus Kielen, Kreis Lyck, am 17. August
Palluch, Lieselotte, geb. **Maleyka**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 14. August
Rudloff, Emmy, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August
Sedello, Edeltraud, geb. **Dibowski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Strauch, Charlotte, geb. **Erlach**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 20. August
Urbschat, Horst, aus Wehlau, am 17. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Banik, Klaus, aus Schneidemühl, Gartenstraße 48, am 18. August
Biegel, Hildegard, geb. **Kegler**, aus Borken, Kreis Lyck, am 14. August
Burbulla, Reinhold, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Ellerbrake, Gisela, geb. **Beitat**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 17. August
Elsner, Helga, aus Lyck, am 14. August
Hager, Christel, geb. **Rauter**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 19. August
Hoffmann, Edward, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 15. August
Kitsch, Martin, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 17. August
Kösling, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August
Konietzko, Bruno, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. August
Kowalewski, Hans-Günter, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 15. August
Machhein, Günter, aus Groß Holstein/Florentinenhof, Kreis Fischhausen, am 19. August
Philipowski, Gisela, geb. **Hinz**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 18. August
Pikus, Friedmund, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 15. August
Sawitzki, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Sdorra, Waldemar, aus Talussen, Kreis Lyck, am 14. August
Seidler, Ingeborg, geb. **Hoch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 15. August
Seifert, Manfred, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 17. August
Ulbrich, Ursel, geb. **Häcker**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Annelie, geb. **Böhm**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. August
Allzeit, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. August
Bautze, Lutz-Henning, aus Marienburg, Kreis Fischhausen, am 19. August
Bodendick, Elsa, geb. **Meisterknecht**, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 19. August
Brand, Hannelore, geb. **Stroehl**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 17. August

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig

Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Ermisch, Lothar, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 20. August
Fichtner, Manfred, aus Wehlau, am 15. August
Goldak, Ulrich, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 17. August
Holzbach, Maria-Veronika, geb. **von Steegen**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 20. August
Kiaulehn, Erich, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 18. August
Kunath, Annemarie, geb. **Rogalski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. August
Marzinowski, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. August
Riemann, Horst, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 20. August
Sadlowski, Manfred, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Stiehm, Eva, geb. **Wenskat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. August
Stöbke, Gerhard, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Sturm, Ruth, geb. **Mroß**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. August



ZUR EISERNEN HOCHZEIT

Junker, Rudolf, Vorf. aus Ortelsburg und Ehefrau **Waltraud**, geb. **Lendzian**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. August

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Banik, Klaus, aus Schneidemühl, Gartenstrasse 48 und Ehefrau **Eva-Maria**, geb. **Kuhrau**, aus Königsberg, Augustastraße 15, am 19. August

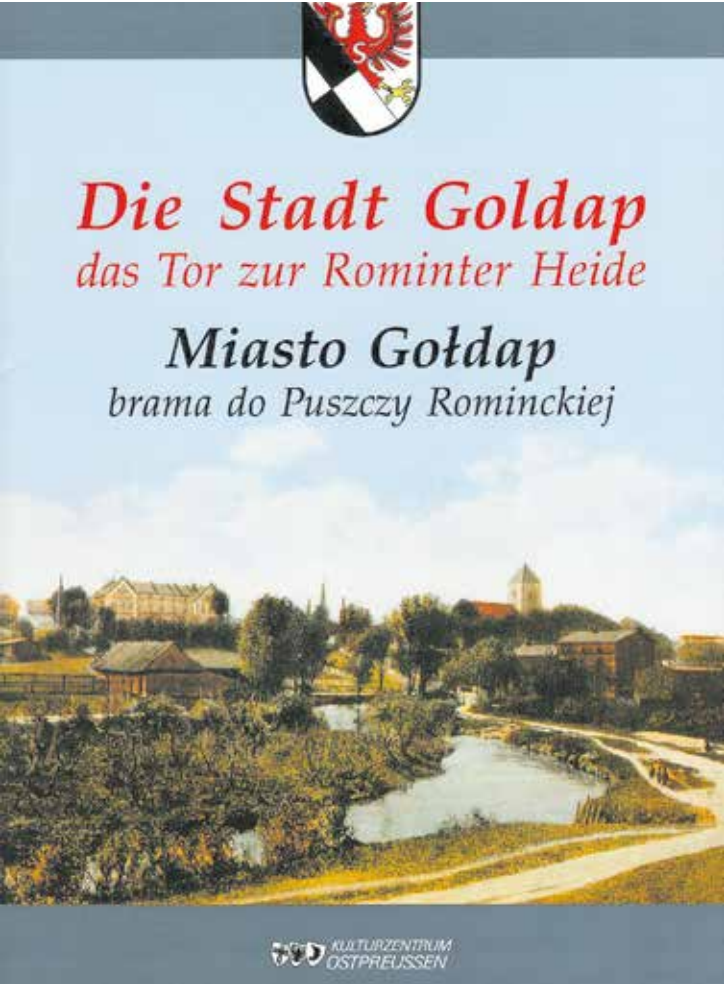
Kulturzentrum Ostpreußen

„Die Stadt Goldap – das Tor zur Rominter Heide / Miasto Gołdap – brama do Puszczy Rominckiej“ ist der Titel einer zweisprachigen Publikation, die das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen veröffentlicht hat.

Das 18-seitige, auf hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Werk enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch verfasst.

Das Heft kann beim Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Tel. 09141/86440, Fax: 09141/864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 3,50 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden.

Weitere Informationen:
www.kulturzentrum-ostpreussen.de



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

- 5. bis 11. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt
- 17. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 6. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 7./8. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 8. bis 11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesge-

schäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Diese virtuelle Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021: **Jahrestreffen der Ostpreußen**, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Zusendungen für die Ausgabe 35/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 35/2020 (Erstverkaufstag 28. August) bis spätestens Dienstag, den 18. August 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Die für Frühjahr und Sommer geplanten Veranstaltungen der Landesgruppe Hamburg sind aufgrund der Corona-Lage bislang abgesagt worden. Dies hält den Vorstand aber nicht davon ab, weitere Planungen für eine Reihe wichtiger Veranstaltungen vorzunehmen. Am 22. Oktober um 14 Uhr werden im Haus der Heimat die Delegiertenversammlung und anschließend das Gruppenleitertreffen

PAZ wirkt!

stattfinden. Zu den Veranstaltungen werden beizeiten weitere Informationen erfolgen.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link **Gst.:** Buchtr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Berlin – Am Freitag, den 31. Juli 2020 trafen sich junge Ostpreußen aus ganz Deutschland, um am Sommertreffen des BJO teilzunehmen, das durch die neu entstandene Whatsapp-Gruppe initiiert wurde. Von den rund 30 Teilnehmern waren etwa ein Drittel Neumitglieder, was zeigt, dass sich auch junge Leute für den historischen deutschen Osten interessieren. Nach der Ankunft im Hostel und der reibungslosen Zimmerbe-

legung ließ man den Abend gemeinsam in einer gemütlichen Runde im Biergarten eines Berliner Parks ausklingen. Die Hitze des Tages war nun durch eine entspannte Kühle abgelöst worden und so befruntschelte und amüsierte man sich neben Trank und Speisen bei heiterer Atmosphäre bis in die Nacht hinein. Am nächsten Morgen begab man sich nach dem Frühstück in die Stadtmitte, um das historische Berlin zu erkunden und bekunden. Im Mittelpunkt der Stadtführung standen die barocken und klassizistischen Prachtbauwerke aus preußischen Zeiten. Zum Ende des Referates am Brandenburger Tor konnte man dann zwischen einer Führung durch die Königliche Porzellan-Manufaktur oder der persönlichen Freizeit wählen, bevor man sich am Abend im Restaurant Marjellchen wiedertraf. Das Marjellchen, eine wohlige Gaststätte, in der das ostpreußi-

sche Herz noch schlägt, tischt neben ostpreußischen auch andere traditionelle Gerichte aus dem Osten auf. Nach dem Schnabulieren der ostdeutschen Speisen wurde der Aufenthalt im Marjellchen noch mit Bärenfang und Trakehner Blut abgerundet. Danach gingen einige Mitglieder noch in eine typische Berliner Kneipe. In geselliger Runde saß man bei guten Gesprächen bis in die Nacht zusammen. Auf das Frühstück am nächsten Morgen folgte die Abschlussrunde, in der man sich verabschiedete und in guter Tradition „Land der dunklen Wälder“ sang, bevor man die Heimfahrt antrat. Die Berlinfahrt war ein Erfolg, da die Anstrengungen der Organisatoren und die Lokalitäten einwandfrei aufeinander abgestimmt waren. Der Höhepunkt in der Hauptstadt war allerdings die Gemeinschaft, die so mühelos zusammenfand und harmonierte.

Am 19. August 2020 feiern meine lieben Eltern

Diamantene Hochzeit.

Danke für eure Liebe. Ich bin sehr stolz auf euch.

Wir gratulieren zum **60.** Hochzeitstag!

Eure Tochter Katja und Schwiegersohn Simon

Eva-Maria und Klaus Banke

Wir gratulieren zur **Eisernen Hochzeit** von

Rudolf & Waltraud Junker

geb. Lenzian

aus Altkirchen, Kreis Ortelburg am 20. August 2020

Tochter Brigitte, Verwandte und Freunde

70 Jahre Charta der Heimatvertriebenen - Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Stuttgart

„Vor 70 Jahren, in einer Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Not, haben wir deutsche Vertriebene und Flüchtlinge mit unseren Verbänden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verfasst und ver-kündet.“ So beginnt die Deklaration, die das Präsidium des Bundes der Vertriebenen anlässlich des 70. Jubiläums der Charta verabschiedet hat. Diese Deklaration bringt die Weitsicht des am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt unterzeichneten Dokumentes ebenso wie noch heute offene Anliegen auf den Punkt. Verzicht auf Rache und Vergeltung, Selbstverpflichtung zur Eingliederung und zum Wiederaufbau, Recht auf die Heimat und Einsatz gegen Vertreibungen weltweit sowie „eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas“: Das sind die Werte, die einfließen in den ersten Tag der Heimat, der mit der Charta-Verkündung am 6. August 1950 vor den Ruinen des Stuttgarter Neuen Schlosses eingeläutet wurde.

Das „Grundgesetz“ der Vertriebenen Das diesjährige Jubiläum hätte zu einer besonderen Hommage an dieses „Grundgesetz“ der deutschen Heimatvertriebenen werden sollen. Wie 1950 sollte die Charta gemeinsam mit dem Tag der Heimat gefeiert werden. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesinnenminister Horst Seehofer sowie die baden-württembergische Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Dr. Susanne Eisenmann hatten neben den BdV-Repräsentanten Dr. Bernd Fabritius – für den Bundesverband – und Iris Ripsam – für den BdV-Landesverband – ihr Kommen zugesagt. Das BdV-Präsidium, viele Vorsitzende der Landesverbände und Landsmannschaften sowie deutsche wie internationale Partner aus Politik und Kultur hatten den Termin fest im Kalender. Doch dann machte die Corona-Pandemie sämtlichen Planungen einen Strich durch die Rechnung.



Gedenken an das „Grundgesetz der Vertriebenen“: BdV-Präsident Bernd Fabritius während seiner Ansprache in Stuttgart

Entsprechend der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und mit Rücksicht auf die von einem Ansteckungsrisiko betroffenen Gruppen musste die im Weißen Saal des Neuen Schlosses geplante Veranstaltung abgesagt werden. Alles Trachten war nun darauf ausgerichtet, das Charta-Jubiläum und den Startschuss zum Tag der Heimat dennoch angemessen, risikoarm und zumindest medial weithin sichtbar zu begehen.

Feierliche Kranzniederlegung Eine feierliche Kranzniederlegung am Denkmal der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Kurpark von Bad Cannstatt – von großem Medieninteresse begleitet und filmisch dokumentiert – war die Lösung. Unweit des Kursaals, wo die Vertreter der Landsmannschaften und Landesverbände auf den Tag genau sieben Jahrzehnte zuvor getagt hatten, ließen also am 5. August 2020 die höchsten Staatsämter, die Ministerpräsidenten der Länder und einige Bundesparteien sowie der Bund der Vertriebenen und viele Mitgliedsverbände Kränze zum Gedenken an dieses wichtige Ereignis sowie an die Opfer von Flucht und Vertreibung niederlegen. Worte der Würdigung fanden die BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam, Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

Mit Franz Longin, dem Sprecher der Südmährer, und Reinfried Vogler, dem Präsidenten der Sudeten-deutschen Bundesversammlung und Vorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, waren mindestens zwei Zeitzeugen der Charta-Verkündung anwesend. Iris Ripsam erinnerte an die gewaltigen Bevölkerungs- und auch demokratischen Mehrheitsverschiebungen, die es durch Flucht und Vertreibung auch in Baden-Württemberg nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hatte. Für die Gründung des Bundeslandes 1952 etwa seien die Stimmen der Vertriebenen entscheidend gewesen. Gleichzeitig zeichnete Ripsam ein Bild von der materiellen Not, die damals herrschte, und verdeutlichte diese an einer Familienerinnerung: So habe ihre aus dem Sudetenland vertriebene Mutter auf der Suche nach Nahrung an einer Haustür geklopft, und eine junge Mutter habe ihr jeweils ein paar Löffel Suppe aus den bereits auf dem Tisch stehenden Tellern der Familie abgeschöpft. „Meine Mutter hat dies in ihrem Leben nie wieder vergessen“, so die BdV-Landesvorsitzende. Diese Not sowie die noch frischen Erinnerungen an Krieg und Vertreibung müssten bei der Bewertung der Charta immer mitgedacht werden. Kultusministerin Eisenmann knüpfte inhaltlich an diese Aussagen an.

Nach dem von deutschem Boden ausgegangenen Zweiten Weltkrieg sei das Leid der Vertriebenen enorm gewesen. „Unrecht kann auch nicht durch Worte oder durch bloße rhetorische Betroffenheit wiedergutmacht werden. Und vor diesem Hintergrund ist der Schritt zur Versöhnung in Europa ein großer gewesen – ein so großer, dass er bis heute intensiv nachwirkt“, so die Ministerin. Zugleich würdigte sie die Wiederaufbauleistung der deutschen Heimatvertriebenen und dankte für den jahrzehntelangen, erfolgreichen Einsatz im Sinne der Charta. Sie erinnerte überdies daran, dass sich das Dokument auch auf die baden-württembergische Landesverfassung ausgewirkt habe. Dort bekennt sich das Volk Baden-Württembergs „zu dem unveräußerlichen Menschenrecht auf Heimat“. Aufbauend darauf sei das Recht auf Heimat „hierzulande gelebte Wirklichkeit“ geworden. In einer thematisch zweigeteilten Ansprache gedachte BdV-Präsident Fabritius zunächst der Opfer von Flucht und Vertreibung. Das Schicksal der rund 15 Millionen vertriebenen Deutschen, von denen mehr als zwei Millionen ums Leben gekommen oder vermisst geblieben seien, bleibe eine fortwährende Mahnung, „die Zukunft vor einer Wiederholung der grausamen Ereignisse der Vergangenheit mit klugem und weitsichtigen Handeln“ zu schützen. Mit dem Ziel einer möglichst empathischen Erinnerungskultur und vor dem Hintergrund weniger werdender Zeitzeugen werde es immer wichtiger, individuelles Leid aus diesem Massenschicksal herauszulösen und sichtbar zu machen, so der BdV-Präsident. Im Folgenden ging auch er auf die Entstehungsbedingungen der Charta und die Aktualität ihrer Inhalte ein, setzte aber mit der Gefahr der politischen Instrumentalisierung von Flüchtlingsströmen einen anderen Akzent. So sei es insbesondere das Ziel des sowjetischen Diktators Josef Stalin gewesen, dass die deutschen Heimatvertriebenen eine destabilisierende Wirkung entfalten mögen. Der-

artige Strategien seien auch heute noch zu beobachten, betonte Fabritius mit einem Blick auf die Lage an der griechisch-türkischen Grenze im Frühjahr 2020. Mit der Charta von 1950 sei jedoch ein friedensstiftendes Zeichen der Verständigungsbereitschaft ausgesandt worden, aus dem den Vertriebenen und ihren Nachkommen als Schicksalsgemeinschaft „auf alle Zeit“ Verantwortung erwächst.

Begleitende YouTube-Ausstrahlungen und Grußworte Im Vorfeld zur Kranzniederlegung fand auf dem YouTube-Kanal des BdV die Premiere des Jubiläumsfilms „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ statt. Eindringlich werden darin die historischen Bedingungen der Charta-Entstehung charakterisiert und mit aktuellen politischen Stimmen zur Würdigung der Charta und ihrer Werte unterlegt. Unter anderem Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie die Ministerpräsidenten Armin Laschet und Stephan Weil kommen darin zu Wort. Der Bundestagspräsident hatte eine eigene Videogrußbotschaft übersandt, die ebenfalls kurz vor der Kranzniederlegung über YouTube ausgestrahlt wurde. Auch Schäuble nimmt Bezug auf die Situation der Vertriebenen und erklärt: „Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die historische Bedeutung der Charta ermessen. Sie gilt zu Recht als einer der Grundsteine unserer Demokratie – ein

wegweisendes Zeugnis menschlicher Größe, christlicher Humanität und politischer Weitsicht ... Ohne den Versöhnungsgedanken der Charta und den immensen Beitrag der Heimatvertriebenen zum wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau unseres Landes wären weder die deutsche Einheit noch die europäische Einigung möglich gewesen.“ Weitere Grußbotschaften via YouTube kamen etwa vom Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Bernard Gaida, und dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Markus Ferber MdEP. Gaida erinnerte an das Schicksal der oft als Minderheiten in der Heimat verbliebenen Deutschen und mahnte u.a.: „Früher habe ich zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen unterschieden, um zu zeigen, dass wir Teil jenes Volkes sind, das durch den schrecklichen Krieg und seine Folgen zerrissen wurde. Es ist wichtig zu erkennen, dass sowohl die einen als auch die anderen Heimatverlorene sind.“ Ferber wiederum bezeichnete die Charta als eines „der großen historischen Beispiele dafür, dass Menschen fähig sind, einander zu verzeihen und gemeinsam einen Anlauf für eine bessere Welt zu machen“.

Austausch über die Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik Die Veranstaltung in Stuttgart abschließend, fand nach der Kranzniederlegung ein konstruktiver Austausch zwischen dem BdV-Präsidium, Ministerin Eisenmann und der BdV-Landesvorsitzenden Ripsam statt. Darin wurden viele Bereiche der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik in Baden-Württemberg angesprochen. Gelobt wurden seitens des Präsidiums etwa der Einsatz des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler, Innenminister Thomas Strobl, die Förderung der im Land ansässigen Institutionen und Organisationen sowie die Einbeziehung des Themas Flucht und Vertreibung in den Schulunterricht.



Der Kranz der Landsmannschaft Ostpreußen in Stuttgart

Marc-P. Halatsch



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 – 983-31 00; Fax: 04261 – 983 –31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Angerburer Tage fallen aus

Der Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Angerburg hat kürzlich entschieden, die diesjährigen Angerburer Tage abzusagen. Diese Maßnahme soll insbesondere dem Schutz der Risikogruppen dienen.

Bitte informieren Sie auch Ihre Freunde und Bekannten.

Vielen Dank!

Im Auftrag des Vorstandes
Michael Meyer



Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweiter Stellvertretender Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachwahlen zum Kreisvorstand

Liebe Kreistagsmitglieder, im Namen des Vorstandes lade ich Euch/Sie zu unserer außerordentlichen Kreistagssitzung 2020 herzlich ein. Persönliche Einladungen an die Mitglieder des Kreistages sind erfolgt.

Diese außerordentliche Kreistagssitzung wird notwendig, da es darum geht, den Kreisausschuss zu vervollständigen. Sie findet

statt am 12. September 2020 um 9 Uhr. Ort der Kreistagssitzung ist das Hotel Haase in Burgdorf.

Gewählt werden ein Kreisvertreter/in und ein 2. Stellvertreter der Kreisvertreter. Es haben sich für das Amt der Kreisvertreterin bereiterklärt zu kandidieren, Frau Viola Reyentanz, Stadtvertreterin Zinten. Als 2. Stellvertreterin kandidiert Brunhilde Schulz, Beisitzerin im Vorstand, Schriftleiterin des Heimatblattes, komm. Stadtvertreterin Heiligenbeil-Nord.

Um weitere Wahlvorschläge bis zum 1.9.2020 wird gebeten. Die Wahlvorschläge müssen enthalten:

Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort sowie jetzige Anschrift des Kandidaten. Ferner das Amt, für das der Kandidat vorschlagen wird.

Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen.

Christian Perbandt



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Zum 80. Geburtstag von Klaus Peter Paul Grudzinkas

Die Memellandgruppe Berlin gratuliert dem Vorsitzenden des Vereins der Deutschen in Memel ganz herzlich zu seinem Ehrentag.

Sein mutiges Bekenntnis zum ostpreußischen Erbe, sein langjähriges Engagement für die Memelländer in und außerhalb des Landes, insbesondere seine Verbundenheit mit den Berliner Memelländern, verdient unsere besondere Anerkennung und Dank.

Wir wünschen ihm für sein weiteres Leben vor allem Gesund-

heit und viel Kraft, damit er weiter für seine Familie und die deutsche Gemeinschaft im heutigen Klaipėda wirken kann.

Hans-Jürgen Müller



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Heimatkreistreffen

Sehr geehrte Leser, liebe Landsleute, liebe Heimatfreunde,

im Rahmen der derzeitigen Situation und intensiver Beratung werden wir unter Berücksichtigung der vorgegebenen Auflagen sowie unter Vorbehalt eventueller Lageänderungen die Kreistagssitzung und das Heimatkreistreffen am 19.+20.09.2020 in Bad Nenndorf, Bahnhofstr. 8, im Grandhotel Esplanade, L'ORANGERIE, durchführen.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen lädt Sie herzlich dazu ein und würde sich über Ihr Kommen sehr freuen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme telefonisch unter 04122-55079 oder per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net mitzuteilen.

Herzlichen Dank!

Programmablauf

Sonnabend, 19. September:

10.00 Uhr: 3. Sitzung des 9. Kreistages, Tagungsraum im Grandhotel Esplanade. Diese Sitzung ist öffentlich.
13.00 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume. Begrüßung der Teilnehmer im Restaurant L'Orangerie und Eröffnung der Ausstellung: „Erinnerungen an unvergessene Orte im Kreis

Mohrungen“ durch Kulturreferentin Gisela Harder.
14.30 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmal mit Blumen-niederlegung.

16.30 Uhr: Buchvorstellung „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ – Autor Dr. Christopher Spatz berichtet von seiner Arbeit. Er erzählt von seinen Interviews, wie es den letzten Wolfskindern heute geht und von der öffentlichen Resonanz auf dieses Thema. Abschließend lenkt er den Blick auch auf die Nachkriegsschicksale von Kindern im südlichen Teil Ostpreußens.

Am Abend folgt ein gemütliches Beisammensein mit kulturellen Beiträgen und weiteren Überraschungen.

Sonntag, 20. September

10.30 Uhr: Feierstunde mit Ein-spielung des Liedes: „Land der dunklen Wälder ...“

Begrüßung der Teilnehmer durch Kreisvertreterin Ingrid Tkacz

Grußworte von Ehrengästen Geistliches Wort: Pfarrer i.R. E. Friede Kolakowski

Totenehrung: Elisabeth Krahn Einspielung des Liedes: „Großer Gott wir loben dich....“

Festrede: „Das Lager Friedland, ein ostpreußischer Schicksalsort in Niedersachsen“ – Dr. Christopher Spatz Nirgends lagen Freud und Leid nach dem Krieg so nahe beieinander wie in jenem kleinen Ort bei Göttingen.

Was bedeutet es, entwurzelt zu werden? Wie erlebt und emp-

findet man das Ankommen in einem neuen System?

Christopher Spatz erzählt von dem entscheidenden Moment des Weltenwechsels und den Facetten der Heimatlosigkeit. Lied: „Ännchen von Tharau“ Ehrungen

Schlussworte – Kreisvertreterin

„Deutschlandlied 3. Strophe“ 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung

Ab 15.30 Uhr: Gemütliches Ausklingen!

Wenn Sie eine Übernachtung in Kauf nehmen wollen, sind Sie natürlich herzlich eingeladen.

Zimmerbuchungen können Sie im Grandhotel Esplanade unter der Telefon-Nr. (05723)798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,

jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Ostpreußisches Landesmuseum

Zum 300. Geburtstag des Barons von Münchhausen veröffentlicht das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung eine virtuelle Museumstour zu dem Geschichtenerzähler und lädt zum Mitmachen ein.

Auf einer Kanonenkugel geflogen oder mit einer Bohnenranke bis zum Mond geklettert – die Geschichten, die Hieronymus von Münchhausen erlebt haben will, sind abenteuerlich; nicht umsonst haben sie ihm den Beinamen „Lügenbaron“ eingetragen.

In Wirklichkeit war Hieronymus Carl Friedrich Freiherr von Münchhausen ein Baron aus dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg und wurde mit seinen Geschichten zum Star wider Willen. Im Dezember 1773 reiste er nach Russland und nahm am Russisch-Österreichischen Türkenkrieg teil. Viele der bekannten Abenteuer Münchhausens entstammen dieser und weiteren prägenden Erfahrungen seiner Russlandreisen. Seine Geschichten erzählt er zunächst zur allgemeinen Unterhaltung unter Freunden und Weggefährten. Rudolf Erich Raspe und Gottfried August Bürger, Zeitgenossen Münchhausens, schrieben diese wundersamen Geschichten auf

und schmückten sie aus, sodass sie noch haarsträubender wurden. Münchhausen missfielen diese Übertreibungen, da sie ein negatives Licht auf ihn warfen, dennoch wurde aus ihnen ein bis heute bekanntes Abenteuer-Buch.

Anlässlich des 300. Geburtstags des berühmten Barons hat das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung gemeinsam mit dem Lüneburger Schauspieler und Sprecher André Beyer ein Video produziert, das Groß und Klein auf eine Münchhausen-Entdeckungstour durch das Museum nimmt. Neben erstaunlich wahren Fakten zu dem „Lügenbaron“ werden einige der unterhaltsamen Geschichten Münchhausens vorgelesen. Das Video ist auf dem Youtube-Kanal des Ostpreußischen Landesmuseums abrufbar. Ein Zugriff auf den Kanal ist auch über die Website des Museums unter www.ol-lg.de möglich.

Passend zu dem Video fordert das Museum Kinder auf, an einem Schreibwettbewerb teilzunehmen. Eigene haarsträubende „Lügengeschichten“ können erfinden werden und unter der Mailadresse bildung@ol-lg.de an das Museum gesendet werden. Die drei besten Lügen- oder

Phantasiegeschichten werden prämiert und in einer gemeinsamen Lesung vorgestellt. Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2020.

Kontakt

Janina Stengel M.A., Volontärin Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. +49 (0)4131 7599528,
E-Mail: j.stengel@ol-lg.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 759950,
Fax +49 (0)4131 7599511,
E-Mail: info@ol-lg.de,
Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de
Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 €/ Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person

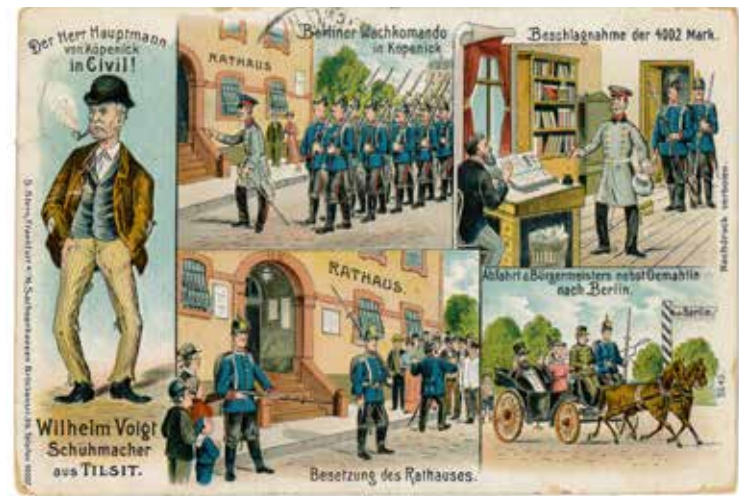
Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum
Folgen Sie uns auf Instagram: www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum

Kulturzentrum Ostpreußen

Seit der Wiedereröffnung der Residenz Ellingen für den Besucherverkehr sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich ebenfalls zu beachten.

Damit ist auch die diesjährige Sonderausstellung **„Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick“** wieder zu besichtigen, die Anfang März unmittelbar vor dem Lockdown noch eröffnet worden war.

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

Die Öffnungszeiten für diese Sonderausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des

Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:
Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr (auch an den Feiertagen).
Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstr. 9, 91792 Ellingen
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

INTERVIEW

„Du bist eine Granate“

Die russlanddeutsche Chansonsängerin Helena Goldt spricht über ihre Herkunft, die Karriere, ihr Repertoire und weitere Ziele

IM GESPRÄCH MIT HELENA GOLDT

Helena Goldt hat bereits in einigen großen Häusern auf der Bühne gestanden. Ihr Repertoire ist so vielseitig, dass es in keine Schublade passt. Im Folgenden stellen wir die Sängerin vor, die auch schon bei Vertriebenentreffen und in Königsberg aufgetreten ist.

Frau Goldt, Sie kommen ursprünglich aus Kasachstan, wo Sie die ersten Jahre Ihres Lebens verbracht haben. Inwiefern hat Sie das geprägt?

Nach Deutschland zu ziehen mit sechs Jahren war ein echtes Abenteuer. Das Aufwachsen in zwei Kulturen (die nicht gegensätzlicher sein könnten) prägte auch mein Verständnis von Freiheit, Weiblichkeit, Emanzipation sowie die politische Haltung. In Deutschland lernte ich meine Meinung zu äußern. Ich habe in frühen Jahren erfahren, was Verlust heißt, sich fremd und nicht verstanden zu fühlen. Aber das hat mich wiederum sensibel gemacht für mein Umfeld.

Wir sind in den 90er Jahren in eine katholische Kleinstadt im hohenlohischen Baden-Württemberg gezogen. Die Großeltern waren froh, endlich wieder Deutsche sein zu dürfen, und die Eltern mussten ironischerweise das Schicksal der Großeltern nacherleben: Sie kämpften mit ihrem starken russischen Akzent und anderen sowjetisch geprägten Gepflogenheiten. Dieser von beiden, Eltern und Großeltern, empfundene Schmerz des Heimatverlustes, der Verunsicherung im Allgemeinen, denn die Sowjetunion ist zerfallen, das ganze Geld war plötzlich nichts mehr wert, das sowjetische Kasachstan wurde plötzlich kasachisch und meiner Familie fremd, das ist auch Teil meines Lebens.

Meine Kindheit war eine Oper. Ein ständiger Wechsel zwischen Dur und Moll. Die Liebe zum Essen, Singen, Klavierspielen, Filmeschauen und Sport gehörten zum Alltag. Das Sinnlich-Musische hatte einen hohen Stellenwert und gab meinen Eltern die Hoffnung auf einen möglichen schnellen „Aufstieg“. Ich war talentiert im Zeichnen und Singen, da hieß es dann schnell: Du machst uns berühmt!

Sie haben eine klassische Gesangsausbildung. Was hat Sie dazu bewogen, Ihren Schwerpunkt auf Musik/Chansons und Schlager der 20er Jahre zu legen?

Ich wollte die Kunst wirklich leben, intuitiv, bewusst, wild und frei. So sehr ich sie liebe, ich fühlte mich in der Klassik in meinen Möglichkeiten, mich auszudrücken, eingeschränkt, sowohl stimmlich als auch kreativ. Ich wollte die verschiedensten Facetten meiner Stimme spüren und gleichzeitig etwas erschaffen. Eigentlich bin ich nicht der Typ, der anderen unbedingt eine eigene Sicht auf die Welt zeigen möchte. Ich finde meine Meinung nicht so wichtig. Es sei denn, ich merke, ich ziehe Menschen mit meiner Art an. Ich glaube, ich kann nicht anders, als ich selbst zu sein, und irgendwie passe ich damit in kein Raster. Deshalb musste ich mir eines kreieren. Die wilden 20er Jahre als Ausgangspunkt passen perfekt. Die Gratwanderung, der Tanz auf dem Vulkan, diese Spannung, die Leidenschaft, das zieht auch mich an.

Als das deutsche Kaiserreich durch die Weimarer Republik abgelöst wurde, empfanden viele den Regimewechsel als aufgesprengtes Korsett. Berlin in den Zeiten der neuen Freiheit erfand sich neu und wurde zur tosenden Weltstadt. Und ist es heute nicht auch ein wenig so? „Ich mach’ keine Witze, Flackersterne, kurze Blitze, so das Leben flitzeflitze, sprich zu dir aus voller Hitze: Einmal Bum, Leben rum, kleiner



FOTO:LENA OBEREN

Mal verführerisch, mal spitzbübisch, mal ausgelassen fröhlich: Helena Goldt zeigt auf ihrer CD „Gefährlich nah“ viele Facetten

Mensch weiß nicht warum ...“, heißt es in einem meiner Lieder. „Du bist eine Granate“, das beschreibt Berlin von damals und heute ganz gut, wie ich finde. Meine Lieder lehnen sich teilweise an die 20er Jahre an, aber ich höre genauso gern den alten Schlager und Chansons bis in die 70er Jahre hinein aus Europa, Russland und sogar aus dem Orient. Ich versuche in meiner Musik, die 20er Jahre neu zu denken. Man kann schon sagen, dass ich mit meiner Musik im Chanson oder Schlager der 20er bis 70er anknüpfe.

In einem Interview haben Sie einmal gesagt, dass Sie – ähnlich wie Helene Fischer den Schlager populär gemacht hat – das Chanson wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken möchten. Wie sehen Sie die Chancen, dass Sie Erfolg damit haben?

Ich denke, während Helene Fischer den Schlager mit besonderem Können und Anmut wieder salonfähig gemacht hat, sehe ich die Herausforderung im Genre Chanson, ihm durch einen aktuellen thematischen Bezug, durch Leichtigkeit und eine existenzielle emotionale Erfahrung neue Brisanz zu verleihen, um es einem größeren Publikum schmackhaft zu machen. Aufgrund der vielen Brüche in meiner Biografie bringe ich auch als junger Mensch die emotionale Tiefe und Reife mit, um damit glaubhaft zu sein. Und ich habe eine Vorliebe für den Glamour und die Eleganz der 20er bis 50er Jahre auf der Bühne. Darum handelt es sich in meinen Liedern: Ja zum Leben zu sagen, Hingabe zu spüren, mit allem, was kommt, weil wir nur ein Leben haben.

Bei Ihren Auftritten wechseln Sie nicht nur häufig zwischen den Genres Revue-, Chanson- oder Schlagersängerin, Sie schlüpfen dabei auch immer wieder in die Rolle verschiedener Frauentypen. Steckt in Ihnen auch eine Schauspielerin?

Eigentlich kann ich nur mich selbst spielen. Aber ich machte mit 14 Jahren eine Selbsterkenntnis. Ich war damals wie wohl jeder Teenie auf der Sinnsuche und eher im Widerstand gegen meinen eigenen Körper. Ich wollte sogar tatsächlich keine Frau werden. Denn das hatte so etwas Verwundbares. Im Verständnis meiner Mutter war damals auch eine Frau keine ganze Frau

„Ich bin Zuhause im Brückenschlagen ... zwischen mehreren, ... gegensätzlichen Kulturen“

ohne einen Mann. Ganz zu schweigen ohne ein Kind.

Mit männlich assoziierte ich „sein eigenes Ding zu machen, etwas zu erschaffen“ und mit einer Frau „zu jemandem zu gehören“. Ich war mir sicher, ich wäre ein viel besserer Junge und so beschloss ich: Wenn ich schon kein Junge sein kann, dann werde ich auch nicht erwachsen. Ich war schon ein bisschen verzweifelt und schmolte. Dann erblickte ich eines Abends im Spiegel eine Frau, die um die 50 war, sie strahlte so viel weise Zuversicht aus, sie wirkte stark und ihre Augen blitzten mich geheimnisvoll lächelnd an. Da wusste ich, ich werde ein spannendes Leben führen. Diese Frau war niemand anderes als ich selbst, nur älter. Mein (mögliches) späteres Ich sprach zu mir. Also fing ich an, Biografien zu lesen über starke Frauen, die die Welt bewegten und mich anregten: leidenschaftliche Lebenskünstlerinnen wie die mexikanische fantastische Malerin Frida Kahlo oder die französisch-amerikanische Schriftstellerin Anais Nin. Sie alle waren Anfang des 20.

Jahrhunderts ihrer Zeit voraus, indem sie etwas wagten, das sonst nur Männer taten.

Sie sind im vergangenen Jahr mit dem „Kaliningrader Sinfonieorchester“ des Dirigenten Arkadij Feldman aufgetreten und arbeiten mit dem Königsberger Konstantin Belonogow zusammen. Welche Verbindung haben Sie zu Ostpreußen?

Zum Einen gibt es den Bezug über Verfahren mütterlicherseits, zum Anderen aktuell über die Musik, die mich mit der Stadt Königsberg verbindet. Das Staatliche Sinfonieorchester unter der Leitung von Arkadij Feldman feierte 2016 das Geburtsjubiläum des Komponisten Werner Richard Heymann, der 1896 in Königsberg geboren wurde. Er arbeitete für die UFA als Filmkomponist, schrieb Operettenhits und später auch Musik für Hollywood, nachdem er als Jude vor dem Nazi-Regime dorthin ins Exil geflüchtet war. „Das gibt’s nur einmal“, „Irgendwo auf der Welt“, „Ein Freund, ein guter Freund“ oder „Liebling, mein Herz lässt dich grüßen“ sind Melodien, bei denen jeder mitsingen möchte.

Das deutsche Generalkonsulat in Kaliningrad beauftragte den Pianisten und Arrangeur des dort ansässigen Sinfonieorchesters Konstantin Belonogow, neue Arrangements für Heymanns Lieder für das Orchester zu schreiben. Die einzige Tochter Heymanns, Elisabeth Trautwein-Heymann, wurde eingeladen, und sie kam damals zum ersten Mal in die Heimatstadt ihres Vaters. Und ich durfte die Lieder als Solistin interpretieren. In dem Moment war mir klar: Ich bin nicht nur Sängerin, sondern auch eine Botschafterin, ich leiste Friedensarbeit. Bei dem Lied „Ein Freund, ein guter Freund“ sang ich im Duett mit einem deutschen Tenor, ich sang eine russische Strophe, das war schon sehr symbolisch und berührend für mich. Seit diesem Zeitpunkt sehe ich mich als Kulturbotschafterin der Russlanddeutschen. Wir

sind schon auch ein Stück weit Heimatlose, denn alle – immerhin etwa 200 Jahre alten – deutschen Siedlungen in Russland, die einst autonome deutsche Wolgarepublik, wurden aufgelöst und zerschlagen.

Was uns wieder ein Heimatgefühl geben kann, ist die Kultur, die eine Verbindung aus deutschem mit dem russischen und postsowjetischen Kulturgut ist. Ich bin Zuhause im Brückenschlagen, quasi unterwegs zwischen mehreren, wenn auch gegensätzlichen Kulturen. Inzwischen gab es weitere historisch bedingte musikalische Events. Ich durfte die Lieder von Anna German mit dem Orchester interpretieren. Sie war ein großer Star in den 60/70er Jahren und meine Eltern sangen ihre Lieder und verliebten sich ineinander. Ich, die ich inzwischen mehr deutsch als russisch bin, mit einem starken deutschen Akzent, sang also ein gänzlich russisches Programm vor einem 1000 Kopf großen Publikum im Dramentheater Kaliningrads. Ich wurde warmherzig und feierlich aufgenommen. Wir wiederholten das Programm im Königsberger Dom, in der Saratower Philharmonie, sprich im Herzen der einstigen Wolgarepublik, und sogar in Düsseldorf. Konstantin Belonogow hat bereits einige Male für mich Musik arrangiert. Nicht zuletzt trug er einige Arrangements zu meiner CD-Produktion „Gefährlich nah“ bei. Das Album habe ich im Sommer 2019 in Rom und Berlin mit kleinem Salonorchester produziert. Musikalischer Leiter war der Pianist Ludovico Fulci, der lange Jahre die internationalen Orchestertourneen von Ennio Morricone begleitet hat. Meine CD „Gefährlich nah“ kann man überall streamen, man findet mich auch recht aktiv auf Instagram (helena.goldt) und Facebook.

Aufgrund der Corona-Krise mussten Ihre geplanten Konzerte verschoben werden. Wie haben Sie die Zeit genutzt? Wie sehen Ihre Pläne für neue Projekte aus. Bleiben Sie Ihrem Thema „20er Jahre“ noch eine Weile treu?

Mein CD-Release- und Bühnenprogramm im Duo mit dem Pianisten Ludovico Fulci „Leben.Liebe.Leidenschaft“, das in einer Revue von den spannenden Frauen erzählt, wird am 15.8. in Berlin-Lübars (Open-Air), am 3.10. im Zeppelinhelm, Neu-Isenburg und 28.11. im B.Neumann Würzburg neben der Residenz aufgeführt. Weitere Termine folgen, abhängig vom aktuellen Stand der gesetzlichen Corona-Maßnahmen. Außerdem habe ich angefangen, an neuen Liedern zu schreiben, und hoffe, dass ein Hit dabei ist! Eine Zusammenarbeit mit The Capital Dance Orchestra hat in der Zwischenzeit begonnen. Das Orchester hat Größen wie Nina Hagen, Daniel Hope, Barbara Schöneberger, Bodo Wartke begleitet. Im September und Oktober 2020 kann man mich in WET, einer Variétéproduktion des GOP-Theaters in Essen, als Solistin erleben. Ich stelle eine singende „Diva“ in der Badewanne dar, inmitten einer Truppe von Akrobaten, Tänzern und Zirkusartisten. Und ich spiele eine Rolle in einem Buch, das am 15. September auf den Markt kommt: „Der innere Stammtisch“ von Ijoma Mangold, einem der bedeutendsten deutschen Literaturkritiker unserer Zeit.

Ich habe in der Corona-Zeit wie so viele Menschen die Zeit damit verbracht, nach innen zu kehren und mich zu fragen, was mir wichtig ist. Ich habe die Zeit bisher sehr schöpferisch genutzt, und nun freue ich mich umso mehr, bald wieder auf der Bühne zu stehen und von dort aus mit meiner Musik den Menschen „gefährlich nah“ zu kommen.

Das Interview führte
Manuela Rosenthal-Kappi
Infos unter „www.helenagoldt.de“

NATURWUNDER

Eiszeitzeugen im Pommerland

Die Spur mächtiger Steine zieht viele Besucher an

VON KARL-HEINZ ENGEL

Es kann vor ungefähr 12 000 Jahren Zufall gewesen sein, dass die skandinavischen Eiszeitgletscher den dicksten Findling des südlichen Ostseeraums im hinterpommerschen Groß Tychow [Tychowo] abgelegt haben. Eigentliche Ursache dafür war aber einsetzendes Tauwetter. Die einige Hundert Meter mächtigen Gletscher aus Eis, Schluff und Geröll büßten die Urgewalt an Schubenergie ein. Und so ruht der 700 Kubikmeter große und wahrscheinlich über 1000 Tonnen schwere Block seit jener Zeit unverrückbar auf dem Friedhof des Städtchens im früheren Kreis Belgard. Er rangiert auf Platz drei der größten europäischen Findlinge. Der 2500 Einwohner zählende Ort verfügt mit diesem pommerschen Riesen über ein ganz außergewöhnliches erdgeschichtliches Denkmal. Heimat- und Naturfreunde fühlen sich auch deshalb immer wieder zu Ausflügen dorthin animiert. Tiefengrabungen haben unterdessen ergeben, dass der überwiegende Teil des äußerlich pultartig beschaffenen Großeschiebes, so nennt man einen solchen Stein fachsprachlich, tief im Unterirdischen verborgen liegt. Wie also sieht der Tychower Koloss wirklich aus? Niemand weiß es. Fest steht aber, dass es sich in der Tat um einen höchsten Respekt gebietenden Eiszeitzeugen handelt. Während bei den alten Tychowern schlicht vom Großen Stein die Rede war, haben die Polen ihn heute nach dem populären dreigesichtigen Slawengott Trieglaw benannt. Der Stein diente den Slawen nämlich mit Sicherheit als Kultstätte.

Die Spur überformatiger Findlinge zieht sich kreuz und quer durchs Pommernland. Jedoch ging ein erheblicher Teil in der Vergangenheit verloren, weil er als Baumaterial Verwendung fand. So mancher Teufels-, Räuber- und Brüderstein verschwand damit von der Bildfläche. Dieses Schicksal ereilte auch den wohl mächtigsten, weit und breit als Wanderertröf beliebten Findling in der Stettiner Buchheide. Nach Professor Winkelmann, Verfasser eines 1905 erschienenen pommerschen Naturdenk-



Der Findling in Groß Tychow, einst Kreis Belgard – ein großer Teil ruht im Verborgenen unter der Erde

Foto: Karl-Heinz Engel

malverzeichnis, hatte er seinen Platz unweit der Straße Dobberpfuhl-Kolow. Sein Volumen: 167 Kubikmeter. Als die Siegessäule in Berlin errichtet werden sollte (Einweihung am 2. September 1873), besannen sich die Planer auf genau diesen Brocken. Steinschläger rückten an und brachen ihn in Stücke. Die gewonnenen Teile wurden, nachdem man sie weiter bearbeitet hatte, als Säulensockel für die Rotunde des markanten Denkmals verbaut.

Von einem ähnlichen Los war übrigens 40 Jahre zuvor der Große Markgrafenstein in den Rauenschen Bergen südöstlich von Berlin betroffen. Steinmetze fertigten aus ihm unter anderem die 75 Tonnen wiegende Granitschale für den Berliner Lustgarten. Sie wurde im November 1834 ihrer Bestimmung übergeben. Die überaus gediegene Arbeit findet nach wie vor viel Beachtung. Der 80 Kubikmeter große Rest des geopferten Findlings blieb den Rauenschen Bergen indes erhalten und kann dort noch immer bestaunt werden.

Doch zurück zur Stettiner Buchheide. Trotz der Baumaterialgewinnung beherrbergt das als Landschaftsschutzpark aus-

gewiesene Waldgebiet noch immer stattliche Findlinge. Sie tragen heute jedoch polnische Namen. Leicht zu finden ist der 700 Meter südlich von Höckendorf [Kleskowo] auf einem Waldhügel liegende Gronski-Stein. Er erinnert an den 1957 am Mont Blanc tödlich verunglückten Bergsteiger Stanislaw Gronski, der sich auch um die touristische Entwicklung Stettins verdient gemacht haben soll. Weitere zwei Kilometer südlich taucht an einem Wanderweg plötzlich der von Winkelmann als großer Stein erwähnte, heute Kamien Serce (Herzstein) genannte Block, zwischen Buchenstämmen auf. Er hat in der Tat die Form eines Herzens. Beide Findlinge sind etwa 30 bis 40 Kubikmeter groß, erreichen also bei weitem keine überragenden Maße. Spaltflächen und Sprenglöcher lassen aber vermuten, dass auch sie durch Menschenhand einiges an Mächtigkeit eingebüßt haben.

Für jene, die nach wirklich dicken pommerschen Brocken Ausschau halten, seien Exkursionen nach Vorpommern empfohlen. In Altentreptow etwa liegt unweit des Klosterbergs der mit 133 Kubikmeter Volumen mächtigste Festlandfindling des Landesteils. Der früher Bis-

marck-Stein genannte Klotz steckt ähnlich seinem Verwandten in Groß Tychow zu vielleicht zwei Dritteln im Erdreich. Die Stadt erwägt aber, den von Bornholm stammenden Granit zu heben, um ihn als Sehenswürdigkeit besser zur Geltung zu bringen.

Wer den absolut mächtigsten Findling Vorpommerns in Augenschein nehmen möchte, sollte indes an die Südküste der Insel Rügen reisen. Wie ein U-Boot dümpelt dort in der Ostsee vorm Seebad Göhren ein Buskam genannter rätselhafter Findlingsfels. Von ihm ging die Rede, dass er einen Rauminhalt von über 600 Kubikmeter aufweist. Damit käme er dem Groß Tychower sehr nahe. Da er 300 Meter vom Strand entfernt im Wasser ruht, und er nur seinen von Möwenkot geweißten Rücken zu erkennen gibt, sieht man ihm ein solches Supermaß jedoch nicht an. Die Ermittlung seiner wahren Größe bereitete indes auch Schwierigkeiten. Neue Messungen haben nun ergeben, dass sich der Buskam mit lediglich 206 Kubikmeter Rauminhalt begnügen muss. Der steinernen Riese im hinterpommerschen Groß Tychow bleibt also ohne Konkurrenz.

ZUM 350. TODESTAG

David Mevius – Symbolfigur der Rechtsprechung

David Mevius entstammte einer namhaften Greifswalder Juristenfamilie, erlangte als Greifswalder Juraprofessor und Vizepräsident des Wismarer Oberappellationsgerichts für die Rechtsprechung in Norddeutschland über seinen Tod vor 350 Jahren hinaus eine richtungsweisende Nachwirkung. Er orientierte sich am „Lübschen Recht“, verfasste Spruchsammlungen und zahlreiche Rechtschriften und wurde im Greifswalder Rubenowdenkmal als Symbolfigur der juristischen Fakultät verewigt. Da wundert es nicht, dass sich bis heute auch einige Schriften immer wieder mit seinem Wirken und seiner Bedeutung über Pommern und Mecklenburg hinaus für ganz Norddeutschland befassen.

David Mevius wurde am 6. Dezember 1609 in Greifswald geboren. Er war der zweite Sohn seiner Eltern. Friedrich Mevius, sein Vater, war Juraprofessor und über Jahrzehnte Inhaber des Juralehrstuhls an der Greifswalder Universität. Er war verheiratet mit Elisabeth Rhaw, der Tochter eines anderen Greifswalder Pro-

fessors. Das war die Mutter des jungen David, der nach dem Besuch der Lateinschule zunächst in Greifswald ein Theologiestudium begann und dann aber ebenfalls dem Vorbild des Großvaters und Vaters folgte. Der Professorensohn wechselte noch in Greifswald zu den Rechtswissenschaften, beendete sein Studium an der Universität in Rostock und erwarb den Doktorhut für beide Rechte. Der ausufernde Dreißigjährige Krieg bewog ihn dann aber zu umfangreichen Reisen zu Universitätsorten ohne Kriegsbelastungen, wo er seine Rechtskenntnisse vervollkomnete. Nach Besserung der heimischen Verhältnisse kehrte Mevius 1635 nach Greifswald zurück, wo er an der juristischen Fakultät mit einer Lehrtätigkeit betraut wurde. Mit seinen Kenntnissen und vor allem mit seinem stetigen Praxisbezug stach er hervor. Mit Folgen. Nach dem Tod von Friedrich Gerschow, der als Syndikus der Universität, als mehrfacher Universitäts-Rektor, Chronist der pommerschen Geschichte und letzter Lehrstuhlinhaber hervorgetreten war, galt der

junge Mevius als erste Wahl für dessen Nachfolge als Chef des Lehrstuhls. So wurde er mit noch nicht einmal 27 Jahren o. Professor mit Lehrstuhl. Der Aufsteiger enttäuschte nicht. Auf der Grundlage der nunmehrigen Einkommens- und Laufbahnsicherheit heiratete er. Dann aber legte Mevius in seinem Fach so richtig los.

Der Jurist, der um die Vorzüge des Lübecker Rechts wusste, verfasste einen entsprechenden Kommentar, der für die pommersche Rechtsprechung richtungsweisend wurde, und gewann außer als Universitätslehrer auch schnell als Rechtspraktiker einen überregionalen Ruf. Das wurde durch immer neue Veröffentlichungen begleitet.

Zur Tätigkeit in Greifswald kam die Berufung zum Syndikus der Hansestadt Stralsund. Der Norden entlang der Ostseeküste von Pommern bis vor die Tore Rostocks wurde in der Rechtsprechung Meviusland. Das breitete sich bis ins Hinterland aus. Als Schweden dann weite Teile des Nordens besetzte und für die schwedischen Territorien ein Oberappel-

lationsgericht einrichtete, berief man Mevius zum Vizepräsidenten der Einrichtung, die in Wismar angesiedelt wurde. Nun zog der Jurapapst von Greifswald und Wismar aus seine Kreise. Mit erstaunlichen Folgen. Mevius sorgte zunächst in Wismar für eine überaus fortschrittliche Gerichtsordnung, legte eine umfassende Entscheidungssammlung des Tribunals an, die dann zu seinen Lebzeiten sechs Bände umfasste und bald die ganze Rechtsprechung im Norden beeinflusste. Bei schwierigen Fällen schauten die Richter überall bei Mevius nach, um Fehler zu vermeiden.

Fast nebenbei sorgte der Macher in schwarzer Robe auch noch für eine Kodifikation des mecklenburgischen Landrechts. Das war eine Zusammenfassung von Rechtsnormen. Er war theoretisch, rechtspraktisch, gerichtsorganisatorisch und auch als Verfasser von Rechtsschriften überaus produktiv. Zwischendurch heiratete er nach dem Tode seiner ersten Frau zwei weitere Male. Aus den Ehen gingen fünf Kinder hervor.

NEUES AUS KOLBERG UND UMGEBUNG

Blaue Flaggen für Kolberg

Seit ein paar Jahren vergibt das internationale Gremium in Kopenhagen das renommierte Gütezeichen. Die Blaue Flagge ist ein Umweltzeichen aus dem Bereich des nachhaltigen Tourismus, das jedes Jahr an Strände, an Küsten, Binnengewässer und Marinas vergeben wird, die in der vorangegangenen Saison Standards hinsichtlich Umweltbildung, Umweltmanagement, Dienstleistungsgüte und Wasserqualität eingehalten haben. 2020 wurden 25 Strände und 7 Marinas in Polen mit der Blauen Flagge ausgezeichnet. In Kolberg wurden 3 Blaue Flaggen gehisst: am Oststrand, am Weststrand in unmittelbarer Nähe zur Fachoberschule für Seefahrt sowie in der Marina.

Yachthafen am Kamper See ist eröffnet!

Am Kamper See in Kolberger Deep [Dźwierzyno] wurde unlängst das neue Zentrum für Tourismus und Wassersport eröffnet. Zur großen Eröffnungsfeier kamen u. a.: polnische Parlamentsabgeordnete und Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen, Mitglieder der Segler-Clubs sowie ausländische Gäste: Friedrich-Carl Hellwig, Bürgermeister von Barth in Deutschland, und Sigitas Seputis, stellvertretender Bürgermeister von Heydekrug [Silute] in Litauen. Den Bau der neuen Marina ermöglichte das Förderungsprogramm BALTIC FOR ALL. Nachdem das Band durchschnitten war, stachen junge Segler vom Segler-Club BLEKITNI zu einer Regatta in See.Zahlreiche Boote der Klassen Opti, Laser und Motte, aber auch Wind-Surfer feierten an diesem Tag mit. Die Bauarbeiten dauerten drei Jahre, die Kosten beliefen sich auf insgesamt 15 Mil. Zloty. Einen Teil davon in Höhe von 4,7 Mil. Zloty übernahm das Marschallamt der Westpommerschen Wojewodschaft. Eines steht fest: Es hat sich gelohnt. Die Marina sieht richtig schön aus und ist eine Bereicherung für Kolberger Deep. *Kolberger Nachrichten*

Martin Stolzenau

„Es muss mehr davon an die Öffentlichkeit“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Seit einigen Wochen bin ich Abonnent der PAZ und sehr zufrieden!“

Peter Reizlein
zur PAZ allgemein



Ausgabe Nr. 32

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WICHTIGE FAKTEN

ZU: LÜGEN, IRRTÜMER UND VÖLLIGE VERBLENDUNG (NR. 32)

Als relativ neuer Abonnent der PAZ bin ich jedes Mal fasziniert vom stets treffenden Journalismus dieser Zeitung. Mein ganz besonderer Dank gilt heute dem Autor Rolf Stolz. So kompakt und schlüssig habe ich das Thema „Antifa“ noch nie erfahren. Wenn ich diese Informationen mit dem „Gelernten“ aus der Schul- und Studienzeit in der DDR saldiere, entsteht nun bei mir ein wesentlich klareres Verständnis für die historischen Zusammenhänge. Nochmals herzlichen Dank! Ich freue mich schon heute auf die nächste Ausgabe der PAZ. *Peter Herfurth, Woltersdorf*

BRILLANTE ANALYSE

ZU: WOCHENRÜCKBLICK (NR. 32)

Der letzte Wochenrückblick von Hans Heckel „Das ansteckende Pappschild“ ist brilliant! Mit wenigen Zeilen werden verschiedene Themen aufgespießt und die Absurdität bloßgestellt. *Peter Reizlein, Wiendorf*

MUTMACHEND

ZU: WOCHENRÜCKBLICK UND AUFMACHER (NR. 32)

Danke für den brillanten Artikel „Das ansteckende Pappschild“ von Hans Heckel! Das Lesen tat sooo gut! Endlich einmal eine auf den Punkt gebrachte kritische Sicht zur Demonstration in Berlin am 1. August. Kritiken zum Thema Pandemie von Menschen unserer Gesellschaft, Mediziner, Juristen, Kinder- und Jugendpsychologen und anderen werden schnell gelöscht im Netz und der Gruppe der Verschwörungstheoretiker zugeordnet, ohne gesunden Menschenverstand, einfach Covidioten (was für ein Eigentor der SPD ist Letzteres). Machen Sie bitte weiter so, es muss mehr davon an die Öffentlichkeit. Es muss Schluss damit sein, uns Deutsche Tag für Tag mit Horrornachrichten und

Drohungen unter Dampf zu halten. Auch der Artikel „Eine unerwartete Herausforderung für Regierung und Opposition“ von Herrn Nehring ist einfach hervorragend und mutmachend.

Manfred und Gisela Löffelmacher, Flensburg

ERFOLGREICHER WIDERSTAND

ZU: 100 JAHRE FRIEDEN VON SÈVRES (NR. 32)

So weit, so gut. Man muss aber auch sehen, das nach 1918 die Spanische Grippe überall tobte und noch mehr Tote als der Erste Weltkrieg forderte. Franzosen und Briten waren finanziell stark angeschlagen, ohne die Repressionszahlungen aus Deutschland wäre das in Frankreich noch ganz anders gelaufen. Die Bevölkerung war absolut kriegsmüde und hatte keine Lust, weitere Belastungen im „Fernen Orient“, wo der Hund verfroren ist, aufzunehmen. Die Griechen wiederum waren einfach zu gierig und hätten sich mit den Ionischen Gebieten an der Westküste der Türkei, die sie seit 2500 Jahren (!) besiedelten, zufriedengeben sollen und haben die noch vorhandene militärische Handlungsfähigkeit der Rest-Osmanischen Armee komplett unterschätzt. Kemal Attatürk wiederum hatte von vornherein das heutige Gebiet der Türkei im Sinn und hat dem Verlust der Altlasten keine Träne hinterher geweint. Vielmehr hatte er geglaubt, so auch den Islam weiter verdrängen zu können und sein Volk nach westlichen Vorbild in die Moderne hieven zu können, was bis heute nach seinem Tod komplett gescheitert ist. Die Kurden warten bis heute auf ihren Staat. Die Armenier wurden für den an ihnen begangenen Völkermord in keiner Weise entschädigt. In Bulgarien und Griechenland lebt zudem eine große Minderheit Türken, die zunehmend Probleme macht und damals eigentlich abgeschoben werden sollte. Zu guter Letzt hat der MIT nichts Besseres zu tun, als im Kaukasus, seit die Russen weg sind, überall neue „Ölfässer anzuzünden“. Und weil das immer noch nicht reicht, wird sich

gleich noch mit den Syrern und den Völkergemisch im Nordirak angelegt. Das ist eine hochexplosive Mischung, die jederzeit Kleinasien ins Inferno stürzen kann; nicht nur, aber auch, weil damals alles politisch verpfuscht worden ist, was nur zu verpfuschen war.

Siegfried Hermann, Heydekrug

SEHR ÜBERZEUGEND

ZU: AUCH NICHTMITGLIEDER ZAHLEN MILLIONEN AN DIE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN (NR. 10)

Als Ergänzung sollte erwähnt werden, dass eigentlich nach 1949 nur die DDR die Regelung vom 11. August 1949 als einen Inhalt der deutschen Verfassung berücksichtigt: „Es besteht keine Staatskirche“ (Art. 137). Die Bundesrepublik missachtete diesen Grundsatz. Die Begründung, die im PAZ-Artikel genannt wird, dürfte unter aktuellen Aspekten sehr überzeugend sein, die Kirchen zur Loyalität zu verpflichten. Deshalb darf sich zum Beispiel der Herr der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, mit Hilfe von Steuergeldern auch als Schleuser im Mittelmeer betätigen. *Manfred Kristen, Freital*

FALSCHES SCHLÜSSE

ZU: „EINE PARTEI AM SCHEIDEWEG“ (NR. 32)

Klaus-Peter Schöppner wünscht sich die AfD als eine Kuschelopposition, die sich von ihrem „rechtsnationalem Flügel“ trennen sollte. Diese bereinigte Partei soll dann mit dem Risiko einer Halbierung der Wählerstimmen (!) „entweder als Mehrheitsbeschafferin oder als konservatives Korrektiv einer für viele zu weit nach links gedrifteten CDU“ fungieren. Wie desinteressiert die Unionsführung an einem solchen konservativen Korrektiv ist, sieht man allein an ihrer schmählichen Behandlung der „Werteunion“. Aber selbst wenn dieses Konzept aufginge: Wer angesichts der katastrophalen Regierungspolitik ein

paar Korrekturen für ausreichend hält, um unser Land aus dem Schlamassel zu holen, scheint den Ernst der Lage nicht erkannt zu haben, geschweige denn einen politischen Realitätssinn zu besitzen. Nicht nur, daß die Halbierung der AfD-Wählerstimmen in den meisten westlichen Bundesländern und auch auf Bundesebene bedrohlich Nahe in Richtung 5-Prozent-Hürde zeigen würde und damit die Chancen auf eine Politikgestaltung wie Butter in der Sonne schmelzen würden, ist der FDP/Grünen-Vergleich vollkommen schief, da er auf ganz anderen politischen Grundvoraussetzungen und parteipolitischen Konstellationen beruht(e). Die angeblich „realpolitischen“ Vorschläge entpuppen sich somit wieder einmal als reine Traumtänzereien.

Heiko Luge, Berlin

KEINE ANERKENNUNG

ZU: 70 JAHRE CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

Für semi-religiöse und pathetische Erklärungen bekommt man vorgespielte Anerkennung, wohlfeilen Zuspruch und manchmal auch den berüchtigten feuchten Händedruck, das war es dann aber auch schon. Absolute Machtlosigkeit lässt sich durch solche Verlautbarungen weder verändern noch in irgendeiner Weise kaschieren. Das Ergebnis war und ist ja auch entsprechend gewesen. Die Dinge wären ohne diese und andere Erklärungen genauso gelaufen. Es handelte sich dabei ausschließlich um Wolkenschiebereien, die dem eigenen schweren Schicksal geschuldet waren. Dem totalen Besitzverlust folgte im zeitlichen Abstand der Verzicht auf jede Form von Restitution. Persönlich wollte sowieso kaum jemand zurück, da die politischen und rechtlichen Verhältnisse in den kommunistischen Staaten nicht akzeptabel waren. Nach der Wende haben sich einige Wenige aufgemacht, um ihr Recht auf Heimat wahrzunehmen. Das Kapitel ist abgeschlossen, die gesamte Aktion wurde so durchgeführt, wie sie geplant war. *Jan Kerzel*

ANZEIGE

Der ewige Traum vom sozialistischen Klassenkampf – jetzt finanziert mit Ihren Steuergeldern!

■ Im Jahr 2001 öffnete die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer der linksextremen Szene die Steuertöpfe. Seitdem hat die Antifa einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Linksextreme Gruppierungen, die Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Polizei, Bundeswehr und Deutsche Bahn verüben, wurden damals bereits eingeplant und vorsorglich dem effektiven Zugriff durch den Verfassungsschutz entzogen.

Bei der Revolution gegen die freie Gesellschaft soll nichts mehr dem Zufall oder gar dem Wählerwillen überlassen werden.

Die radikale Linke nistete sich in allen Bereichen der Gesellschaft ein und hat den Staat gekapert. Erste Erfolge zeichnen sich bereits deutlich ab: ausgehebelte Asylgesetze, unterwanderte Verfassungsgerichte, Gesinnungsjournalismus, verharmloste linksextremistische Gewalt.

Antifa: Terror und Gewalt, vom Staat bestellt und bezahlt!

Jahrelange Recherchen des Linksextremismus-Experten Christian Jung enthüllen schier Unglaubliches:

- ◆ Der »Kampf gegen Rechts« begann mit einer Lüge ... der viele weitere folgten.
- ◆ Früher kamen die Millionen für den Linksextremismus aus der DDR, heute über die Steuergelder von jedem Bundesbürger.
- ◆ Sicherheitsbehörden und Verfassungsschutz manipulieren die Zahlen linksextremer Straftaten.

- ◆ Der Verein eines Antifa-Autors, der Millionen aus der Staatskasse erhält.
- ◆ Eine frühere RAF-Sympathisantin verdient heute ihr Geld in der Asylindustrie – finanziert von der »Sparkasse«!
- ◆ Wie Behörden linksmotivierte Straftaten gegen Polizeibeamte verheimlichen.
- ◆ Ob bei der SPD, den Grünen oder den Linken: Bundestagsbüros als Extremistentreffs.
- ◆ Ein Linksextremist der Antifa als *Tagesschau*-Reporter.
- ◆ Linksextremes aus dem Äther: GEZ-Gebühren fürs Antifa-Radio.
- ◆ Wie kommen Verfassungsfeinde zum Verfassungsschutz?
- ◆ Wie Linksextremisten Verfassungsrichter werden.
- ◆ Internes aus dem Verfassungsschutz: Ein Gutachten entlarvt die Meinungspolizei.

Christian Jung deckt die Vernetzung der linksextremen Szene mit staatlichen Institutionen und Parteien auf. Er beleuchtet deren Einfluss auf Sicherheitsbehörden, Verfassungsgerichte und Mainstream-Medien.



Christian Jung: Staats-Antifa gebunden • 285 Seiten • Best.-Nr. 980 500 • 19.99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

VON HELGA SCHNEHAGEN

Als Schweden nach dem Wiener Kongress am 23. Oktober 1815 seine Besitzungen in Vorpommern feierlich an das Königreich Preußen übergab, wurde Rügen preußisch und Schwedisch-Vorpommern hieß fortan Neu-vorpommern. Mit der Zugehörigkeit zu Preußen begann für Rügen eine neue Blütezeit. Preußens Könige bewunderten die Naturschönheiten der Insel und ließen ihre Herrschaft durch Denkmäler verklären.

Friedrich Wilhelm IV. war sicherlich einer der größten Insel-Fans. So schrieb er an seine Frau Elisabeth: „Ich bin mehr wie je für die Schönheit von Rügen empfänglich.“ Er war nicht der Einzige: 1911 erklärte Landrat Freiherr von Maltzahn die „Süd- und Ostküste der Insel Rügen“, die „Insel Hiddensee“ und den Bereich „Bergen-Rugard“ zu landschaftlichen Schutzbezirken, damit Millionen und Abermillionen Volksgenossen im Ablauf künftiger Jahrzehnte keine Enttäuschung bereitet werden müsse. Heute schützen die Insel samt Hiddensee die Nationalparks „Vorpommersche Boddenlandschaft“ und „Jasmund“ – sein Buchenbestand ist seit 2011 sogar Unesco-Weltnaturerbe – sowie das Biosphärenreservat „Südost-Rügen“.

Friedrich Wilhelm IV. war es auch, der bei Neukamp und Groß Stresow nahe Putbus zu seinem Geburtstag am 15. Oktober 1854 und 1855 je eine Preußensäule aufstellen ließ. Die eine für Kurfürst Friedrich Wilhelm, die andere für König Friedrich Wilhelm I., die Rügen 1678 und 1715 siegreich gegen die Schweden verteidigt hatten. Der Hinweis, dass sie im Bund mit Dänemark waren und diesem die Insel überließen, fehlt jedoch. Nach ihrer Restaurierung wurden die Säulen 2014/2015 wieder aufgestellt.

Den Keim zum blühenden Badeleben legte Fürst Wilhelm Malte I. zu Putbus (1783–1854). Seit dem 14. Jahrhundert waren die von Putbus die größten Landbesitzer Rügens. Bis zur Bodenreform 1945 war ihr Grundbesitz mit mehr als 18.000 Hektar sogar der größte in Pommern. Sie waren Herren über das Residenzschloss in Putbus, 1962 gesprengt, Schloss Spyker, heute Schloss-Hotel, und das 1837/1846 erbaute Jagdschloss Granitz, das man schon im späten 19. Jahrhundert für Touristen öffnete. Seitdem zieht es Besucher magisch an: 1895 waren es rund 13.500, 1905 etwa 22.500 und 2019 über 250.000 im Jahr.

Malte I. war bereits zur Schwedenzeit ein mit Titeln und Ämtern überhäufter Mann. 1807 in den schwedischen Fürstenstand erhoben, bestätigte Friedrich Wilhelm III. am 24. Januar 1817 den Fürstenstand auch für Preußen, ebenso die Würde eines Erblandmarschalls für Vorpommern, womit er das Prädikat „Durchlaucht“ und den Vorsitz im künftigen Landtag erwarb.

Nach der Geburt seines Sohnes und Erbfolgers legte Malte I. auf Rügen eine Residenzstadt an. Der „Gründungsakt“ von Putbus war eine Zeitungsanzeige vom 3. November 1808, mit der er um Bewohner für seine neue Stadt warb. Arbeitsamen Tagelöhnern und Handwerkern sowie anständigen Familien versprach er annehmbliche Bedingungen in einer angenehmen Umgebung, vorausgesetzt, sie brächten hinlängliche Beweise eines ordentlichen und stillen Betragens bei.

Doch nur ein Brau- und ein Maurermeister ließen sich 1809 und 1810 im zukünftigen Putbus nieder. Alle anderen Bauten entstan-



Zeugt von der Vergangenheit als mondänes Seebad: die Bäderarchitektur in Sassnitz

Foto: action press

Mehr als nur Kreidefelsen

Rügens Badehäuser – Den Grundstein zu den Seebädern auf der Ostseeinsel legte Fürst Malte I.

den in der Preußenzeit zwischen 1815 und 1860. Europas letzte Planstadt ist ein Kleinod klassizistischer Baukunst. Eines der Kavalierhäuser am kreisförmigen Circus-Rondell der „Weißen Stadt“ dient Maltes Nachfahren heute als Familien- und Verwaltungssitz. Die Familie hatte es zusammen mit geringen Teilen ihrer Ländereien nach der friedlichen Revolution zurückgekauft.

Da es mit Handwerk und Gewerbe nicht so richtig klappte, machte Malte I. seine Residenz zum Badeort. Dazu ließ er 1816 in Putbus ein Wannenbad errichten, wo man in aufgewärmtes Seewasser steigen konnte. Die Warmbäder kamen gut an und so legte er kurz darauf im gut zwei Kilometer entfernten Ortsteil Lauterbach den Grundstein für ein größeres Badehaus. Mit Bedacht wählte er dazu den 3. August 1817, den Geburtstag von Friedrich Wilhelm III. Mit der Einweihung des Badehauses in der Goor, wie der dortige Küstenwald heißt, bekam Rügen 1818 sein erstes Seebad. Auf Antrag durfte es Friedrich-Wilhelm-Bad heißen.

Kaiserin Auguste Victoria zu Besuch

Während das Badehaus in Putbus per Pferdefuhrwerk fassweise mit Seewasser versorgt werden musste, floss es in Lauterbach über Rohre direkt in die Wannen. Aus dem alten Badehaus in Putbus wurde später eine Schule. Hinter der historischen Kolonnade des Badehauses in der Goor befindet sich seit

2007 wieder ein Wohlfühl-Tempel in Gestalt eines eleganten Wellness-Hotels.

Am benachbarten Neuendorfer Strand konnte man schon damals direkt im Meer baden. Ab 1815 wurden dort Badezelte für Herren und Badekarren für Damen aufgestellt. So richtig florierte Lauterbach am Rügischen Bodden allerdings offenbar nie. Schon in den 1830er Jahren nahm der Badebetrieb stark ab und Putbus entwickelte sich mehr zum Kur- und Erholungsort. Ab 1840 verlagerte sich das Baden dann noch mehr ins offene Meer, wo der „Wellenschlag“ stärker war. Auch das gesellschaftliche Leben spielte sich mit den Jahren zunehmend am Strand, auf der Promenade und der Seebrücke ab.

Selbst Friedrich Wilhelm III. hatte „sein“ Bad 1820 nur einmal besucht, zusammen mit seinen Söhnen und späteren Nachfolgern Friedrich Wilhelm (IV.) und Wilhelm (I.). Für Friedrich Wilhelm IV. war Putbus dagegen über viele Jahre so etwas wie eine Sommerresidenz. Auch seine Nachfolger Wilhelm I. und Friedrich III. – als Kronprinz – waren häufig in Putbus zu Gast.

Wilhelm II. und seine Familie bevorzugten schon das Seebad Sassnitz, das dem Friedrich-Wilhelm-Bad bereits den Rang abgelassen hatte. „Nach Rügen reisen, heißt nach Sassnitz reisen“, schreibt Fontane 1895. Zwischen 1860 und 1890 war Sassnitz Deutschlands exklusivstes Seebad. Doch je leichter Sassnitz erreichbar wird, desto mehr verliert es seinen „distinguirten Charakter“ und damit die „regelmäßigen Besuche aus den ersten Gesellschaftsklassen“, warnte schon 1885 der Stubnitzer Amtsvorsteher Kühlwein.

Zwar verbrachte Kaiserin Auguste Victoria mit ihren fünf Söhnen 1890 noch die Sommermonate in Sassnitz. Doch Kühlweins Befürchtungen traten ein und Binz sollte nicht zuletzt wegen des breiten Sandstrandes Sassnitz den Rang ablaufen. Sassnitz, dem der Sandstrand fehlt, punktet heute mit seinem Stadthafen als Mischung aus Fischerei- und Tourismushafen sowie dessen Hafenviertel mit Kneipen, Restaurants und frischem Fisch.

1911 übertraf Binz mit 25.678 Badegästen erstmals Sassnitz, Rügens seinerzeit mit Ab-

stand größtes Seebad, mit 23.439 Besuchern. Zwischen den Weltkriegen erreichte die Zahl der Badegäste von Binz 1928 ihren Höchststand. 39.550. Diese reisten nun nicht mehr nur per Schiff oder Bahn an, sondern setzten sich auch schon ins Auto oder Wasserflugzeug. Der Selliner See diente ab 1926 als regulärer Wasserflughafen. Heute ist Binz Rügens größter Badeort mit 15.400 Gästebetten und jährlich 2,6 Millionen Übernachtungen (2019).

Bismarcks Putbuser Diktat

Auch in Binz hatten die von Putbus in das Geschehen eingegriffen. 1882 fing Fürst Wilhelm Malte II. an, Bauland für den neuen Badeort, wie sich Binz ab 1884 offiziell nennen durfte, zu verkaufen. 1888 übertrug er das Geschäft der eigens vom Berliner Bankhaus Friedländer und Gebrüder Sommerfeld gegründeten „Aktiengesellschaft Ostseebad Binz“.

Zur Eröffnung des neuen Kurhauses am 21. Juli 1890 reiste sogar Kaiserin Auguste Victoria von Sassnitz aus mit einem Schiff an. Kurz darauf machte die Bank pleite und die Brüder Sommerfeld nahmen sich das Leben. Binz erblühte dennoch und versprüht seinen historischen Charme in einem ganzen Ensemble strahlender Bäderarchitektur. Das inzwischen zum Luxushotel sanierte Kurhaus ist bis heute ein Wahrzeichen von Rügen geblieben.

Doch Otto von Bismarck hatte es 1866 noch einmal nach Putbus gezogen. Die Familie bewohnte das Gartenhaus, das Malte I. an der Ostseite des früheren Küchengartens hatte erbauen lassen. Bald schon war es zum Gästehaus geworden und Bismarck diktierte hier seiner Frau Johanna die Grundgedanken für die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die fünf Jahre später in der Verfassung des Deutschen Reiches fruchteten. Heute Rosencafé, erinnert eine Gedenktafel an das Putbuser Diktat.

● **Buchtipp** Fritz Petrick, „Rügens Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in fünf Teilen“, Teil 4: Rügens Preußenzeit 1815–1945, Putbus/Insel Rügen: rügendruck gmbH, 2010, 184 Seiten



Badehaus Goor in Lauterbach

Foto: Schnehagen

FÜR SIE GELESEN

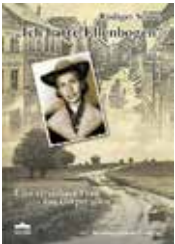
Ostpreußen
im Herzen

Das Buch „Ich hatte Ellenbogen“ ist eine Hommage eines Sohnes an seine Mutter. Das wäre kein Grund, es zu lesen. Es ist aber viel mehr: Rüdiger Stüwe, pensionierter Lehrer in Hamburg, setzt sich nachdenklich und kritisch-selbstkritisch mit seiner Mutter, seiner Familie und insbesondere seiner ostpreußischen Herkunft auseinander.

Das eigentliche Thema sind die Jahre nach Flucht und Vertreibung aus der Heimat, das schwierige Ankommen in der „Kalten Heimat“ (Andreas Kossert). Hier gelingt es dem Verfasser, die Atmosphäre von Nachkriegszeit und beginnendem Wirtschaftswunder in einer Kleinstadt in der Lüneburger Heide einzufangen und diese mit bestimmten Charaktereigenschaften seiner Mutter (und seiner Tante) zu verbinden, die sich vielleicht als typisch „ostpreußisch“ beschreiben lassen, auf jeden Fall aber das Bild einer Kämpfernote entstehen lassen, die sich eben nicht unterkriegen, die sich nicht die Butter vom Brot nehmen ließ und die sich auch im ländlich-konservativen Schneeverdingen ihren Stand erarbeiten (besser erkämpfen) konnte. Beispielsweise kam eine zweite Heirat für die Witwe nicht in Frage – ihre Freiheit wollte sie sich nicht mehr nehmen lassen, und dafür wurden auch soziale Nachteile in einer „Ehepaargesellschaft“ in Kauf genommen.

Das alles schildert Stüwe auf vergnüglich-reflektierte Art und Weise und geizt dabei nicht mit anschaulichen Anekdoten, wie dem selbstbewussten Auftreten beim Sonntagsspaziergang in der Heidelandschaft oder dem Kampf mit den Behörden. Die Nachkriegsgeschichte wird dabei in vielen kleinen Rückblicken mit den Erlebnissen und Erinnerungen an die ostpreußische Heimat verwoben, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wiederentdeckt und bereist wird. Die besondere Stärke dieses Erinnerungsbandes ist die Verbindung von Reflexion und Humor. Stellenweise mag man nur laut loslachen (oder weinen), insgesamt gewinnt der Leser großen Respekt vor der Lebensleistung dieser Frau Stüwe, die als junge Witwe völlig neu anfangen musste, die sich aber ihren Platz in Schneeverdingen erkämpfte und diesen behielt – dabei im Herzen immer Ostpreußen mit sich tragend. Genauso wie ihr Sohn. CS

Rüdiger Stüwe:
„Ich hatte Ellenbogen. Eine streitbare Frau aus Ostpreußen“, Autobiographische Erzählung, Anthea-Verlag, Berlin 2019, brotschiert, 180 Seiten, 14,90 Euro



Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

WISSEN

Geschichte
der Erde

Warum die Dinosaurier verschwanden, wann das Universum entstand und viele andere Fragen beantwortet Christopher Lloyd



FOTO: SWADER

Allumfassendes Wissen „Einfach alles Die Geschichte der Erde, Dinosaurier, Roboter und zu vieler anderer Dinge, um sie hier aufzuzählen“, so heißt das Buch des englischen Wissenschaftsjournalisten Christopher Lloyd. Wie alt ist das Universum, wohin sind die Dinosaurier verschwunden, war das Mittelalter wirklich so dunkel und unendlich viele Fragen mehr, werden in diesem Werk beantwortet. Der Autor beginnt tatsächlich mit dem Urknall vor 450 Millionen bis 13,8 Milliarden Jahren. Selten hat ein Schriftsteller den Anfang des Universums so eindrucksvoll beschrieben. Der Leser soll sich einen riesengroßen Häcksler vorstellen, der alles, was ist, zu einem winzigen Ball zerquetscht. Wenn auch noch Galaxien, die

Milchstraße mit allen Sonnen zu einem I-Tüpfelchen zusammengesprengt seien, hätten wir den Zustand vor dem großen Knall.

Was davor geschah, kann leider der Autor, wie auch sonst niemand, nicht beantworten. Doch schafft es Lloyd, die Entstehungsgeschichte amüsant, spannend und detailliert zu erklären, dass sogar ansonsten trockene Fakten leicht zu verstehen sind. Die Texte sind sehr verständlich und ansprechend, sodass Jugendliche, junge Erwachsene und auch ältere Menschen von diesem Wissensstrudel mitgerissen werden. Zahlreiche Karten, Abbildungen und Fotos machen den Inhalt anschaulich.

Die Abschnitte sind in verschiedenen Farben gehalten, die es leicht machen, die Kapitel aufzufinden. Alle sind spannend und informativ. Im 15. und letzten Bereich „Fortsetzung folgt“ gesteht der Autor, dass es einige Geschichten gäbe, die offen bleiben müssten. Doch wer weiß, vielleicht gibt es ja bald einen Nachfolgebild dieses amüsanten, unterhaltsamen und äußerst lehrreichen Werkes.

Silvia Friedrich

Christopher Lloyd: „Einfach alles! Die Geschichte der Erde, Dinosaurier, Roboter und zu vieler anderer Dinge, um sie hier aufzuzählen“, wbg Theiss Verlag, Hardcover, 224 Seiten, 25 Euro

POLITIK

Gefahr einer schleichenden Selbstjustiz

Ex-Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier warnt vor negativen Entwicklungen in unserer Gesellschaft

VON BERND KALLINA

Mit dem markanten Gesicht einer stattlichen und lebenserfahrenen Persönlichkeit blickt der 76-jährige Hans-Jürgen Papier, Deutschlands höchster Richter a.D., von der Titelseite seines neuen Buches „Die Warnung. Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“ die Leser mit ernster Miene an. Und dieses Werk hat es auf vielfache Weise in sich. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts beobachtet anhand einer Fülle von Besorgnis erregenden Beispielen die fortschreitenden Erosionserscheinungen des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland.

Im Überblick weist er auf die wunden Punkte hin: Vor dem Gesetz sind formal zwar alle gleich. Doch was geschieht, wenn geltendes Recht nicht mehr für jeden gilt und nicht ausnahmslos greift? Wenn gefällte Urteile nicht vollzogen werden? Wenn der Staat auf neue Entwicklungen in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel nicht angemessen reagiert? Wenn die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verloren geht?

Das sind in Fragen gekleidete Warnungen, die Papier in bohrenden Zuspitzungen aufwirft und als Universalgelehrter spannend thematisiert, sie mit juristisch fundierten Meinungen versieht, die nicht nur Nachdenklichkeit auslösen sollen, sondern auch Konsequenzen erfordern. Der Bogen angesprochener Bereiche beginnt beim „Wert der Freiheit“, die bei den Grund-

rechten anfängt und als „Rückgrat unserer Demokratie“ zu gelten habe. Der Autor behandelt die gefährliche Entwicklung von „Selbstjustiz“ und vertritt dabei die Auffassung, dass Deutschland zum „Gangland“ geworden sei, denn, O-Ton Papier: „Im Dickicht der Großstädte entstehen Parallelwelten, die anderen Gesetzen folgen als den bundesdeutschen. Polizei und Politik sprechen nur ungern darüber, weil sie nicht zugeben mögen, dass sie gegenüber diesen Zuständen hilflos sind.“

Dann hebt er die „grenzenlose Herausforderung“ der globalen Digitalisierung hervor, deren Technologiesprung auch „die damit verbundenen grenzüberschreitenden Einflüsse auf Wirtschaft und Gesellschaft unser Rechtssystem vor völlig neue Herausforderung stellt“.

In weiteren Kapiteln veranschaulicht Papier den „Kollisionskurs“ von Politik und Verfassung und beleuchtet „Die große Schwester: Europa und das Grundgesetz“. Im Schlusskapitel „Mehr Rechtsbewusstsein!“ greift er die verschiedenen Fäden seiner Warnungen nochmals auf und führt sie – stichpunktartig – in einem Plädoyer für die Zukunft unseres Staates argumentativ zusammen.

Auf das Kapitel „Kapituliert der Rechtsstaat? Von ‚Asyl‘ bis ‚Zuwanderung‘“ sei hier etwas ausführlicher deswegen eingegangen, weil es eine der gravierendsten Fehlentwicklungen im Deutschland der letzten Jahrzehnte darstellt und zu einer vorher nie da gewesenen Spaltung der Gesellschaft geführt hat: die sogenannte Flüchtlingskrise, beginnend seit 2015, in

ihrer höchst umstrittenen Weise herbeigeführt und zu verantworten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Da lässt der Spitzenjurist keine pseudohumanitäre Ausrede gelten und konfrontiert das Mantra der Kanzlerin „Wir schaffen das!“ (oder: „Jetzt sind sie halt da!“) mit der eindeutigen Rechtslage, die sie ziemlich „nackt“ dastehen lässt. Zwar spricht sich Papier gegen das Wort von Horst Seehofer aus, der das von Merkel zugelassene Immigrationschaos mit einer „Herrschaft des Unrechts“ verglich, weil diese Begrifflichkeit zu sehr an die Gewalt- und Willkürherrschaft des NS-Regimes erinnere, aber auch an die SED-Diktatur in der DDR. Dennoch nennt er die Entscheidung, illegale Migranten massenhaft ins Land zu lassen, einen „Rechtsbruch“, mehr noch: „eine Kapitulation des Rechtsstaates.“ Im Klartext des Juristen schreibt er: „Auch wenn Teile der Gesellschaft das als inhuman werten: Es war rechtlich nicht in Ordnung, in einem bestimmten Zeitraum alle Migranten unbegrenzt einreisen zu lassen – eine Verletzung des deutschen Asylrechts wie auch der europäischen Dublin-III-Verordnung.“

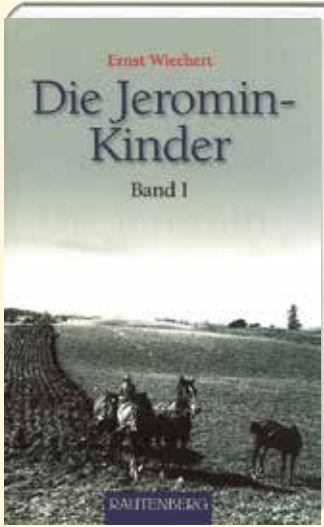
Das Agieren der Kanzlerin hatte sich in mehrfacher Hinsicht als staatspolitisch katastrophal erwiesen, so Papier: „Der Großteil der Menschen kam erst nach dem berühmten Ausspruch der Kanzlerin, der sicher ein Signal für viele Tausende war, sich überhaupt erst auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer zu machen.“ Nicht, dass der Autor kein Verständnis für Beweggründe wie „Humanität, Barmherzigkeit

und Nächstenliebe“ hätte. „Vom moralischen Standpunkt aus sind diese Prinzipien selbstverständlich ehrenhaft und anerkennungswürdig“, schreibt er. Aber, so Papier, in seiner Conclusio: „Subjektive und individuelle Vorstellungen von Solidarität und Hilfsbereitschaft können nicht an die Stelle des Gesetzes treten, sonst macht sich das Chaos breit.“ In der Tat: Anstelle einer kurzfristigen und robusten Grenzabwehr, für die die Bundespolizei ja einsatzbereit aufgestellt war und deren Einsatz die Kanzlerin verhinderte, hat sich massenweise Gewalt und Willkür rechtswidrig ins Land gespült und sorgte, siehe Köln zu Silvester 2015/16, und sorgt, jüngst bei aus dem Ruder gelaufenen „Party-Szenen“, für gewaltsame Verwerfungen im Inland mit hohem Immigrantenteil bei den Rechtsbrechern.

Alles in allem: Ein lesenswertes Sachbuch, verfasst in allgemein verständlicher Sprache, also nicht im Juristendeutsch, das sich den grundsätzlichen Problemen der vielschichtigen Problematik widmet, wie unser Rechtsstaat ausgehöhlt wird.

Hans-Jürgen Papier:
„Die Warnung. Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird. Deutschlands höchster Richter a.D. klagt an“, Heyne Verlag, München 2019, gebunden, 270 Seiten, 22 Euro





Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder – Band 1
Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder“ (1945 und 1947 erschienen) verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, zur Zeit der zwei Weltkriege. Erzählt wird die Geschichte der Familie Jeromin im Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jons Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Mann. Das Dorf, abgeschieden in der Tiefe der Wildnis gelegen, bildet den Mittelpunkt des Geschehens. Auch hier propagierte Wiechert ein sinnerfülltes „einfaches Leben“ so der Titel seines Romans von 1939, im Einklang mit Gott und dem Rhythmus der Natur. Dieser erste Band behandelt Jons Kindheit und seine Schulzeit in der Stadt, die einen Gegenpol zu seinem Heimatdorf bildet. Nach dem Abitur wird Jons Soldat im Ersten Weltkrieg, bis er nach einer Verwundung ins Lazarett gebracht wird. Schließlich kehrt er für kurze Zeit ins Dorf zurück, mit dem festen Ziel, Landarzt zu werden. Das Buch endet mit Jons Auszug in die weite Welt, in der er seinen Traum verwirklichen will. 456 S. Nr. P 533155 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder – Band 2
Dieser zweite Band der „Jeromin-Kinder“ führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Ehrgeiz und Erfolg absolviert. Sein Heimatdorf immer im Sinn, weiß er, dass er sich nur dort als Arzt niederlassen will. Neben dem Studium arbeitet er in der kleinen Klinik des jüdischen Arztes Dr. Lawrenz, der auch arme Menschen behandelt und ihm viel an medizinischer, aber auch an Lebenserfahrung vermittelt. Mit 25 Jahren legt Jons das Examen ab und kehrt nach Sowirog zurück, wo er bald seine eigene Arztpraxis eröffnet. Die „Jeromin-Kinder“ gilt als der bedeutendste und kraftvollste Roman Ernst Wiecherts. Er ist erfüllt vom Wissen und Leiden der Menschen, denn das verlorene Dorf Sowirog steht symbolisch für das Schicksal der Menschen in Masuren und Ostpreußen. Wiecherts Gesamtwerk ist geprägt von diesem Verlust der Heimat, vom Erleben des Ersten Weltkriegs als Offizier und den Repressalien im NS-Regime, die er am eigenen Leib erfahren hat. 408 Seiten Nr. P 533156 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Leselampe Flexy Words
(mit Batterie)
Kleine Buchleselampe, die mit einer Klammer am Buchdeckel befestigt werden kann und damit für gutes Licht sorgt.
Nr. P A1497 8,95 €

Früher € 12,95
Jetzt € 8,95

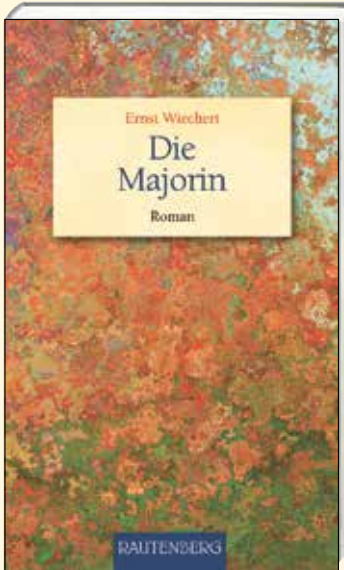


Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Dorskocil – Roman
Der Fährmann Jürgen Dorskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Ein amerikanischer Wanderprediger der Mormonen zieht die Menschen der Dörfer in seinen Bann. Sie suchen ihn auf, um seine Predigten zu hören und mit ihm in die „Goldene Stadt“ zu wandern. Darunter auch der Kätner Grotjohann mit seiner Tochter Marte, die auf dem Weg zu Mormonenprediger MacLean auf Dorskocil treffen. Marte sieht in Dorskocil einen lebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. MacLean versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Doch der Bund zwischen Dorskocil und Marte ist stark und durch ihren gemeinsamen, unerlässlichen Kampf für das Gute schaffen sie es, den Dorfbewohnern die Augen zu öffnen. Mit zärtlichen Worten und eindrucksvollen Metaphern beschreibt Ernst Wiechert die wunderschöne Natur und die Menschen seiner Heimat Ostpreußen und lässt gleichzeitig seinen Glauben an das Gute im Menschen durchblicken. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit. 184 S. Nr. P 533197 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegene Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



Ernst Wiechert
Die Majorin – Roman
Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider: Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert. Sein alter, trübsinniger Vater kann seine Rückkehr nicht begreifen und hält ihn für den Geist Michaels. Michael wird Jäger bei der Majorin, eine ebenfalls vom Leid des Krieges gezeichnete Frau, der die großen Wälder und das benachbarte Gut gehören. Diese versucht, ihn zurück in ein sesshaftes Leben zu führen. Während dieser schwierigen Unternehmung entwickelt sich eine ungewöhnliche Bindung zwischen der Majorin und dem Jäger. Mit einem begreifenden und liebenden, aber auch verzichtenden Herzen gelingt es der Majorin, den Heimkehrer aus dem Reich der Toten in ein neues sinnereiches Dasein zurückzuführen. In seinem Roman „Die Majorin“ erläutert Ernst Wiechert mit gewichtiger Symbolik die Reifungsprozesse zweier vom Krieg unterschiedlich gezeichneten Individuen, die gemeinsam und doch jeder auf eine andere Art und Weise das Leben neu begreifen. 192 Seiten Nr. P 533198 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Gabriele Engelbert
Wege zum Großvater
Mehr als ein Reisebericht
Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert aus Schlüchtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
Erinnerungen an die Elchniederungen
Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten
Nr. P A1181 Kartonierte 7,95 €



Haff und Schilf
Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause.
(Reprintausgabe) 76 Seiten
Nr. P A1180 Kartonierte 7,95 €



Karte Stadt- und Landkreis Allenstein
vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
Maßstab 1:100.000 (gefalzt)
Nr. P 9501 Karte 7,50 €



Heimatkarte Pommern im Großformat
5-farbiger Kunstdruck mit farbigem Wappen aller Städte, integriertes Ortsnamensverzeichnis 1:400.000 (gefalzt)
Nr. P 5514 Karte 12,80 €



Heimatkarte Westpreußen im Großformat
5-farbiger Kunstdruck mit farbigem Wappen aller Städte, integriertes Ortsnamensverzeichnis 1:400.000 (gefalzt)
Nr. P 5518 Karte 12,80 €



Heimatkarte Schlesien im Großformat
5-farbiger Kunstdruck mit farbigem Wappen aller Städte, integriertes Ortsnamensverzeichnis 1:400.000 (gefalzt)
Nr. P 5517 Karte 12,80 €



Der 2. Weltkrieg
* Die Hitlerjugend
* Die Wehrmacht
* Sturmtruppen
Laufzeit: ca. 162 Minuten/DVD
Nr. P A1192 9,99 €

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 54 Minuten.



Kühlschrankmagnet und Flaschenöffner mit Elchschäufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Kühlschrankmagnet mit Flaschenöffner 4,95 €



Thilo Sarrazin
Feindliche Übernahme
Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht
496 Seiten/Gebunden
Nr. P A1292 M 21,99 €

Das Zurückbleiben der islamischen Welt, die Integrationsdefizite der Muslime in Deutschland und Europa, die Unterdrückung der Frauen und der Geburtenreichtum der Muslime sind eine Folge der kulturellen Prägung durch den Islam. Das zeigt Thilo Sarrazin in seinem neuen Buch. Alle Tendenzen, den Islam zu reformieren und ihn historisch-kritisch zu interpretieren, sind bisher weitgehend gescheitert. Thilo Sarrazin hat den Koran selbst komplett gelesen und zeigt, dass die Reformbemühnisse im Koran selber angelegt sind. In keinem Land, in dem Muslime in der Mehrheit sind, gibt es Religionsfreiheit und eine funktionierende Demokratie. Die islamische Welt als Ganzes leidet unter einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum, und ihre Fanatisierung nimmt ständig zu. Darin liegt eine Bedrohung unserer Kultur und Gesellschaft.



Daniel Stelter
Das Märchen vom reichen Land
Wie die Politik uns ruiniert
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1293 19,99 €

Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungsexzesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. In seinem neuen Buch zeigt Daniel Stelter, einer der klarsten und profiliertesten Denker in Sachen Ökonomie auch konkrete Wege auf, wie wir dem Albtraumszenario entgehen können.



Der 2. Weltkrieg
* Die Deutsche Luftwaffe
* Der Luftkrieg
* Die Deutschen Fliegeraspekte
Laufzeit: ca. 164 Minuten/DVD
Nr. P A1231 7,99 €

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 55 Minuten.



Ernst Jünger
In Stahlgewittern
296 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0719 19,00 €

Die Erlebnisse Ernst Jüngers vom Januar 1915 bis zum August 1918 an der Westfront spiegeln sich in den „Stahlgewittern“ wider: vom Grabenkrieg in der Champagne und der Schlacht bei Cambrai bis hin zu den Stoßtruppunternehmen in Flandern und zuletzt der Verleihung des Ordens „Pour le Mérite“ nach seiner Verwundung. „In Stahlgewittern“ machte ihn zum Helden einer Generation junger Offiziere, die alles gegeben hatten und am Ende bestenfalls das Eiserne Kreuz davontrugen. André Gide pries es als „das schönste Kriegsbuch, das ich je las“. Tatsächlich ähnelt es keinem anderen Buch der damaligen Zeit. Ein Buch ohne Mitleid und Pathos.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

In den vergangenen Tagen zog es Millionen Deutsche ins Wasser, Schwimmen ist ja auch der einzige Sport, der bei der Glut-hitze wirklich Spaß macht. Aber warum schwimmen wir Menschen überhaupt, und zwar freiwillig? Von Natur aus sind wir doch Landtiere! Die meisten Landbewohner schwimmen nur, wenn sie müssen – so sie es überhaupt können. Die US-Autorin Bonnie Tsui wollte es genau wissen und hat die Geschichte des Schwimmens erforscht. In ihrem Buch „Warum wir schwimmen“ hat sie ihre Entdeckungen zusammengetragen. Älteste Darstellungen schwimmender Menschen sind danach schon rund 10.000 Jahre alt. Grund war zunächst das reine Überleben, dann aber auch bald das Wohlbefinden. Schließlich gesellten sich als Motive das gemeinschaftliche Erlebnis und der sportliche Wettkampf hinzu. In der klassischen Antike sei ein Nichtschwimmer wie ein Analphabet betrachtet worden, berichtet Tsui. Cäsar und Augustus, aber im Mittelalter auch Karl der Große seien begnadete Sportschwimmer gewesen. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Den „Mix“ spalten

Wozu die Maske wirklich dient, und wie wir eine Explosion verhindern können

VON HANS HECKEL

Es gal ob Sportler, Polizeibeamter oder einfacher Nachbar: Deutschland macht Jagd auf die Quertreiber, die sich auf den Corona-Demos haben blicken lassen, wo die weisen Maßnahmen der Politik bekrittelt werden. Keiner von denen soll ungestraft davonkommen. Schließlich sind wir doch „schon so weit gekommen“, wie Karl Lauterbach nicht müde wird zu versichern. Da werden wir uns unsere Erfolge nicht kaputtdemonstrieren lassen.

„Weit gekommen“ klingt tatsächlich toll. Nur: Wohin sind wir eigentlich gekommen? In der österreichischen Talkshow „Talk im Hangar-7“ rechnet uns der Epidemiologe Andreas Sönnichsen etwas vor: Laut einer Studie verringere das Maskentragen die Ansteckungsgefahr um etwa 17 Prozent (andere Experten sprechen von einem höheren Schutzfaktor, das nur der Vollständigkeit halber). Im Supermarkt einem Covid-Kranken zu begegnen, bei dem man sich anstecken könnte, beziffert Sönnichsen mit einer Wahrscheinlichkeit von bestenfalls eins zu 10.000. Statistisch gesehen sei das null. Die Maske reduziert demnach eine Gefahr von praktisch null um 17 Prozent, also auf ebenfalls null, oder noch etwas „nuller“, wenn man null steigern könnte. Doch wer angesichts dieses Nichts seine Maske im Supermarkt abnimmt, muss sich dennoch auf hysterische Reaktionen anderer Kunden gefasst machen und kassiert selbstverständlich einen strengen Verweis durch das Ladenpersonal. So „weit“ sind wir gekommen.

Der Bürgermeister von Innsbruck, Georg Willi, wird im „Hangar“ noch etwas konkreter. Ob die Maske gegen Ansteckung schützt, ist laut dem Grünen-Politiker gar nicht der Punkt: „Für mich ist die Maske eine wichtige bewusstseinsbildende Maßnahme“, lässt er wissen, denn, „die Leute sollen erzogen werden, sich an die Regeln zu halten.“

Wundervoll: Unser „Bewusstsein“ soll also darauf abgerichtet werden, dass wir uns „an die Regeln halten“. Alexander Lukaschenko hätte das nie so schön formulieren können. Stattdessen droht und pöbelt der Machthaber von Weißrussland gegen sein aufmüpfiges Volk und lässt Oppositionelle verhaften oder nötigt sie zur Emigration. Statt dieses ganzen aufreibenden Theaters sollte der Herrscher von Minsk lieber einen Deutschkurs belegen, um bei uns zu lernen, wie ein

fach und viel eleganter man das Pack auf der Straße unter Kontrolle bringen kann.

Bekanntlich lernt man ja nicht für die Schule, sondern für das Leben. Also kommt es darauf an, die während der „Corona-Krise“ erfolgreich eingeträufelten Fortschritte beim „Bewusstsein“ für die Zukunft zu festigen. Die Zauberformel „Das neue Normal“ bereitet uns darauf vor, das Erlernte nie mehr zu vergessen.

Und wir sind ganz schön gut in der Schule. Laut einer Umfrage haben 93 Prozent der Deutschen kein Verständnis für die Corona-Demos der Maßnahmenkritiker – das dürften fast alle sein, die nicht schon persönlich auf einer solchen Kundgebung gewesen sind. Allerdings: 93 Prozent? Ist das nicht ein bisschen auffällig viel? Können Sie sich noch erinnern, dass jemals eine solche Mehrheit von Bürgern auf ein und der derselben Seite stand? Nein?

Ich schon: Es waren die letzten von der SED inszenierten Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1989, da war die Mehrheit sogar noch eindrucksvoller. Es sollte sich jedoch herausstellen, dass das Ergebnis gefälscht war, was für heutige Umfragen natürlich auszuschließen ist. Demnach haben wir es tatsächlich mit einer Mehrheit zu tun, die es so eindeutig wohl noch nie gegeben hat. Nicht einmal Demokratie und Rechtsstaat erreichen bei den Deutschen demzufolge so viel Zustimmung wie die Corona-Maßnahmen.

Es sei denn, die Leute sagen nicht die Wahrheit, trauen sich nicht, ihre Meinung frei zu äußern. Konservative schwärmen ja schon seit Jahrzehnten von der „schweigenden Mehrheit“, die angeblich immer auf ihrer Seite steht und irgendwann den Mund aufmachen wird. Und dann aber! Indes: Die Hoffnung auf diese ewigen Schweiger hört sich an wie die Hoffnung auf Rettung durch den Priesterkönig Johannes. Von dem träumten die Kreuzritter im Heiligen Land. Irgendwo in Asien lebe ein märchenhaft reicher und mächtiger christlicher König, eben jener Johannes, der nur darauf lauert, den Sarazenen in den Rücken zu fallen und alles zum Guten zu wenden.

Tragischerweise ist der Kerl nie aufgetaucht – weil es ihn nicht gab. Und möglicherweise denkt die deutsche Mehrheit auch ganz etwas anderes, als es sich jene erhoffen, die Jahr um Jahr den bevorstehenden „Aufstand der schweigenden Mehrheit“ vorhersagen. Selbst wenn diese Mehrheit tatsächlich so

93 Prozent der Bürger sind einer Meinung. Das gab es zuletzt im Mai 1989 in der DDR. Da waren es sogar noch ein kleines bisschen mehr

denkt wie erhofft: Solange sie den Schnabel hält und sogar bei Umfragen nicht ihre Meinung, sondern das Verlangte aussagt, können die Regierenden samt medialem und gesellschaftlichem Anhang ruhig schlafen. Eigentlich. Mancher wälzt sich dennoch unruhig im Bett. Heinz Bude, renommierter Soziologe und Berater des Bundesinnenministeriums, fürchtet, dass im deutschen Volk etwas „Explosives“ heranwachse. Er sieht eine Mischung aus Panik, Frustration und Ermüdung um sich greifen, die sich zu einem einzigen Sturm vereinen könne. Dann werde es ernst.

Was ihn besonders beunruhigt ist eine „Symbiose von Milieus“, die vor zehn Jahren noch keine Berührungspunkte gehabt hätten. Auch Dunja Hayali gab sich erschrocken von dem bunten „Mix an Menschen“, der sich auf der „Querdenken“-Kundgebung in Berlin versammelt hatte.

Was der Wissenschaftler als „Symbiose“ umschreibt und Hayali als „Mix an Menschen“, nannte man früher „Volk“ oder „Nation“. Dieses Gebilde brachte den Herrschenden schon immer viel Ärger ein, weshalb schlaue Führer darauf achteten, das Volk in viele kleine, möglichst verfeindete oder zumindest konkurrierende Häppchen zu zerteilen, die sich dann gegenseitig in Schach hielten. So hatte man oben seine Ruhe.

Was aber, wenn sich die Häppchen tatsächlich „mischen“. Dann könnten die 93 Prozent rasch verdampfen. Und das ausgerechnet jetzt, wo wir schon „so weit gekommen sind“! Da heißt es, einen Zacken zuzulegen. Jedem Corona-Demonstranten wird zurzeit vor den Latz geknallt, dass er sich extremismusverdächtig mache, sobald irgendein Knilch aus dem mutmaßlich rechtsextremen Lager auf derselben Demo gesehen werden sollte wie er. Und wenn sich kein echter Bräunling zeigt, kann man dafür auch einen schicken. So wie in Chemnitz seinerzeit: Der lauteste „Heil Hitler“-Darsteller war so offensichtlich ein völlig verwahrloster Linksextremist, dass es wirklich jedem auffiel. Das hinderte etliche Medien dennoch nicht daran, ihn als „Beweis“ für die üble Gesinnung der übrigen Demonstranten tagelang herumzureichen.

Damals hat das wunderbar funktioniert. Ob es diesmal wieder klappt? Wir müssen es versuchen, der „Mix“, diese „Symbiose“ muss aufgebrochen werden. Nur dann sind uns die wohligen 93-Prozent-Resultate auch in Zukunft sicher.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der designierte Botschafter der USA in Deutschland, Douglas Macgregor, sorgt bereits vor Amtsantritt für Wirbel. Die „Welt“ (6. August) greift einige Zitate auf, die das Blatt offenbar für skandalös hält.

So habe Macgregor in einem Radiointerview im Juni 2016 über „unerwünschte muslimische Invasoren“ in Deutschland geäußert:

„Diese Menschen kommen nicht, um sich zu assimilieren und Teil Europas zu werden. Sie kommen, um davon zu profitieren, um zu konsumieren und sich in den Ländern anderer Menschen niederzulassen, mit dem Ziel, Europa schließlich in einen islamischen Staat zu verwandeln. Das ist eine schlechte Sache für den Westen. Das ist schlecht für die Europäer.“

Über die deutsche Vergangenheitsbewältigung habe er im Jahre 2018 gesagt:

„Es gibt eine kranke Mentalität, dass Generationen nach Generationen die Sünden dessen sühnen müssen, was in 13 (sic!) Jahren deutscher Geschichte geschehen ist, und die anderen 1500 Jahre Deutschland werden ignoriert. Und Deutschland spielte in Mitteleuropa eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung der westlichen Zivilisation“

Und über das deutsche Engagement in der eigenen Landesverteidigung ließ sich der heute 71-Jährige 2019 laut „Welt“ wie folgt aus:

„Wenn die Deutschen sich als die Großmacht, die sie sind, durchsetzen wollen, dann besteht einer der ersten Schritte in diese Richtung darin, unser Verhältnis zu Deutschland in Bezug auf die militärische Macht zu verändern. Machen Sie ihnen klar, dass wir nicht der Ersthelfer sein werden ...“

Der Ex-Fußballnationalspieler und WM-Sieger von 1990 Thomas Berthold erklärte der „Bild am Sonntag“ (9. August), warum er an den Demonstrationen gegen die Corona-Politik der Regierung mitmacht:

„Mein Vertrauen in diese politische Führung unseres Landes ist bei mir unter Null angekommen mittlerweile ... Wir brauchen Informationen von Wissenschaftlern, die eine Expertise haben. Wir brauchen keine Politiker, die mit halbgelbem medizinischen Wissen in Talkshows sitzen und uns Binsenweisheiten mitteilen. Ich frage mich nur: Im nächsten Jahr stehen Wahlen an – wen wollen wir wählen?“

Gabor Steingart analysiert im „Focus“ (11. August), warum die SPD Olaf Scholz zu ihrem Kanzlerkandidaten gekürt hat:

„Die nach links gerückte SPD baut mit der Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz ein potemkinsches Dorf, das dem Publikum eine gediegene Bürgerlichkeit vorspielen soll, die es im wahren Innenleben der SPD schon länger nicht mehr gibt.“

● WORT DER WOCHE

„Der Niedergang Deutschlands lässt sich kaum beeindruckender verbalisieren als mit dem Gender-Sprech.“

Akif Pirinçci, deutscher Bestsellerautor, in seinem Blog „Der kleine Akif“, gefunden am 10. August